Dienstag, 3. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 102 - 18.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf.10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 ÖS, Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

Appell an Regierung: Nach den Worten jetzt die Taten

Gutachten der Institute registriert eine schnellere Belebung der Konjunktur

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die konjunkturelle Wende ist in der Bundesrepublik früher als erwartet eingetreten. Daher wird nach übereinstimmender Ansicht der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr höher als 1982 ausfallen. Sie rechnen jetzt nach Abzug der Preissteigerungen, also real, mit einem Zuwachs im Jahresdurchschnitt von 0,5 Prozent.

„Wegen der noch bestehenden Belastungen des wirtschaftlichen Klimas wird der Anstieg zwar spürbar geringer sein als in früheren Erholungsphasen, am Jahresende dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion das Vorjahresniveau aber immerhin um 2,5 bis drei Prozent übertreffen", heißt es in dem Frühjahrs-Gutachten. Damit falle die vorausgeschätzte Entwicklung für dieses Jahr etwas günstiger aus, als im jüngsten Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung unterstellt wurde.

Auf dem Arbeitsmarkt würden sich die Probleme trotz der konjunkturellen Erholung weiter verschärfen. Die Unternehmen würden die Produktion steigern, ohne vorerst ihren Personalbestand zu vergrößern. Wie die Bundesregierung, so rechnen auch die Institute mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 2,35 Millionen in diesem Jahr. In der Saisonspitze im Winter könnten es 2,8 Millionen werden.

Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte zum Jahresende unter drei Prozent rutschen.

SEITE 11:
Steigende Exporte

Die wirtschaftspolitischen Vorschläge der Mehrheit der Institute – das Berliner hat ein Minderheitsvotum abgegeben – werten der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und andere Wirtschaftsverbände als „Warnung und Appell an die Bundesregierung, ihren Vertrauensvorschuß nicht zu verspielen". Mit Recht weise das Gutachten darauf hin, daß die angekündigte Politik für mehr Investitionen und Wirtschaftswachstum jetzt auch in die Tat umgesetzt werden müsse.

Die Regierung habe zwar eine Kurswende in Richtung auf Förderung der Leistungsbereitschaft in Eigenverantwortung angekündigt. Nach Ansicht der Institute entsprechen die Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Investitionshilfeabgabe aber nicht dieser Neuausrichtung. Die Institute plädieren für eine Kürzung von Subventionen in der Landwirtschaft und im Kohlenbergbau und lehnen die zusätzlichen Hilfen für Werften und die Stahlindustrie ab. Die Lohnabschlüsse müßten über mehrere Jahre niedrig ausfallen und je nach der unterschiedlichen Gefährdung der Arbeitsplätze differenziert werden. Allenfalls eine freiwillig vereinbarte Arbeitszeitverkürzung ohne Kostenbelastung könne zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen.

POLITIK

Moskau droht mit Sanktionen für Wirtschaft

fhn/dpa, Moskau

Die sowjetische Führung hat damit gedroht, daß die „Kooperation" mit der Bundesrepublik Deutschland einen „ernsten Schaden" erleiden würde, wenn Westdeutschland zu einer „Abschußrampe für einen nuklearen Schlag" gegen Moskau und seine Alliierten werde. Bisher sei die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Moskau und Bonn ein wesentlicher Faktor der Stabilität in Europa und „des internationalen Lebens insgesamt". Falls jedoch die Abrüstungsverhandlungen in Genf scheiterten, werde die Sowjetunion eine entsprechende Antwort auf die Aktionen Washingtons sowohl für Europa als auch für das Gebiet der USA finden, heißt es in einem Kommentar der Armeezeitung „Roter Stern". Der Autor, Oberst Polomarjow, schreibt, daß die „entsprechenden Gegenmaßnahmen" auch unter „höchsten moralischen Maßstäben" gerechtfertigt seien. Moskau könne nicht ruhig zusehen, wenn zusätzlich zu den bereits existierenden französischen und britischen Raketen weitere 500 Atomraketen aufgestellt werden sollten.

Pertini versucht Neuwahlen zu vermeiden

AFP/F. M. Rom

Die seit Tagen erwartete Auflösung des italienischen Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen sind wieder fraglich geworden. Staatspräsident Pertini beauftragte gestern überraschend den christdemokratischen Senatspräsidenten Morlino mit „letzten Sondierungen bei den Parlamentsfraktionen und politischen Parteien". Die italienische Presse hatte schon in der vergangenen Woche spekuliert, daß Morlino, ein enger Vertrauter Pertinis, der ebenfalls der Politik des „historischen Kompromisses" mit der Linken wohlwollend gegenübersteht, möglicherweise mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt wird. Pertini hatte gestern nachmittag Morlino und die kommunistische Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, Nilde Jotti, zu separaten Gesprächen empfangen. Morlino erklärte nach der Begegnung, er habe den Auftrag Pertinis angenommen und wolle ihn in „kürzester Zeit" abschließen. Allgemein wird er als ein letzter, allerdings kaum aussichtsreicher Versuch gewertet, Neuwahlen noch zu vermeiden.

ZITAT DES TAGES



„Der deutschen Bevölkerung ist zu sagen, daß die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer auch bei hoher Arbeitslosenzahl unverzichtbar ist, weil es nicht einen undifferenzierten Gesamtarbeitsmarkt, sondern viele spezielle Teilarbeitsmärkte gibt."

Liselotte Funke, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Anschlag in Berlin

hrk. Berlin

Bei einem weiteren Anschlag auf einen Berliner Wohnungspolitiker ist in der Nacht zum Montag die Fassade des Hauses des früheren Senatssprechers und Chefs der Senatskanzlei, Hanns-Peter Herz (SPD), verwüstet worden. Die Täter, die vermutlich aus der militanten Hausbesetzer-Szene stammen, schlugen Scheiben ein, schleuderten Farbflaschen gegen das Haus und verstreuten Flugblätter und Krähenfüße. Als Urheber bezeichnete sich eine Gruppe „Tanz in den Mai". Herz verwaltet heute im Bezirk Neukölln das Ressort Bauwesen. Es war der fünfte Anschlag auf Wohnungspolitiker und Baugesellschaften seit dem 11. April. Am vergangenen Donnerstag detonierte im Bürogebäude der Wohnungsbau-Kreditanstalt ein Sprengkörper und verursachte einen Schaden von etwa 100 000 Mark.

„RAF"-Urteil

dpa, Stuttgart

Im Stuttgarter Terroristenprozeß hat der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart die 28 Jahre alte Studentin Helga Roos gestern zu einer Freiheitsstrafe von insgesamt vier Jahren und neun Monaten verurteilt. Im einzelnen erhielt Frau Roos wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung drei Jahre und sechs Monate. Der Senat verurteilte sie außerdem zu einem Jahr und drei Monaten Haft wegen Unterstützung der terroristischen Vereinigung „Rote Armee Fraktion" (RAF). Das Gericht sah es als erwiesen an, daß sie der RAF einen Zettel über die Verkehrsüberwachung mit Kameras in Frankfurt überlassen hatte.

Weniger Aussiedler

AP, München

Die Zahl der Aussiedler aus den Ländern des Ostblocks in die Bundesrepublik hat sich merklich verringert. In den ersten vier Monaten des Jahres wurden 13 146 Aussiedler registriert. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres lag ihre Zahl noch bei 18 499, erklärte der bayerische Sozialminister Fritz Pirkl in München. Der Rückgang der Aussiedlerzahlen sei vor allem auf die nachlassenden Ausreise aus Polen zurückzuführen. Auch bei den Ausreisen aus der Sowjetunion sei ein neuer Tiefstand zu verzeichnen.

Flucht nach Bayern

AP, Hof

Einem 29jährigen Einwohner der „DDR" ist am 1. Mai die Flucht nach Bayern gelungen. Wie die bayerische Grenzpolizei mitteilte, gelangte der Flüchtling an unverminter Stelle der Demarkationslinie in den Westen. Seine Flucht verlief ohne Zwischenfall und wurde offenbar von den „DDR"-Grenzwachen nicht bemerkt.

Ehrung aus Genf

dpa, München

Das „Institut International de Promotion et de Prestige" in Genf hat der Max-Planck-Gesellschaft seinen internationalen Forschungspreis verliehen. Das Institut begründete die Vergabe des Preises, die am 11. Mai in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München stattfinden soll, mit dem herausragenden und außergewöhnlichen Stil der Forschungsorganisation. Der Max-Planck-Gesellschaft gelinge es immer wieder, durch finanzielle und personelle Konzentration die besten Voraussetzungen vor allem für die Grundlagenforschung zu schaffen.

WIRTSCHAFT

Anteile zum Verkauf

dpa, Hamburg

Die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckende Neue Heimat Städtebau setzt die Auflösung von stillen Reserven fort. Wie ein Konzernsprecher gestern bestätigte, soll jetzt die Beteiligung am Hamburger Plaza Hotel verkauft werden. Den von der „Bild"-Zeitung genannten Verkaufspreis von 100 Millionen Mark nannte der Sprecher „reine Spekulation". Vor einigen Monaten hatte die Neue Heimat bereits ihr neues Bürohaus in der Hamburger Innenstadt verkauft.

Aktienkurse gaben nach

DW. Frankfurt

Von Sonderbewegungen bei Autowerten abgesehen, gaben die Notierungen durchweg nach. Der Rentenmarkt war knapp behauptet. WELT-Aktienindex 140,4 (140,9). Dollarmittelkurs 2,4670 (2,4581) Mark. Der Londoner Goldmarkt war am Montag geschlossen.

WETTER

Unbeständig und kühl

DW. Essen

Im ganzen Bundesgebiet überwiegend bewölkt und zeitweise Regen, örtlich auch kurze Gewitter. Tagestemperaturen im Norden um 12, sonst bis 16 Grad.

Heute in der WELT

Meinungen: Nicaragua – Bauer auf dem Schachbrett der Sowjets S. 2	Forum: Personalien und die Meinungen von WELT-Lesern S. 9
Ranschbach: Auch Bakterien töten nicht Glauben an Heilwasser S. 3	Wirtschaft: Die Sorge um subventionierte Fernwärme S. 12
Luther-Jahr: Der Reformator live von der Wartburg S. 4	Fernsehen: Anmerkungen zur ZDF-Serie „Die Zeiten ändern sich" S. 16
UNO: New York reizt Moskaus Spione mehr denn je S. 7	Kultur: Japans großer Dichter Shusaku Endo – ein Porträt S. 17
Afrikas Guerrilla-Kriege und das Ost-West-Verhältnis S. 8	Aus aller Welt: Den Wies'n-Wirten fehlt das rechte Maß S. 18

Demonstranten in Polen verprügelt

Reagan: Wir salutieren vor dem Mut / Voraussetzung für Hilfe genannt

DW. Warschau

Die polnische Propaganda hat gestern den Versuch unternommen, die jüngsten Demonstrationen für die Ziele der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" als „Fiasko" für die oppositionellen Kräfte erscheinen zu lassen. Demgegenüber sagte Arbeiterführer Lech Walesa: „Es hat großartige Demonstrationen gegeben. Die Polizei hat sie offenbar aufgelöst, aber die Zahl der Teilnehmer hat unsere Erwartungen übertroffen."

US-Präsident Ronald Reagan sprach von einem „echten Kampf der Arbeiter in einem sogenannten Arbeiterstaat für grundlegende Menschen- und wirtschaftliche Rechte". Reagan: „Wir salutieren vor dem Mut der Polen, die sich täglich Einschüchterungen und Schikanen gegenübersehen."

Der US-Präsident versicherte, die Vereinigten Staaten würden Polen bei der Bewältigung seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten helfen, wenn Warschau „bedeutsame Liberalisierungsmaßnahmen" einführe. Der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hatte auf einer Mai-Kundgebung des Regimes versucht, sein Land als das Opfer einer „beispiellosen Propaganda-Aggression" der USA darzustellen.

Im Gegensatz zu früheren Demonstrationen nannten die offiziellen polnischen Medien keine Zahlen über Verhaftungen und Festnahmen. Am Sonntag war aber beobachtet worden, wie sehr viele, vor allem junge, Leute festgenommen oder von Angehörigen der Sondermiliz Zomo zusammengeschlagen wurden. Über Brutalität der Zomo-Einheiten hatte sich auch die Ehefrau Walesas in einem Telefongespräch mit westlichen Journalisten beklagt.

Die französische Nachrichtenagentur AFP meldete, allein in Warschau hätten sich rund 10 000 Demonstranten am 1. Mai einem Großaufgebot an Polizeieinheiten gegenübergesehen. Die Miliz setzte Wasserwerfer und Tränengas ein. In Danzig demonstrierten nach diesen Angaben 15 000 bis 20 000 Menschen vor der Brigitten-Kirche im Gemeindebereich der Schiffswerften. 10 000 wurden vor dem ehemaligen Sitz der „Solidarität" gezählt und 5000 schließlich im Vorort Zaspa, wo Walesa wohnt. Fünf französische Journalisten, die mit Touristen-Visa nach Polen eingereist waren, wurden festgenommen und aufgefordert, das Land zu verlassen.

Die im Untergrund lebenden Führer der verbotenen Gewerkschaft riefen die Bevölkerung der polnischen Hauptstadt für heute dazu auf, sich festlich zu kleiden, rot-weiße Plaketten zu tragen und um 12 Uhr eine Schweigeminute einzulegen. Am 3. Mai 1982 war auf zahlreichen Kundgebungen gegen das Kriegsrecht in Polen demonstriert worden.

Bei einer abendlichen Messe unter freiem Himmel am Sonntag im Warschauer Industrievorort Ursus brandete unter den 15 000 Versammelten Beifall auf, als ein Priester Kardinal Jozef Glemp eine Fahne der „Solidarität" im Miniaturformat überreichte.

Seite 2: Das polnische Dilemma

Norwegen: Öl stammt nicht von U-Boot

dpa, Oslo

Das in der vergangenen Woche angeblich entdeckte fremde U-Boot im norwegischen Hardanger-Fjord konnte trotz Beschusses durch Raketen und Bomben bisher nicht zum Auftauchen gezwungen werden. Ein Ölfleck und Luftblasen, die nach gezielten Schüssen am Wochenende gesichtet worden waren, stehen nach neuesten Erkenntnissen in keinem Zusammenhang mit dem Boot. Das Marinekommando äußerte den Verdacht, daß das Öl vom Tank eines auf Grund liegenden Schiffswracks stammen könnte. Die norwegische Marine will nun nach fünftägiger vergeblicher Jagd die Suche einschränken.

Die Regierung in Oslo und der Marinestab waren nach anfänglicher Skepsis sicher, daß sich zumindest eines, wenn nicht gar zwei U-Boote in dem Fjord aufhalten oder aufgehalten haben. Trotz des Hinweises, daß eine genaue Ortung wegen der Süß- und Salzwasserschichten und der Tiefe des Wasserarmes sehr schwierig sei, wurde wiederholt betont, man sei von der Anwesenheit überzeugt.

Nach Berichten des norwegischen Rundfunks hatte auch der Zerstörer „Rommel" der deutschen Bundesmarine, der im Gebiet vor Bergen und Stavanger an einer Übung der Atlantikflotte teilnimmt, ein fremdes Boot geortet.

CSU wünscht Korrektur

Zustimmung zu Kernaussagen der Regierungserklärung

PETER SCHMALZ, München

Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl findet weitgehend die Zustimmung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. „Ich habe festgestellt, daß unsere politischen Kernaussagen im großen und ganzen ihren Niederschlag gefunden haben", erklärte Strauß gestern nach dreieinhalbstündiger Beratung mit führenden CSU-Vertretern, darunter den fünf CSU-Bundesministern. Man habe „zu bestimmten Formulierungen einige Verbesserungen angebracht", die dem Bundeskanzler übermittelt worden seien. Dabei handele es sich aber nicht um dramatische Dinge, meinte Strauß.

Offensichtlich bemüht, den zwischen CSU und FDP entbrannten Koalitionskonflikt nicht weiter zu schüren, erklärte CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu nach dem Gespräch in der Münchner Staatskanzlei, er hoffe, die Regierungserklärung werde die Basis für eine gute Zusammenarbeit sein, gravierende Sachdifferenzen gebe es nicht. Die von der CSU vorgeschlagenen Änderungen ließen sich „problemlos einbauen". Mit den Passagen zur Deutschlandpolitik könne die CSU einverstanden sein. Dagegen scheint Strauß mit dem Bereich Außenpolitik noch nicht völlig zufrieden zu sein. Vorsichtig umschrieb Wiesheu bestehende Differenzen: „Bei der Außenpolitik ist es so, daß die Aussprache zur Regierungserklärung wohl eine gewisse Konkretisierung in einzelnen Bereichen bringen kann."

Die Äußerungen von FDP-Politikern gegen die CSU werden bei der bayerischen Regierungspartei als Profilierungsversuche angesehen. Strauß: „Das ist ja schon der Nachfolgekampf um den Parteivorsitz. Die haben doch den Herrn Genscher schon lange abzuschreiben begonnen und begeben sich jetzt in die Startlöcher. Wer sich an der CSU reibt, hat dann vielleicht die besseren Chancen, gewählt zu werden." Lachend fügt der bayerische Ministerpräsident hinzu: „Das sehen sie doch: Die CSU ist der Nabel der Welt. Honecker sagt ab, weil wir einige harte Worte gebraucht haben, die FDP macht Klimmzüge und Salto mortale, um sich an der CSU zu reiben. Es ist doch alles in bester Ordnung."

Zwischen der CSU und der CDU gebe es keine Spannungen, betonte Strauß, CSU-Generalsekretär Wiesheu forderte die FDP zur Erklärung darüber auf, „was sie von den Sachen, die wir vorgeschlagen haben, nicht oder anders will". Das Treffen zwischen führenden CSU-Vertretern aus Bonn und München soll künftig monatlich an jedem ersten Montag stattfinden. Die gestrige Zusammenkunft war seit Wochen geplant, von einer Krisensitzung zu sprechen, sei blühende Phantasie, erklärte Strauß.

Schwere Mängel beim Bau der Pipeline

Sowjetzeitung tadelt wirklichkeitsfremde Planung / Störungen bei Gaslieferung

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Die technischen Arbeiten an der Erdgasleitung Urengoj–Tscheljabinsk sind in einem Bericht der Zeitung „Sowjetskaja Rossija" scharf getadelt worden. Sie seien wirklichkeitsfremd und verschwenderisch.

Die Pipeline gehört zu den vier innersowjetischen Trassen, die, ebenso wie die nach Westeuropa führende fünfte Rohrleitung, aus den Erdgasfeldern der nordwestsibirischen Regionen Urengoij–Jamburg–Jamal gespeist werden sollen. Insgesamt werden dafür in der Sowjetunion rund 20 000 Kilometer Rohre, überwiegend aus westlicher Produktion, verlegt.

Der ungewöhnlich faktenreiche Bericht in „Sowjetskaja Rossija" läßt den Schluß zu, daß ähnliche Mißstände auch an der „Exportleitung" auftreten.

Für die Trasse nach Tscheljabinsk seien die Standorte der Kompressorstationen von den Konstrukteuren jeweils genau hundert Kilometer voneinander entfernt festgelegt worden. Schon die Verschiebung um wenige Kilometer hätte meist genügt, um trockene Standorte oder die Nähe von Transportverbindungen zu gewährleisten.

SEITE 2:
Rubel oder Raketen
SEITE 5:
Sonderthema Osthandel

Lediglich nach theoretischen Normen sei auch verfahren worden, als die Aufschüttung meterdicker Erdfundamente für die Kompressor-Stationen vorgeschrieben wurde. Wäre man bei den Vorschriften geblieben, hätten weitere 300 000 Kubikmeter Erde über weite Strecken bewegt werden müssen. Dringende Änderungsbegehren der Bauleute seien jahrelang von Konstrukteuren und Projekteuren ignoriert worden. „Sowjetskaja Rossija" verweist auch auf Mißstände bei der Nutzung bereits fertiggestellter Gasleitungen im Gebiet von Tjumen. Gas könne entweder nicht geliefert oder nicht abgenommen werden, weil teils die Kompressorstationen nicht arbeiten, teils die Fabriken unfertig blieben. Dabei habe man sich beim Leitungsbau unter größten Anstrengungen beeilt, und für die fristgerechte Planerfüllung wurden hohe Prämien gezahlt.

Zum ersten Male wurde durch diese Veröffentlichung bekannt, daß der Bau von Erdgastrassen in der Sowjetunion auch ohne Behinderung durch ein amerikanisches Technologie-Embargo mit erheblichen Problemen belastet ist.

DER KOMMENTAR

Mutprobe

PETER GILLIES

Hoffnung und Warnung lautet die Doppelbotschaft der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten. Hoffen darf die Bundesrepublik auf einen mehr oder weniger tragfähigen Aufschwung; die Warnung richtet sich an die Bundesregierung, das Vertrauen in die politische Wende nicht zu verspielen. Für beide Hinweise gibt es Gründe.

Die deutsche Wirtschaft ist unbestritten auf Erholungskurs. Die Belebung ist so rasch erfolgt, daß die Gutachter ihre Erwartungen deutlich ins Positive korrigieren mußten. Die Nachfrage nimmt zu, die Auftragsbücher schwellen, Zinsen und Kosten sinken. Daß die Arbeitslosenzahlen vielleicht noch steigen, ist kein Widerspruch; denn es ist ein mühevoller Stabilisierungsprozeß, bis sich die Lage in einem Unternehmen so verbessert hat, daß es wieder neue Leute einstellt.

Aber der Zweifel bleibt, ob die Belebung stark genug ist, um auf Dauer den Wachstumspfad zurückzugewinnen. Die Regierung selbst nährt ihn, meinen die Institute, weil sie zwar die Wende versprochen habe, es aber an Klarheit, Konsequenz und Glaubwürdigkeit fehlen lasse.

Die Steuer- und Abgabenerhöhungen gingen in die falsche Richtung, weil der Staat immer größere Teile des Sozialprodukts an sich ziehe. Statt dessen müßte er Leine lassen, um Motivation und den Willen zur Eigenvorsorge zu wecken. Die Bürokratie werde nicht genug gestrafft und abgespeckt. Lege die neue Regierung nicht mehr Entschiedenheit an den Tag, könne die Erholung schon 1984 wieder ins Stocken geraten.

Vielleicht tut die Regierung die schmerzhaften Empfehlungen der Gutachter als professoralen Rigorismus ab. Es muß ihr aber zu denken geben, daß die Wirtschaftswissenschaft Zweifel an Glaubwürdigkeit und Konsequenz der „Wende" hegt. Es wäre gefährlich, wenn Unternehmen ähnlich dächten; denn von ihnen erwarten wir Arbeitsplätze.

Freilich sind Euphorie wie Ungeduld gleichermaßen schlechte Ratgeber. Die Regierung Kohl hat die Chance, die Bedenken zu zerstreuen. Selbst der imponierendste Startschuß beeindruckt nur dann, wenn ihm auch ein Rennen folgt.

Kohl verspricht der Wirtschaft Entlastung

HEINZ HECK, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat der deutschen Wirtschaft die Zusicherung gegeben, für einen Abbau des Staatsanteils und eine Entlastung der Wirtschaft zu sorgen. Auf der Mitgliederversammlung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) erklärte Kohl gestern in Köln, die Bundesregierung werde für ordnungspolitische Klarheit sorgen und den in der Vergangenheit beeinträchtigten Funktionsbedingungen des Marktes wieder mehr Rechnung tragen.

Wie BDI-Präsident Rolf Rodenstock im Anschluß an die Versammlung vor Journalisten erklärte, begrüßt die deutsche Industrie ausdrücklich die Zusicherungen des Bundeskanzlers, „nur durch vermehrte Innovations- und Investitionstätigkeit kann unsere Volkswirtschaft wieder zu ausreichender lebensnotwendiger Wachstumsdynamik zurückfinden".

Besorgt äußerte sich Rodenstock über die von Washington geplanten Beschränkungen des Osthandels durch Novellierung des Exportkontrollgesetzes. Für die deutsche Wirtschaft sei, wie nach den Krisen in Polen und Afghanistan bestätigt, „der Primat der Politik selbstverständlich". Doch halte er es auch mit Blick auf die Abrüstungsverhandlungen in Genf nicht für „dienlich", wenn die Restriktionsschraube im Osthandel „überdreht" werde. Eine Erweiterung der Kontrolliste (Cocom) sei aus deutscher Sicht akzeptabel, wenn präzise Vereinbarungen über sensible Güter getroffen würden. Nationale Alleingänge (wie von Washington) seien abzulehnen.

Seite 11: Investitionsrücklage

Zustimmung zu Reagans Politik wächst in USA

rtr/AP, New York

In den USA ist die Zustimmung zur Regierungsführung von US-Präsident Reagan und insbesondere zu seiner Politik gegenüber El Salvador in den vergangenen Monaten gewachsen. Nach den Ergebnissen einer Umfrage des Gallup-Instituts im Auftrag des Nachrichtenmagazins „Newsweek" sind 44 Prozent der Amerikaner, die über die Mittelamerika-Politik Washingtons Bescheid wissen, mit Reagans Haltung gegenüber El Salvador einverstanden. Vor einem Jahr waren es nur 33 Prozent. 47 Prozent sind allerdings weiterhin der Meinung, daß sich die USA völlig aus El Salvador heraushalten sollten. Nach den Resultaten dieser Umfrage, die nach der Rede Reagans über seine Mittelamerika-Politik in der vergangenen Woche unternommen wurde, plädieren 66 Prozent der Amerikaner, die Reagans Politik zustimmen, für Wirtschaftshilfe an El Salvador, 55 Prozent für die Entsendung von Militärberatern.

Mit Reagans Amtsführung im allgemeinen sind 47 Prozent der Befragten einverstanden. Das ist eine Zunahme von fünf Prozentpunkten gegenüber dem Februar 1982. Gegen Reagan sprachen sich 44 Prozent (Februar: 49 Prozent) aus.

Im Gegensatz zur Politik gegenüber El Salvador lehnt eine Mehrheit von 56 Prozent der US-Bürger Washingtons Politik gegenüber Nicaragua weiterhin ab. Etwa 50 Prozent stimmten außerdem Reagans Äußerungen nicht zu, daß kommunistische Unterwanderung die Ursache der Unruhen in Mittelamerika sei, sondern führen dies auf Armut und Nichtbeachtung der Menschenrechte zurück.

Vietnam läßt Truppenabzug aus Kambodscha feiern

Asean-Vertreter vermuten bloße „Rotation" der Verbände

AP, Bangkok

Mit einer Abschiedsparade in Pnom Penh hat gestern der angekündigte Teilabzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha begonnen. Wie die kambodschanische Nachrichtenagentur SPK meldete, beteiligte sich daran eine Division sowie sechs Regimenter und Brigaden, deren Abzug bis Ende Mai beendet sein soll.

Angeführt von einem T-54-Panzer rollten gestern die ersten Einheiten in 240 Fahrzeugen durch Phnom Penh zum Binnenhafen der Hauptstadt. Die Truppen sollen bis Ende Mai auf dem Wasserweg nach Südvietnam gebracht werden.

Vietnam und die mit Hanoi verbündete Volksrepublik Kambodscha widmen dem Ereignis größtmögliche Publizität. Rund 150 Journalisten, darunter mehrere aus Europa, den Vereinigten Staaten und Japan, wurden zur Beobachtung des Teilabzugs eingeladen.

Beobachter in Bangkok werten die in aller Eile ergangene Einladung an ausländische Journalisten zum Teil als Bemühen, die Aufmerksamkeit der Nachrichtenmedien von dem Chef der kambodschanischen Gegenregierung, Prinz Norodom Sihanouk, abzulenken. Sihanouk hatte sich am Samstag von Thailand aus auf kambodschanisches Gebiet begeben. Dort kämpfen Guerrillaverbände seiner, aus drei Widerstandsgruppen, darunter den Roten Khmer, bestehenden Regierungskoalition gegen die vietnamesischen Truppen und die von Vietnam gestützte kambodschanische Regierung.

Der Führer der kambodschanischen „Befreiungsregierung", Prinz Norodom Sihanouk, hatte bereits am Sonntag den Truppenabzug einen „faulen Trick" Hanois genannt, der die Welt täuschen solle. Sihanouk meinte, es werde sich wie auch früher schon um einen Austausch kampfmüder gegen frische Truppen handeln.

Auch Vertreter der Organisation Südostasiatischer Nationen (Asean) erklärten, ähnliche Ankündigungen hätten voriges Jahr lediglich zu einer Rotation der Truppen geführt.

Die Vietnamesen waren 1979 in Kambodscha einmarschiert, hatten die Roten Khmer entmachtet und die Regierung Heng Samrin eingesetzt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freizeit für Europa

Von Ulrich Lüke

„Freiheit oder Sozialismus", das war ein Slogan zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979. Die Zeiten haben sich geändert. Die zweite Europawahl 1984 steht bereits im Vorfeld unter dem Motto „Freiheit oder Direktwahl".

Hans-Dietrich Genscher, der amtierende EG-Ratspräsident, hat diese Erfahrung jetzt machen müssen. Als eins der wenigen Versprechen, die Aussicht auf Realisierung zu haben scheinen, kündigt er an, in seiner Präsidentschaft einen Wahltermin für die zweite Direktwahl festzulegen. Genscher, dem kein Sonntag heilig, kein Tag lang genug ist, hat das Kalenderproblem offenbar zu leicht genommen. Nichts ist so einfach, daß es in der EG nicht schwierig gemacht werden könnte.

Seinem ersten Terminvorschlag, der dritten Mai-Woche, stimmten alle Kollegen zu, bis dann der dänische Außenminister zu Hause in den Kalender blickte und erkannte: Am 18. Mai ist Feiertag, „Nationaler Bettag", genannt, gemeinhin zum Wandern benutzt und zu allem Überfluß von einem Deutschen eingeführt. Erster Anlauf also gescheitert.

Beim zweiten Vorschlag, der zweiten Mai-Woche, hatten die Kollegen Minister – aus Erfahrung klug geworden – ihre Kalender gleich zur Hand. Es hagelte Widerspruch aus allen Ecken.

Genscher zog die Stirn in Falten und ging ohne neuen Vorschlag zum Parlament, das daraufhin das Heft selbst in die Hand nahm. Die Abgeordneten schlugen einen Termin vor, den 14. bis 17. Juni. Alle schienen sich einig, doch bei einigen stimmte der Kalender wohl nicht. Denn Belgiens Außenminister Tindemans entdeckte sofort, daß seine Landsleute, zumindest die ärmeren, da schon in die Ferien führen. Und ein Bayer in der Delegation wußte, daß in seinem Freistaat zu dieser Zeit noch Pfingstferien herrschen.

Eingezwängt in solche Ferienkalender, wird es für Europa wohl nur eine Lösung geben: zusätzliche Ferien für alle, um zur Wahl gehen zu können. Europa-Ferien sozusagen.

Rubel oder Raketen

Von Herbert Kremp

Die Sowjets versuchen, mit der Angst und mit der Begehrlichkeit der Deutschen in der Bundesrepublik zu spielen. Die Zielsetzung ist bei aller Unterschiedlichkeit der Methoden stets die gleiche: Die Beziehungen zwischen Bonn und Washington sollen in die Krise gestürzt werden.

Die Angstkampagne hat die Stationierung amerikanischer Gleichgewichtswaffen im Falle der Ergebnislosigkeit von Genf bis Herbst zum Gegenstand. Das Spiel mit der Begehrlichkeit betrifft geschäftliche Avancen im Zusammenhang mit der Ausbeutung riesiger Kohlelagerstätten in Sibirien, mit der Vergasung und Verflüssigung von Kohle und, wie der Bonner Energie-Report berichtet, mit dem Projekt eines Ost-West-Stromverbundes.

Wenn die Sowjetunion sich über ihre Entwicklungsvorhaben äußert, geht es immer um gigantische Geschäfte. Im Falle der Raketenstationierung geht es um ebenso gigantische Konsequenzen. Der „Rote Stern" stellt zwischen beiden Komplexen eine Verbindung her: Sollten die Raketen kommen, geraten auch alle Wirtschaftsprojekte zwischen Hammer und Amboß. So werden die Treibsätze der Angst und der Begehrlichkeit aneinandergekoppelt. Bange machen soll gelten.

Wichtig ist der Zeitpunkt der sowjetischen Doppelstrategie: Der Bundeskanzler reist nach Moskau; beim bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg wird über den Technologie-Transfer West–Ost diskutiert; in Genf beginnt eine entscheidende Runde in der Frage der Rüstungsbeschränkung. In jedem Fall liegt Moskaus Blick auf Bonn. Die neue Bundesregierung wird unter schweren Druck gesetzt. Man versucht, die innenpolitische Diskussion in Deutschland kontrovers aufzuladen. Angst und Begehrlichkeit sollen Amerikaner und Deutsche zu falschen Reaktionen verleiten. Mit allen Mitteln, von allen Seiten sucht Moskau die deutsche Politik zu beeinflussen. Andropow ist ein erfindungsreicher Mann.

Bärendienst

Von Evangelos Antonaros

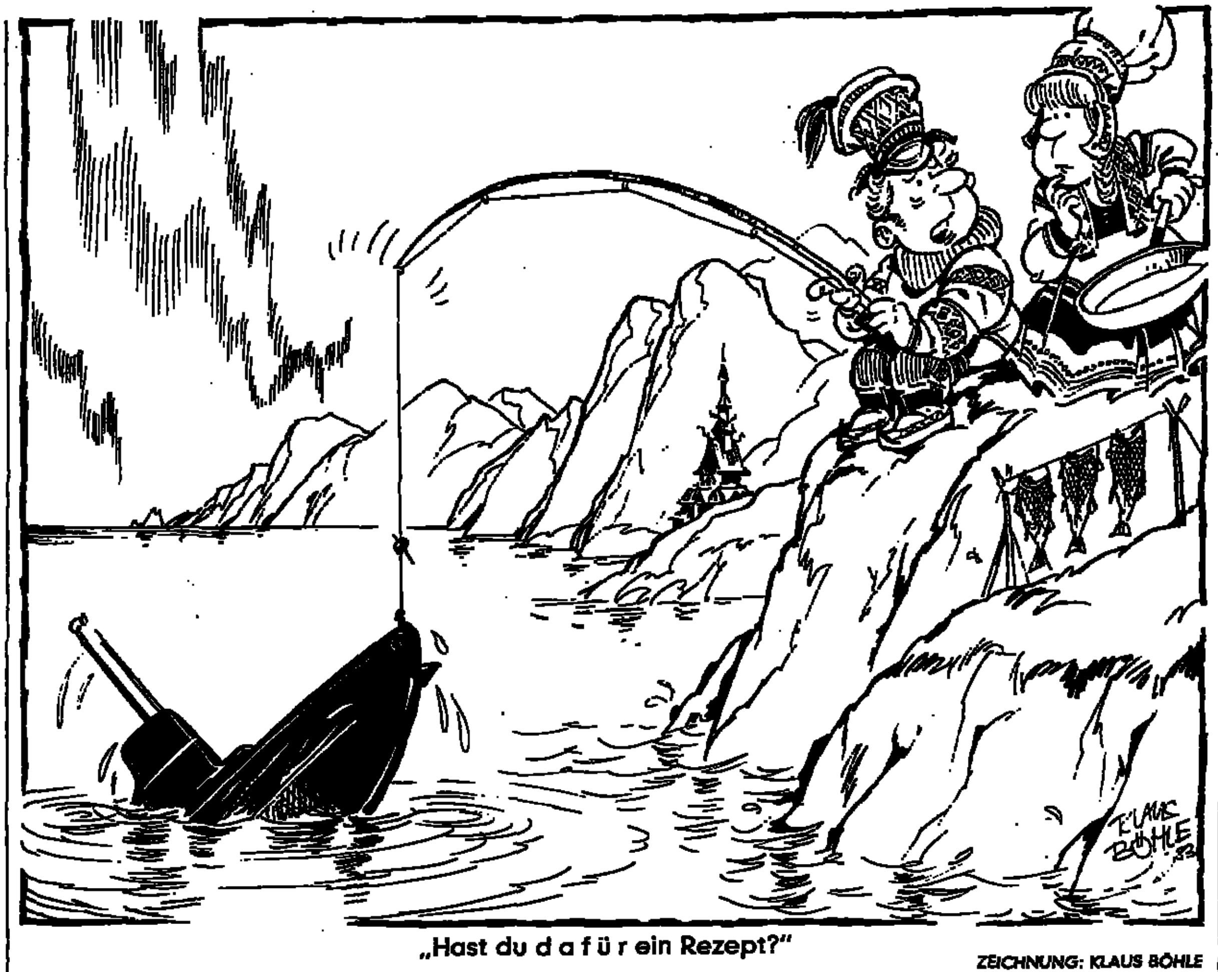
Daß die türkischen Spitzenpolitiker vor dem Putsch im September 1980 kläglich versagt hatten, wird niemand bezweifeln. Daher ist es nicht unbillig, daß sie für die nächsten zehn Jahre von der politischen Arena ausgeschlossen wurden.

Und dennoch: Ankaras Generäle haben sich aller Voraussicht nach einen Bärendienst erwiesen, indem sie jetzt nicht wie zunächst erwartet nur die bekanntesten Namen, sondern – sage und schreibe – 723 Politiker aller Schattierungen mit einem Betätigungsverbot belegten. Völlig unbelasteten Ex-Parlamentariern und zahlreichen brillanten Köpfen wird nun die Möglichkeit verwehrt, eine Partei zu gründen oder einflußreiche Ämter anzustreben.

Denkt man an die bürgerkriegsähnlichen Zustände vor der Machtergreifung durch das Militär, ist die Vorsicht der Generäle zwar verständlich. Sie wollen nicht durch eine Neuauflage der politischen Struktur von damals aufs Spiel setzen, was in den vergangenen 32 Monaten erreicht worden ist.

Aber gerade diese Gefahr zieht herauf, wenn die Offiziere nicht einsehen, daß sich eine neue Politikergeneration nicht von heute auf morgen per Regierungsdekret aus dem Boden stampfen läßt. Die Liste derjenigen, die sich jetzt mit Plänen zur Gründung von neuen Parteien tragen, ist nicht gerade beeindruckend.

Entstehen keine überzeugenden Formationen, so wird die Zeit für jene Politiker arbeiten, die nun ins politische Abseits manövriert wurden. Männer wie Ex-Premier Demirel werden trotz Verbot nicht stillhalten. Der zweimal vom Militär gestürzte konservative Regierungschef verfügt über die bestorganisierte Parteistruktur in der Türkei. Wie ein schlauer Fuchs wartet er auf seine nächste Chance. Wenn er sie bekommt, werden die Generäle sich selbst ein Bein gestellt haben.



„Hast du d a f ü r ein Rezept?"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das polnische Dilemma

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Prügelszenen von den Warschauer Straßen, die am Abend des 1. Mai westlichen Fernsehern ins Haus geliefert wurden, schienen auf den ersten Blick zu bestätigen: In Polen nichts Neues; die Polizei Jaruzelskis setzt Wasserwerfer und Knüppel gegen das Volk ein – und das Volk ruft nach Lech Walesa und nach der Freiheit.

Dennoch stellt der 1. Mai 1983 für das Regime des Generals Jaruzelski eine Zäsur dar. Mit diesem Tag hat sich endgültig erwiesen, daß die – auch von manchen westlichen Politikern und Geschäftsleuten genährte – Hoffnung auf eine „Normalisierung" in Polen auf absehbare Zeit vergeblich sein dürfte. Der permanente Kampf zwischen dem kommunistischen Regime und der Gesellschaft, der Arbeiterschaft und großen Teilen der jungen Generation wird sich fortsetzen.

Es wird wie bisher Wellenbewegungen geben: Das Regime wird polizeiliche Erfolge erzielen, hier und da ein paar Untergrunddruckereien und Sender ausheben, einige Dutzend Illegale verhaften. Dann wird, wohl auch jahreszeitlich bedingt, bei der Bevölkerung eine gewisse Resignation oder auch Erschöpfung um sich greifen. Daraufhin wiederum wird das Regime Jaruzelski vor aller Welt verkünden, die „Normalisierung" in Polen sei bereits zum Greifen nahe, und alles entwickle sich zum Besseren. Mitten in solchen propagandistischen Eifer wird dann eine neue Massendemonstration platzen: Und wieder werden wir die Bilder prügelnder Polizisten und zusammengedrängter Demonstranten zu sehen bekommen.

Man muß in gewisser Hinsicht noch relativ froh darüber sein, solange nur geprügelt und nicht etwa scharf geschossen wird. Aber das polnische Bürgerkriegs-Szenario ist dennoch perfekt: es gehört neben der Berliner Mauer zu dem Absurdesten, was die Nachkriegsgeschichte Europas hervorgebracht hat. Ähnlich wie beim „antifaschistischen Schutzwall" des Ostberliner Regimes ist auch im Falle Polen ein Ende und damit eine Rückkehr zu wirklicher Normalität nicht erkennbar.

Vielleicht gab es für den General Jaruzelski, der wohl zu den seltsamsten politischen Gestalten der Gegenwart gehört, irgendwann eine Chance, als eine Mischung von Janos Kadar und Marschall Pilsudski in die Geschichte seines Landes einzugehen: als ein General, der aus einer furchtbaren Situation seines Landes noch irgendwie das Beste oder zumindest nicht das Schlechteste herausgeholt hat. Wenn es aber diese Chance jemals gab, so hat der polnische General und Parteichef sie inzwischen gründlich verspielt. Wer wie er ein stolzes und keineswegs in der Tradition des Duckens lebendes Volk durch Prügel weichzuklopfen trachtet, kann nur zu leicht Sturm ernten. Schon heute gibt es besorgte Beobachter, die keineswegs etwa „extremistischen" Kreisen, sondern der katholischen Kirche nahestehen, welche eine neue, noch heftigere Explosion des polnischen Volkszornes kommen sehen. Dies wäre dann, so sagen sie, ein elementares Ereignis, vor dem die Streiks vom August 1980 zu einer bloßen Ouvertüre verblassen müßten.

Jaruzelskis Dilemma liegt in der gleichzeitig politischen und ökonomischen Ausweglosigkeit. Um in Polen halbwegs erträgliche Zustände herzustellen, müßte er die Wirtschaft reformieren und den Menschen überhaupt wieder ermöglichen, wenigstens bescheidene Früchte ihrer Arbeit zu ernten. Da aber das Vertrauen in das Regime gleich Null ist und im übrigen auch alle objektiven Voraussetzungen für ein Funktionieren der Volkswirtschaft sowie der einfachsten Güterversorgung fehlen, rührt niemand eine Hand. Der ungarische Parteichef Kadar konnte nach der Niederschlagung des Aufstandes von 1956 sein Volk mit gewissen materiellen Perspektiven locken: Wenn ihr Ruhe gebt, wird es euch nicht so schlecht gehen. Ähnliches konnte sogar noch ein Husak 1968 in der Tschechoslowakei zuwege bringen – wenn auch bereits auf sehr brüchigen Fundamenten. Jaruzelski aber hat nichts in der Hand. Die Lage der Weltwirtschaft schlägt ebenso gegen ihn aus wie die massive Verschuldung Polens im Westen. Er kann also seiner Nation im eigentlichen Wortsinne keine Perspektive bieten.



Keine Normalisierung in Sicht: Wasserwerfer im Einsatz gegen Warschauer Demonstranten FOTO: AP

Hinzu kommt, daß die nationale Individualität der Polen eben grundsätzlich anders ist als jene der Tschechen und in gewissem Sinne auch jene der Ungarn. Die Polen sind das einzige Volk Ost-, Südost- und Mitteleuropas, das sich in totaler Weise der Kollaboration mit dem von den Sowjets aufoktroyierten kommunistischen Regime versagt hat. Alle anderen Nationen des von Moskau beherrschten Raumes haben zumindest Teile von Schichten, Gruppen oder Klassen hervorgebracht, die es in der einen oder anderen Phase der Entwicklung für nützlich oder akzeptabel hielten, mit dem Regime zu kollaborieren. Das gilt sogar in gewissem Sinne für die „DDR". Nur in Polen erleben wir eine totale Verweigerung – und daher ist und bleibt Polen heute das schwächste Glied in der Kette sowjetisch beherrschter Staaten.

Da spielt der uralte polnische Haß auf die Russen ebenso eine Rolle wie der katholische Charakter des Volkes. Letzterer bleibt auch dann wirksam, wenn das Volk der jeweiligen Kirchenhierarchie nicht hundertprozentig gehorcht. Gerade hier sieht man in diesen Tagen einen interessanten Differenzierungsprozeß: Der polnische Primas Glemp und der polnische Episkopat waren im Blick auf den bevorstehenden Papst-Besuch gegen die Demonstrationen am 1. Mai – und dennoch wurde demonstriert, und zwar an vielen Orten aus den Kirchen heraus.

Nach diesem 1. Mai hat sich gezeigt, daß die Gewerkschaft „Solidarität" ihre Leute beisammen hat. Eine neue Runde im Kampf zwischen der Gesellschaft und dem Regime hat begonnen.

IM GESPRÄCH Claus Skupin

Seine Ware heißt Sicherheit

Von Werner Kahl

„Die internationale Wirtschaft hat jetzt das Erfordernis begriffen, das Leben der Mitarbeiter wie auch die eigenen Vermögenswerte zu schützen", stellt Claus Skupin zufrieden fest. Im präventiven wie im repressiven Bereich belegen dies die Erfolge in der Abwehr krimineller und terroristischer Angriffe. Größter Schadensträger ist der illegale Technologie-Transfer, unter dem Begriff Industriespionage besser bekannt; die stärkste Bedrohung für Menschenleben geht aber weiterhin vom Terrorismus aus.

Die israelischen Medien widmeten denn auch unlängst einem Seminar über internationalen Terrorismus, dem der Berliner Sicherheitsberater Claus Skupin in Jerusalem präsidierte, starke Beachtung. In der Einschätzung der Lage waren sich zivile wie militärische Fachleute einig: Westeuropa weist heute nach Lateinamerika die stärkste Dichte an terroristischen Aktivitäten auf; Tendenz steigend, wobei der Rechtsterrorismus sich am Linksextremismus des vergangenen Jahrzehnts orientierend ausdehnt. „Überdies tendieren", „so Skupin, aus Überlebensgründen gewisse terroristische Gruppen zur Bildung organisierter Kriminalität im Rauschgift- und Waffenhandel."

Der geborene Berliner des Weltkrisenjahrgangs 1929 strahlt in Person die Maxime seines Berufes aus: Sicherheit. Nach zwanzigjähriger Tätigkeit als Commander einer Sicherungseinheit der amerikanischen Armee in Berlin delegierte ihn das Internationale Rote Kreuz (IRK) während des indisch-pakistanischen Krieges 1971/72 als Verwaltungsdirektor nach Ostpakistan (Bangladesch). Nach der Rückkehr nahm er 1973 in seiner Heimatstadt Berlin eine Tätigkeit als Berater der internationalen Wirtschaft auf; er arbeitete Risikoanalysen und Schutzkonzepte aus.



Der Terrorismus ist noch keineswegs am Ende: Claus Skupin FOTO: DIE WELT

Das Einmann-Unternehmen führt Claus Skupin mit Lehrveranstaltungen und Vorträgen weltweit. Für die Familie – die Tochter studiert Geschichte, der Sohn ist in Vaters Fußstapfen getreten – gehören die interkontinentalen Aktivitäten des Vaters zum Alltag. Es ist nicht nur die American Society for Industrial Security International (ASIS), deren Aufgaben er als Vizepräsident für Europa wahrnimmt; auch die amerikanische Akademie für Sicherheitsausbildung wählte den Berliner in ihr Direktorium. Der passionierte Reiter und Angler erholt sich in der Einsamkeit der nordamerikanischen Wälder und der Seenlandschaften an der kanadischen Grenze. Er will fitbleiben. Denn: Die gegenwärtige relative Ruhe darf „nicht darüber hinwegtäuschen, daß die extremistische Szene von links und rechts neue Ziele anvisiert".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hauptthema der Kommentatoren sind der Koalitionszwist in Bonn und die Absage Honeckers:

Frankfurter Allgemeine

Wenn CSU und FDP noch eine Weile in der Tonart verkehren, die sie in den letzten beiden Wochen angeschlagen haben, wird die neue Bonner Koalition wohl nicht alt werden. Ohne Frage hat manches seine Berechtigung, was derzeit in der Deutschlandpolitik aus München angemahnt wird. Ohne Frage könnte das aber auch in einer moderateren Tonart gesagt werden. Denn diese scheint häufig geradezu darauf angelegt zu sein, Trotzreaktionen bei der FDP hervorzurufen und Verhärtungen in den Standpunkten zu befördern, die zwar differieren, aber doch nicht unüberbrückbar sind. Umgekehrt gilt das freilich auch für die FDP, die sich auf ihre praktische Vernunft sonst so viel zugute hält und allemal zur Verständigung rät, wenn es um Differenzen mit Moskau oder Ost-Berlin geht, während sie im Verhältnis zur CSU alle Register einer Konfliktverschärfungsstrategie zieht...

Süddeutsche Zeitung

Nur acht Wochen nach dem triumphalen Wahlsieg steht die Regierung Kohl vor einem politischen Scherbenhaufen, den sie noch dazu selbst angerichtet hat. Es ist nicht so sehr die Absage des DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker, die Kohls Bemühungen um einen stabilen Kurs empfindlich gestört hat. Vielmehr sind die Umstände beängstigend, die zu der Selbstausladung geführt haben, und mehr noch die Art, in welcher über diesen ohnehin schon bedauerlichen Schritt hierzulande diskutiert wurde. Die Krisensitzung, zu der Strauß... die Bundesminister der CSU nach München gerufen hat, sollte dem Bundeskanzler endgültig die Augen über die Brisanz des Zwists öffnen. Derartiges hat es niemals vorher gegeben, neu ist auch, daß sich in so kurzer Zeit so viel Zündstoff ansammeln konnte. Kohl wäre in einem unverzeihlichen Irrtum befangen, wenn er meint, auf einem dicken Polster seines Wahlsieges bequem ausruhen zu können. Der Nimbus eines Kanzlers, der kraftvoll führt, Schwerpunkte setzt und das Tempo bestimmt, beginnt sich bereits abzunützen. Es erweist sich als ein schweres Versäumnis, daß Kohl bei den Koalitionsberatungen die Außen- und Deutschlandpolitik ausgeklammert hat.

THE GUARDIAN

Die Entscheidung Erich Honeckers, einen Besuch in Westdeutschland abzusagen, der epochemachend hätte sein können, war voraussehbar und ist bedauerlich... Sobald Moskau und Washington auf der gleichen Wellenlänge sind, blüht der Dialog auch zwischen Bonn und Moskau, und nur dann machen Ost-Berlin und Bonn auf politischer Ebene Fortschritte in ihren komplexen und zerbrechlichen Beziehungen. Der Härtetest für die innerdeutschen Beziehungen ist der Handel. Er hat alle Krisen der Vergangenheit überlebt und ist aufgeblüht, weil er für beide Staaten bedeutsam ist. Dieses gemeinsame Interesse beider Seiten bleibt so deutlich wie zuvor bestehen. Honeckers schroffe Absage sollte deshalb als ein neues Symptom der allgemeinen Verschlechterung in den Ost-West-Beziehungen gesehen werden.

Schwäbische Zeitung

Ein Besuch Honeckers gleich zu Beginn der Amtsperiode der Regierung Kohl hätte allen Zweiflern bewiesen, daß der Wechsel in Bonn die Beziehungen zum Osten nicht beeinträchtigt, daß also keine Verschärfung und erst recht keine Rückkehr zum kalten Krieg zu erwarten seien. Jetzt entfällt dieser Beweis. Statt dessen hat der Kanzler einen Koalitionsstreit beizulegen und in der Regierungserklärung einem Kurs zu bestimmen, der die entzweiten Koalitionspartner wieder vereint. Gegenüber dem politischen Gegner befindet er sich in der Defensive; er muß jetzt seine Absichten in der Deutschlandpolitik verteidigen, sie überzeugen nicht mehr von selbst.

Nicaragua – ein Bauer auf dem Schachbrett der Sowjets

Dem Regime der sandinistischen Comandantes könnte das Schicksal Allendes beschieden sein / Von Günter Friedländer

Nirgends werden die Kämpfe im Norden Nicaraguas so besorgt verfolgt wie in Costa Rica. Denn der Ausgang der beginnenden Konterrevolution bedeutet viel für seine Zukunft. Umfang und Verlauf dieser Gegenrevolution sind noch unklar. Die ersten Kampfhandlungen wurden von allen Beteiligten zunächst hochgespielt, dann aber plötzlich „der Kampf, der niemals stattfand" genannt. In Costa Rica sind Beobachter geneigt, sie für bedeutungsvoll zu halten.

Auf der Seite der „Contras", wie der Sammelname für alle Gegner dieses Regimes der moskautreuen „Comandantes" lautet, gibt es gute Gründe, das Ausmaß der Kämpfe herunterzuspielen. Die „Contras" sind eine Kombination politischer Kräfte, die einander tolerieren, weil sie nur vereint erfolgreich sein können: Da sind Eden Pastoras enttäuschte sandinistische Guerrilleros, die das Ideal einer nationalen Revolution von den kommunistisch-leninistischen Comandantes verraten fühlen, ferner sandinistische Politiker, die Robelo führt, sowie Angehörige der ehemaligen Nationalgarde Somozas. Sie alle rechnen mit der offenen oder geheimen Hilfe der USA und der honduranischen Regierung. Die einzelnen Gruppierungen fühlen sich in der Gesellschaft der anderen Partner nicht sehr wohl und wollen nicht gern zusammen gesehen werden.

In Costa Rica glaubt man den Versionen, daß als Resultat dieses Bündnisses drei verschiedene Generalstäbe die Aktionen in Nordnicaragua leiten, denen verschiedene Aufgaben zugewiesen wurden. Angeblich gehorcht einer Eden Pastora, der zweite der ehemaligen Nationalgarde, der dritte dem honduranischen Heer.

Ein einflußreicher Politiker Mittelamerikas, der nicht genannt werden will, sieht die größte Gefahr dieser Entwicklung in der Polarisierung der zahlenmäßig unbedeutenden linken und rechten Extremisten, während die Masse der politisch in der Mitte beheimateten Bürger, ursprünglich der Träger der Rebellion gegen die Diktaturen Mittelamerikas, jeden Einfluß auf die Entwicklung verliert.

Bisher hat niemand die Scharmützel im Norden Nicaraguas sehr ernst genommen, weil im allgemeinen angenommen wird, daß die Comandantes sich in großer Übermacht befinden und mit unbegrenzter sowjetischer Hilfe rechnen können. Das ist nicht unbedingt so. Die Opposition in Nicaragua ist zwar in ihrer Ausdrucksfreiheit behindert, aber die Gegner der Comandantes sitzen nicht nur im Norden, sondern überall im Land. Das Regime der Comandantes könnte sich als schwächer erweisen als man annimmt.

Noch problematischer ist die unbegrenzte sowjetische Hilfe. Es wird heute oft vergessen, daß die Sandinisten ihre Revolution nicht mit sowjetischer, sondern mit der politischen und später wirtschaftlichen Hilfe des Westens gewonnen haben. Die Vereinigten Staaten ließen Somoza sehr früh fallen, und die Sandinistas erhielten im ersten Jahr nach ihrem Sieg etwa 800 Millionen Dollar an Wirtschaftshilfe, 300 Millionen als Geschenke, 500 Millionen in Darlehen. Niemand erwartet mehr, daß sie zurückgezahlt werden können, was neue Darlehen unwahrscheinlich macht. Die Comandantes haben auch die politische Hilfe der Sozialdemokratie verloren, was allerdings nicht laut gesagt wird, weil man sich scheut, das Fehlurteil über die Comandantes zuzugeben.

Wer aber soll die Fehler des Regimes bezahlen? Nicaragua ist auch wirtschaftlich ein zweites Kuba geworden: Es wird die Sowjetunion viel Geld kosten, das Regime aufrechtzuerhalten.

Ist es das wert? Man sieht im Westen Nicaragua als einen Bauer auf dem Schachbrett der Russen, vergißt aber, daß es für Moskau strategisch günstig sein kann, ihn zu opfern. Sollten die sowjetischen Politiker entscheiden, das zu tun, wären sie in einer vielleicht vorteilhafteren Lage als heute: 10 000 bis 15 000 bewaffnete Sandinistas würden über die unverteidigte Grenze nach Costa Rica fliehen und dort als ständiger Unruheherd diesen Nachbarn vor unlösbare Probleme stellen. Die sowjetische Propaganda aber würde jahrelang von der Behauptung leben, daß der Imperialismus die junge sandinistische Revolution erdrosselt hat. Ohne ungeheure materielle Opfer könnten so die Kommunisten in Lateinamerika mehr gewinnen als mit der Unterstützung der Comandantes.

Statt mit Vietnam sollte man Nicaragua vielleicht mit Chile vergleichen, wo genau das geschah, was hier geschehen könnte: Allende wurde geopfert, weil die Legende des Märtyrers der chilenischen Revolution mehr Nutzen bringen konnte als ein bankrottes marxistisches System, dessen Probleme sich lange vor Allendes Ende als unlösbar erwiesen hatten.

Das kommunistische Nahziel in Lateinamerika ist, Unruhe aufrechtzuerhalten, was auch ohne das kostspielige Regime der Comandantes möglich ist. Ihr Untergang könnte den Kommunisten nützlicher sein als der Sieg ihres Regimes.

Auch Bakterien trüben nicht den Glauben an das Heilwasser

Von JOACHIM NEANDER

Genau am Aschermittwoch dieses Jahres brach es über Ranschbach herein. Berichte über eine „Wunderheilung" zerrten das kleine Dorf zwischen Pfälzer Wald und Pfälzer Wein mit seinen 620 Einwohnern innerhalb weniger Tage ins grellheiße Licht der Öffentlichkeit. Ein Massenansturm von Pilgern, Kranken, Neugierigen, Reportern, aber auch Geschäftemachern und sogar Taschendieben – insgesamt bis heute weit über 300 000 – setzte ein.

Der Sturm ist zunächst wieder abgeflaut. Wegen Verseuchung durch Koli-Bakterien sind die inzwischen fünf Zapfstellen der „Quelle unserer Lieben Frau zum *Kaltenbrunn*", anderthalb Kilometer vom Ranschbacher Dorfrand, seit gut vier Wochen geschlossen. Aber fast täglich rufen Bus-Unternehmen aus der ganzen Republik in Ranschbach an: wann denn die „Wunderquelle" wieder geöffnet werde. Wohin geht für die Ranschbacher die Reise? Hat der Tornado, der über sie hinwegbraust, sie verändert? Profitieren sie – oder zahlen sie drauf?

Friedlicher kann man sich das Bild kaum vorstellen. In den gewaltigen Bäumen über der Grotte mit der Mutter Gottes konzertiert das Vogelorchester. Vor der Grotte mit der eigentlichen, jetzt natürlich ebenfalls versiegten, Quellwasserzapfstelle diskutieren halblaut ein paar Leute. Neben ihnen, vor der Ruine der schon um 1550 zerstörten Wallfahrtskapelle, hochaufgerichtet das in sieben Sprachen (deutsch, englisch, französisch, türkisch, italienisch, jugoslawisch, spanisch): „Kein Trinkwasser – Gefahr!!!"

Unten an der neu eingerichteten Zapfstelle, einer Art Wasserhäuschen, das jetzt verriegelt ist, wird gebaut: ein neuer Parkplatz, eine Toilette, Ausbesserung des ziemlich entsetzlichen Anfahrtsweges. Und Stromkabel werden verlegt für die Pumpe, die das Quellwasser aus dem eingegrabenen Zehntausend-Liter-Tank, in dem es zunächst gesammelt wird, ins Wasserhäuschen mit den beiden Ausgabeluken hinaufbefördern soll. Ein kleiner, alter Wallfahrtsort modernisiert sich, richtet sich auf Expansion ein. Ein fast normaler Vorgang. So gut wie nichts mehr erinnert an jene eiskalten, chaotischen Februarnächte, als die Heil und Heilung Suchenden acht Stunden und kilometerlang Schlange standen, als Polizei und Feuerwehr eingreifen mußten, Wege zerstört, Büsche niedergetrampelt, sich Vordrängelnde verprügelt wurden.

Auf dem alten Schotterparkplatz am Wasserhäuschen ein paar Autos, die Kennzeichen verraten: München, Tirol, Osnabrück, Hamburg, Offenbach, Detmold, Celle, Groß Gerau. Was suchen die Leute hier? Die nach dem starken Regen durch *Oberflächenwasser* verseuchte Quelle ist doch geschlossen, es stand in den Zeitungen, es steht auf der Warntafel.

„Ich wage ein kühnes Wort", sagt Domkapitular Johannes Dörr vom Speyerer Domkapitel. „Ob das Wasser vom Kaltenbrunn ein Wunderwasser wird, hängt nicht am Wasser, sondern an denen, die es holen." Wichtig sei, daß es sie zum Glauben hinführe; wichtiger, als daß es sie gesund mache. Aber wie erkennt man die Menschen, wie trennt man sie in Gläubige, Wundergläubige, Abergläubische, Skeptiker, Spötter?

Nehmen wir den älteren Herrn dort aus dem Schwäbischen. Er hat eine leere Korbflasche in der Hand, ehedem spanischer Wein. Er schimpft. Die anderen hören zu. Man kann ihnen nicht ansehen, ob sie zustimmen. „So ein Schwindel!" tönt der Herr auf Schwäbisch. „Zweimal war ich schon hier, hab' stundenlang Schlange gestanden, um einem Bekannten das Wunderwasser mitzubringen, den die Ärzte aufgegeben habe. Und nun das, nicht einmal Trinkwasserqualität, nein so etwas!"

Aber dann, ein paar Minuten später, stellt er die Korbflasche hin, zieht sich die Jacke aus, geht zur Quelle, wo im kleinen Betonbekken noch Wasser steht (Quellwasser? Regenwasser? Schmutzwasser?) und fängt an, sich zu waschen, Gesicht, Hände, Unterarme, gründlich, ernst, fast rituell. Als er fertig ist, merkt er, daß er beobachtet wird. Er sagt verlegen: „Na ja, wenn man schon mal hier ist." Und wieder bei den anderen, spinnt er den – wie er jetzt einzugestehen versucht – Scherz weiter: „Die Korbflasche werde ich irgendwo an einem Bach füllen, man kann ja nicht mit leeren Händen heimkommen." Die anderen lachen.

Aber immer noch weiß man nicht, wer diese Menschen sind, ob sie glauben oder gerne glauben würden, sich dessen nur schämen. Ob sie krank sind, vielleicht geduldig nach dem Wasser anstehen würden, wenn alle es täten. Ob sie nur zu den neugierigen Touristen gehören oder in Wirklichkeit zu denen, wie der Ranschbacher Bürgermeister Hans Dieter Scherthan einem in den kalten, schlimmen Nächten des anfänglichen Chaos begegnet ist.

„Was erhoffen Sie sich, warum stehen Sie hier stundenlang in der Kälte?" hatte der Bürgermeister einen alten, gehbehinderten, offenbar unter starken Schmerzen leidenden Mann gefragt. Der hatte geantwortet: „Für jemand, der so viele Stunden vergeblich in Wartezimmern von Ärzten gewartet hat, bedeuten die paar Stunden hier nicht viel, junger Mann." Es klang weise, wie eine Stimme aus dem Bereich, der den meisten anderen nicht zugänglich ist.

Die Frage, wer die Menschen sind und künftig sein werden, die nach Ranschbach zur Quelle kommen, wird entscheiden, was aus Ranschbach wird. Das Dorf, so sagen der Bürgermeister, der Orts-Pfarrer und die meisten der Nebenerwerbswinzer, die den Ort prägen, ist ein stiller alter Wallfahrtsort, und er will es bleiben. Aber wie das anstellen?

Die ersten Wasserproben sind schon wieder einwandfrei. Mit der Öffnung der Quelle will der Bürgermeister aber noch warten, bis alles fertig ist. Sechs Frauen und Männer sind inzwischen fest angestellt. Es bleibt bei zehn Mark Gebühr für jeden abgegebenen Kanister Quellwasser, plus drei Mark Wegebenutzungsgebühr für Autofahrer. Öffnungszeiten *8 bis 18* Uhr.

Der Wege- und Parkplatzbau und all die anderen Installationen werden insgesamt etwa 250 000 bis 300 000 Mark kosten. Das Geld streckt bisher die Verbandsgemeinde Landau Land vor. Die bisherigen Gebühreneinnahmen dekken nur die Personalkosten und etwa ein Fünftel der Investitionsmittel.

Beim Landesinnenministerium liegt immer noch der Antrag auf eine Beihilfe in Höhe von 100 000 Mark. Er ist noch nicht bewilligt. Wenn, dann käme der Zuschuß aus einem Fonds für die Anlage von Wanderparkplätzen in Gemeinden am Waldrand und hätte mit der „Wunderquelle" direkt nichts zu tun. Zwischen den Ranschbachern und der Landeshauptstadt (wo Bürgermeister Scherthan seit kurzem als CDU-Abgeordneter auch im Landtag sitzt) gibt es, mit wachsender Tendenz, schon etwas Ärger darüber, daß das kleine Dorf mit den Folgen dieses Tornados ein bißchen zu deutlich allein gelassen werde.

Natürlich haben auch die Ranschbacher so etwas wie ihren Vorteil. Die 30 Fremdenbetten am Ort waren im Frühling zu einer Zeit ausgebucht, da das sonst nie der Fall ist. Auch der Weinabsatz (Lage „Seligmacher") ist gestiegen. Dafür haben die Ranschbacher aber auch in den ersten Tagen nach der Schließung der Quelle den ahnungslos und vergeblich anreisenden Besuchern zum Trost pro Person eine Flasche Wein spendiert: Insgesamt etwa 1000 in drei Tagen.

Und dann ist da natürlich das Hotel. Ein Konzern will es bekanntlich bauen. Natürlich hätten die Ranschbacher gern eins, ganz unabhängig von der Quelle. Jetzt profitieren da nur die Hoteliers im Nachbarort Leinsweiler, zwei von ihnen plakatieren bereits ungeniert in Ranschbach. Aber diesem Hotelprojekt stehen die Ranschbacher äußerst vorsichtig gegenüber. Bisher gibt es auch noch gar kein Grundstück. Überhaupt hat hier seit dem Beginn des Ansturms noch kein Quadratmeter Boden den Besitzer gewechselt. Alle Meldungen über angeblich gestiegene Grundstückspreise sind reine Maklerfantasie.

Wieviel zusätzlichen Fremdenverkehr so ein Ort verkraften kann, ohne seine Identität zu verlieren, weiß keiner. Der Kurdirektor von Bad Bergzabern (Luftlinie 12 km), ein pfiffiger Herr, wirbt bereits Kurgäste für einen „Urlaub in der Nähe von Ranschbach" (sprich: Bad Bergzabern). Bürgermeister Scherthan sagt: „Ich glaube, man muß noch ein wenig warten, ehe man sagen kann, wo unsere Reise *hingeht." In ein paar Wochen,* wenn sich herausgestellt hat, wie groß der künftige Andrang von Fremden zur Quelle ist, will er eine Bürgerversammlung einberufen wie schon einmal zu Beginn des großen Sturms. Die soll dann beraten und entscheiden.

Die Prognosen gehen weit auseinander. Der Mann, der im Wasserhäuschen an den Zapfstellen etwas repariert, während seine beiden kleinen Kinder ein noch nicht verlegtes Wasserrohr draußen als herrliche Rutsche benutzen, kontert meine Skepsis fast mit Inbrunst: „Warten Sie mal ab!" Er glaubt, daß sofort nach der Wiedereröffnung ein riesiger Andrang einsetzen wird. Schließlich hätten die Leute auch noch nach der Schließung versucht, das Quellwasser ganz unten im verschmutzten Überlauf und an der Weinbergsdränage aufzufangen.

Aber ich denke an andere Heil- und „Wunder"-Quellen, etwa 50 km weiter, südlich von Pirmasens, wo es ähnlich wundersame Traditionen, heute aber nur noch ganz wenige treue Wallfahrer gibt.

Daß „ihre" Quelle etwas Besonders hat, davon waren und sind die Ranschbacher fest überzeugt. Sie brauchen dazu auch nicht die offizielle Anerkennung als Heilwasserquelle, für die nach Ansicht der Behörden die Voraussetzungen fehlen. Schließlich gibt es ja auch die Briefe derer, die sich Wasser aus Ranschbach holten und dem Bürgermeister später etwas über den Heilerfolg mitgeteilt haben. Er führt treulich Buch darüber. Freilich hütet er sich, etwas davon preiszugeben.



Die Zapfstellen der „Quelle unserer lieben Frau zum Kaltenbrunn" sind wegen Verseuchung durch Kolibakterien geschlossen.

International wie der Besucherstrom ist auch die Warnung vor dem verseuchten Quellwasser. FOTOS: DONECKER

Immer mehr neigen die Sowjets zur Kleinst-Familie

Von FRIED H. NEUMANN

Für die Frauen in der Sowjetunion ist Abtreibung weder ein rechtliches noch ein moralisches Problem. Die Skrupel liegen – aus bevölkerungspolitischen Gründen – eher auf staatlicher Seite: Da die Geburtenrate bei der slawischen Bevölkerung gesunken ist, richtet sich die vielfache Ermunterung zu größerem Kindersegen indirekt auch gegen den häufigen Schwangerschaftsabbruch.

Durchschnittlich läßt jede Frau nach verläßlichen Schätzungen vier- oder fünfmal in ihrem Leben abtreiben; es sind nicht wenige Beispiele bekannt, die die „Rekordmarke" bei weit über einem Dutzend Eingriffen vermuten lassen. Das Verfahren ist denkbar einfach und wird nicht, wie so vieles sonst, von bürokratischen Hemmnissen behindert. Begrenzt wird es nur durch die Vorschrift, daß der Embryo nicht älter als zwölf Wochen sein darf; außerdem sind höchstens zwei Eingriffe jährlich zulässig.

Die Abtreibung wird gegen Zahlung von fünf Rubeln, etwa 17 Mark, in einer Geburtsklinik vorgenommen, nachdem die zuständige Poliklinik im Bezirk oder Betrieb den Gesundheitszustand überprüft und die Schwangerschaft bestätigt hat. Dabei findet auch die Beratung statt, die von Frauen und Ärzten eher als lästige Pflichtübung eingeschätzt wird: Besonders Verheirateten, die noch kein oder nur ein Kind haben, soll dadurch nahegelegt werden, ihre Entscheidung noch einmal zu überprüfen. Zwei oder drei Tage nach dem Eingriff ist die Frau wieder zu Hause. Kann sie nachweisen, daß dort ein Säugling oder ein *erkranktes Kind auf sie wartet,* wird sie morgens behandelt und abends entlassen.

Diese Praxis gilt in der Sowjetunion seit 1955. Bis dahin waren Abtreibungen zwanzig Jahre lang untersagt. Stalins strenge Gesellschaftsmoral und der Bevölkerungsbedarf seines sonst nicht gerade lebensschonenden Regimes hatten zu dem Verbot geführt. Heute neigt die Führung dazu, die Abtreibungen wieder einzuschränken, ohne sich bisher aber zu verschärften Bestimmungen durchringen zu können.

Abtreibungen weitaus zahlreicher als Geburten

Die Zahl der jährlichen Geburten stagniert seit längerem bei 4,7 Millionen, wird aber zunehmend vom mittelasiatischen Bevölkerungsteil aufgebracht. (Allerdings übertrifft selbst die russische Geburtenrate die in der Bundesrepublik noch um mehr als die Hälfte.) Russen, Ukrainer, Weißrussen und baltische Völker entscheiden sich nicht nur in den wachsenden Städten, sondern auch auf dem Lande trotz aller staatlichen Bemühungen und Ermahnungen immer mehr für die Ein-Kind-Ehe. Kinderlose Paare sind sogar in vielen Gebieten noch zahlreicher als kinderreiche.

In dieser Neigung zur Kleinstfamilie liegt die Hauptursache der millionenfachen Schwangerschaftsabbrüche, die um ein Mehrfaches die Geburtenzahlen übersteigen. Denn Verhütungsmittel sind entweder untauglich oder rar. Nicht nur junge Leute wissen zudem wenig über Sexualität, wie sich in Untersuchungen sowjetischer Soziologen zeigt.

Hilflos wirken die Versuche der Behörden, durch etwas mehr Aufklärung vorbeugend einzugreifen. Von einsichtigen Wissenschaftlern aufgemuntert, haben sie schon mehrmals zur obligatorischen Einführung des Sexualkunde-Unterrichts angesetzt. Es blieb bei halbherzigen Versuchen, weil man sich über die geeigneten Methoden nicht klarwerden konnte, so daß an der prüden pädagogischen Basis der Widerstand voll zur Geltung kam.

93 Prozent der Frauen sind berufstätig

Woran liegt es, daß Paare und besonders die Frauen immer seltener zu mehr als einem Kind bereit sind? Sind es materielle Gründe? Das „Nein" ist regelmäßig rasch zur Hand, weil es als ausgemachte Sache gilt, daß der sozialistische Staat eine vorzügliche Familienfürsorge betreibt. Aber so üppig steht es damit nicht. Beispielsweise wird ein bescheidenes Kindergeld von 35 Rubeln nur ein Jahr lang und nur an berufstätige Mütter gezahlt, dazu gibt es nach der Geburt des ersten Kindes 50 Rubel, für jedes weitere Kind hundert Rubel als einmalige Zahlung. Nichtberufstätige Mütter werden mit einmal 30 Rubel abgespeist. Trotzdem soll die Abtreibungsquote bei diesen Frauen um 2,5mal niedriger sein als bei den Berufstätigen.

Zu den Berufstätigen werden allerdings 93 Prozent aller sowjetischen Frauen gerechnet. Durch Beruf und Familie sind sie doppelt *belastet, und weil ihnen weder ihre* Männer noch die Gesellschaft sonderlich entgegenkommen, sind sie ausgesprochen überlastet. Das Einkaufen zum Beispiel ist bei durchschnittlich zweistündigem Warten und Hasten eine ärgerliche Plage; von der Haustechnik bis zum Dienstleistungsbereich ist überdies das ganze Umfeld der Frau unterentwickelt. Kindergarten und -horte sind nicht so zahlreich und problemlos, wie es die Propaganda darstellt: Es gibt sie landesweit nur für die Hälfte aller Kinder, und ihr schlecht bezahltes, oft gleichgültiges Personal wird für die häufigen Erkrankungen der Kleinen verantwortlich gemacht.

Schließlich sind die Familien auf die Einkünfte der Frauen ganz überwiegend angewiesen – nicht nur wegen der Lebenskosten, sondern weil auch der Konsumdrang weiter zunimmt. Liegt es also doch nur an materiellen Gründen im weitesten Sinne, daß der Kindersegen in der Sowjetunion zurückgeht? Der Staat hat die Frauen zur Arbeit mobilisiert; sie stellen 51 Prozent aller Arbeitskräfte. Dadurch hat sich ihre Einstellung geändert. Viele, so haben Befragungen ergeben, würden auch dann nicht auf ihren Arbeitsplatz verzichten wollen, wenn die Einkünfte der Männer voll ausreichten.

Bei diesen Gegebenheiten ist es trotz der respektablen Vitalität der russischen Frauen illusionär, von ihnen zu erwarten, daß sie sich möglichst zu drei Kindern bereit finden. Mehrjährige Freistellungen und mehr Halbtagsarbeiten, so hoffen die Sozialplaner jetzt, könnten ein Ausweg sein.

Katholikentag: „Nicht nur ein Jugendfestival"

PETER SCHMALZ, München

Der 88. Deutsche Katholikentag im Juli nächsten Jahres soll zum Dialog zwischen allen Generationen führen. „Wir planen nicht so etwas wie ein Jugendfestival", erklärte der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, der bayerische Kultusminister Hans Maier, gestern in München. Vielmehr soll für das Kirchentreffen gezielt die „mittlere Generation" der 30- bis 55jährigen eingeladen werden.

Doch auch Maier rechnet damit, daß in München wie schon zuvor in Düsseldorf die Jugendlichen bis zu zwei Drittel der Kirchentagsbesucher stellen werden, weshalb das Programm in besonderer Weise an diesen jungen Teilnehmern orientiert werden soll. Für den Münchner Katholikentag, der unter dem Leitwort „Dem Leben trauen, weil Gott es mit uns lebt" steht, wird erstmals eine Unterkommission „Mitwirkung der jungen Generation" gegründet. Vor allem für viele junge Menschen ist der Kirchentag nach Ansicht von Maier die einzige Chance, mit der Kirche in *Kontakt zu kommen. Der Präsident* des Katholikenkomitees: „Wir müssen diese missionarische Herausforderung annehmen und die Chance nutzen."

Auf dem Münchner Messegelände, *dem Tagungsort* des Katholikentags, wird ein eigenes Jugendzentrum eingerichtet. Unklar ist noch, ob die Initiative „Kirche von unten" an den Vorbereitungen teilnehmen wird. „*Wir haben der Initiative* Gespräche angeboten", berichtet der Generalsekretär des Zentralkomitees, Friedrich Kronenberg. „Um aber Mitverantwortliche bei einem Katholikentag zu sein, ist es auch nötig, in den Gremien des Laienapostolats mitzuarbeiten. Wir warten seit einem dreiviertel Jahr auf die Bereitschaft zur Integration."

Der Bereich Frieden wird nach den Worten Maiers zu einem der zentralen Themen des Kirchentags gehören. Dabei sollen Politiker aller Richtungen, Vertreter der Bundeswehr und Wehrdienstverweigerer zu Wort kommen. Maier erwartet, daß es dabei wie in Düsseldorf auch in München eine friedliche Diskussion und „keine Zerfleischung der einzelnen Gruppen" geben wird. *Die weiteren sieben* Schwerpunkte des Münchner Treffens, die in der Art von Werkstattgesprächen in acht Themenhallen behandelt werden: Weltkirchen, Arbeitswelt, Ausländer in Deutschland, Jugend, Familie, Bildung, Kirche am Ort, wähle das Leben sowie die Frau in Kirche und Gesellschaft.

Einen besonderen Akzent will Kultusminister Maier im Bereich der Künste mit Theateraufführungen, Konzerten, Autorenlesungen und Ausstellungen setzen. Damit soll das Gespräch zwischen Kirche und Kunst fortgesetzt werden.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Arbeitsplätze für Berlin zu Lasten von Bremen?

Von W. WESSENDORF

Bremer Landespolitiker machen Berlin zum Zankapfel. Die mehrheitliche SPD-Fraktion und die stärkste Oppositionspartei CDU stellen morgen den Antrag in der bremischen Bürgerschaft, das neugeregelte Berlin-Förderungsgesetz zu Fall zu bringen. Der Senat des kleinsten Bundeslandes, so lautet das Anliegen der CDU, soll einen entsprechenden Vorstoß im Bundesrat und bei der Bundesregierung unternehmen. Der Präsident des Senats, Hans Koschnick (SPD), hat schon kurz nach Inkrafttreten der Novellierung zu Beginn des Jahres der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) *zugesichert*: „Ich werde alles tun, damit dieser Unsinn abgestellt wird."

Die neue Präferenzregelung trifft nämlich das Bremer Wirtschaftsleben ins Mark und vernichtet Arbeitsplätze. Denn *seit ihrer* Wirkung wandern einschlägige Industrien ab in die geteilte Stadt. Mit derzeit 12,6 Prozent Arbeitslosen blickt die Wirtschaft an der Weser in eine düstere Zukunft. Erschwe*rend kommt hinzu, daß der Anteil* von Problembranchen der Wirt-

Landesbericht Bremen

schaft (Fisch, Stahlindustrie, Luft- und Raumfahrt sowie Werften) mit 38 Prozent besonders hoch ist. *Zum Vergleich*: Im Bundesgebiet arbeiten in den Problembranchen dagegen nur 5 Prozent aller Industriebeschäftigten.

Als Paradebeispiel der Abwanderung gilt der Zigarettenhersteller *Martin* Brinkmann. Er zog die Produktion seiner zugkräftigsten Marke und seinen Hauptabsatzträger (Lord Extra) von Bremen nach Berlin ab. Die Verlegung der gesamten Führungsspitze soll nun folgen. „Das bedeutet 350 neue Arbeitslose in der Hansestadt", wettert der Betriebsratsvorsitzende von Brinkmann, Wilhelm Lustig. In Berlin werden dagegen nach Angaben des DGB nur 49 Arbeitsplätze neu geschaffen.

„So sehr man dieses Instrument für Berlin begrüßen mag, so regionalpolitisch unsinnig ist die prämierte Verlagerung von Arbeits*plätzen aus dem Bundesgebiet* nach Berlin", zieht Christian Eick vom Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung (BAW) in einer Analyse das Fazit. „Denn es können Regionen betroffen werden, die noch stärkere Arbeitsmarktprobleme aufweisen als Berlin."

So müßte nach Schätzung des BAW die Martin Brinkmann AG bei unveränderter Arbeitsteilung einen Subventionsverlust von vier Millionen Mark hinnehmen, da das Unternehmen schon Betriebsteile in West-Berlin hat. Durch die weitere Produktionsverlagerung von der Weser an die Spree könne das Bremer Unternehmen jedoch einen Subventionsgewinn von 20 Millionen Mark verbuchen.

Mit der Neuregelung sinkt laut BAW der Subventionsvorteil bremischer Unternehmen speziell aus dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit Betriebsteilen in Berlin, wenn die Zahl der Arbeitsplätze in Berlin konstant bleibt. Um beispielsweise die bisherige Vergünstigung von 4,5 Prozent des Umsatzes zu erhalten, genügt deshalb nicht wie bisher ein Wertschöpfungsanteil (Anteil der Löhne und Gewinne von 10 Prozent), vielmehr ist ein Wertschöpfungsanteil von 40,9 Prozent erforderlich. „Also", sagt Eick, „müssen Arbeitsplätze nach Berlin verlagert werden, um die bisherigen Subventionen zu kassieren." Darüber hinaus biete das neue Präferenzsystem den politisch gewollten Anreiz, weitere Produktionen und Arbeitsplätze zu verlagern. Denn von einer Wertschöfpungsquote von 33 Prozent an steigt die Begünstigung – je mehr Arbeitsplätze desto mehr gibt es aus dem Topf der Steuergelder – steil bis auf 10 Prozent an.

Die alte Regelung der Berlin-Präferenzen hatte dagegen keine dynamische Wirkung. Die Subventionssumme verlief im Verhältnis zur Wertschöpfungsquote bildlich gesehen (fast) linear. Die Präferenz betrug beispielsweise 4,5 Prozent vom Umsatz bei einer Wertschöpfungsquote zwischen 10 und 50 Prozent. Und der Höchstsatz der Begünstigung betrug im Gegensatz zur neuen Regelung nur 6 Prozent.

Das führte zwar in der Vergangenheit zu einer positiven Entwicklung *vor allem* der Kaffee- *und* Tabakverarbeitung in Berlin, konnte aber nicht verhindern, daß die industriellen Arbeitsplätze in Berlin dennoch weiter abgenommen haben (zwischen 1977 und 1981 um 9 Prozent). Deshalb wurde mit den Stimmen aller Parteien das Berlin-Förderungsgesetz in Bonn mit Wirkung vom 1. Januar 1983 geändert.

„Das ist ein Skandal", meint der erste Bundesvorsitzende der NGG, Günter Döding. Die Gewerkschaft fordert die Überprüfung der Berlin-Förderung mit dem Ziel, die Berlin-Hilfe an die Anzahl der Beschäftigten zu binden. Schützenhilfe gibt es dazu auch von der Berliner NGG. Sie erklärte sich mit ihren Kollegen im Bundesgebiet solidarisch. Der Vorsitzende des Berliner Landesbezirks, Horst Helterhof: „Wir wollen nicht, daß Arbeitsplätze im Bundesgebiet unter dem Deckmantel der Berlin-Präferenz vernichtet werden. Das schadet dem Image Berlins."

Die Bremer SPD verlangt: „Ein*mal müssen die Dauersubventio*nen gestrichen werden. Zum anderen sollen die Förderbedingungen nur zum Tragen kommen, wenn in Berlin zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden." Den letzten Punkt unterstreicht auch die CDU des Zweistädtestaates.

Die Christdemokraten bekennen sich in ihrem Antrag zudem ausdrücklich „zu der Aufgabe, dem Land Berlin gezielte Hilfe auf wirtschaftlichem Gebiet zukommen zu lassen. Deshalb unterstützt die bremische Bürgerschaft die Zielsetzung der Beschlüsse der verschiedenen Bundesregierungen in der Vergangenheit, die Hilfen zu Gunsten Berlins zum Inhalt hatten." Dennoch halte der Landtag eine Berlin-Förderung, die zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen vom Bundesgebiet nach Berlin führe, nicht für richtig. Der Senat soll sich für eine „differenzierte Lösung" einsetzen.

Luther live von der Wartburg

Christen ehren den Reformator / Erste Übertragung eines Gottesdienstes in den Westen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit einem Bekenntnis zu Martin Luther beginnen die evangelischen Christen aus Ost und West morgen auf der Wartburg die Feierlichkeiten zum 500. Geburtsjahr des Reformators. Nachdem eine Teilnahme von Bundespräsident Karl Carstens, auch angesichts der aktuellen Lage, nicht in Frage kam, sind der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker als EKP-Ratsmitglied sowie Staatssekretär Hans Otto Bräutigam die prominentesten westlichen Gäste in Eisenach. Das „DDR"-Fernsehen überträgt die Festveranstaltung und einen Gottesdienst im Burghof – zum dem bis zu 3000 schlichte Christen erwartet werden – erstmals live in die Bundesrepublik, die Schweiz und nach Österreich.

Zwei Wochen nach dem Besuch des SED-Generalsekretärs Erich Honecker auf dem 400 Meter hohen Wartberg – er gab die vollständig renovierte Burganlage der thüringischen Ludowinger wieder frei –, verliest Landesbischof Werner Leich am Mittwochvormittag die Erklärung der „DDR"-Kirchen zum Luther-Jahr. Der Leiter der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union, Hans-Joachim Rogge (Ost-Berlin), spricht über „Martin Luther als Ausleger der Heiligen Schrift". Zum Westteil der EKU zählen die westfälischen und rheinischen Kirchen.

Pie Protestanten der Bundesrepublik reisen mit einer 36köpfigen Besuchergruppe auf die Wartburg. Ihr gehören die vier Landesbischöfe Martin Kruse (Berlin), Gerhard Müller (Braunschweig), Hans von Keler (Baden-Württemberg) und Peter Krusche (Hamburg) an. Der nassauische Kirchenpräsident Helmut Hild leitet die Delegation. Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Eduard Lohse, nimmt erst an den eigentlichen Geburtstags-Jubiläen *im November* in der „DDR" teil. Ob Bundespräsident Karl Carstens die Gelegenheit dieser Feiern wahrnimmt, um seine seit langem bekannten Besuchspläne zu verwirklichen, bleibt zur Stunde offen.

Nach Informationen der WELT gab es jedoch Vorgespräche, die auf eine Reise Carstens' nach Leipzig deuten, wo am 12. November, 15 Uhr, in der Thomaskirche ein Festkonzert der Thomaner stattfindet und der EKD-Ratsvorsitzende Eduard Lohse das Wort ergreift. Der Vorsitzende des „DDR"-Kirchenbundes, der sächsische Landesbischof Johannes Hempel (Dresden), spricht ein „Sendungswort". Möglicherweise schließt sich Carstens dieser kleinen EKD-Delegation an und trifft dabei auch zu einem kurzen Höflichkeitsbesuch mit Hempel zusammen.

Als Repräsentant der Bundesrepublik nimmt morgen Staatssekretär Hans Otto Bräutigam an der kirchlichen Festveranstaltung teil. Im Vorfeld dieses Wartburg-Termins gab es dem Vernehmen nach auch Bemühungen des Parlamentarischen Staatssekretärs *und* deutschlandpolitischen Experten des Bundeskanzlers, Peter Lorenz (Berlin), nach Thüringen zu fahren. Angesichts der komplizierten Einladungsmodalitäten, bei denen Ost-Berlin strikt darauf bestand, staatliche Kirchengäste durch das von Honecker geleitete „DDR"-Lutherkomitee einzuladen, unterblieb die Reise jedoch offenbar.

Von seiten der „DDR"-Führung kommen Volkskammer-Präsident Horst Sindermann, der Vorsitzende der Ost-CDU und Stellvertreter Honeckers im Staatsrats-Vorsitz, Gerald Götting, sowie die Staatssekretäre für Kirchenfragen, Klaus Gysi und Kurt Löffler (Kultur), in die Lutherstadt.

Im Gegensatz zur totalen Abschirmung der Wartburg während der Honecker-Visite am 21. April, steht die Festung für den Freiluft-Gottesdient am Nachmittag allen Besuchern offen. Die Veranstalter rechnen mit 3000 bis 4000 Gästen. „Bei Überfüllung wird die Burg geschlossen", lautet der lapidare Hinweis auf die Besucher-Obergrenze.

Honoriert nach den üblichen Gebühren der „Intervision", dem östlichen Gegenstück zur „Eurovision", überträgt das Ostberliner *Fernsehen* sowohl die Festveranstaltung als auch den Gottesdienst erstmals in der deutschen Nach*kriegsgeschichte zeitgleich in* beide Teile des Landes.

Mit Hitler-Reden eingeschüchtert

Siegburger Ehepaar erhebt schwere Vorwürfe gegen Prag / Ein Jahr im Gefängnis

SUSANNE PLÜCK, Bonn

Nicht nur in der „DDR" sind Schikanen gegen Bürger der Bundesrepublik zu beklagen. Ein gravierender Fall von Willkürjustiz ist mit der Verurteilung des Siegburger Ehepaars Irmgard und Günter Gödde aus der Tschechoslowakei bekannt geworden. Der pensionierte Diplomingenieur (64) und seine Frau (60), die am 8. April nach Haftverbüßung aus der CSSR aus*gewiesen wurden, waren genau ein* Jahr zuvor bei der Ausreise von den tschechischen Grenzbehörden unter der Beschuldigung festgenommen worden, Antiquitäten und Schmuck aus dem Land bringen zu wollen.

Das Ehepaar, das seit 1972 regelmäßig in Karlsbad kurte, hatte in der Tat außer dem im Westen erworbenen Schmuck der Frau im Werte von rund 150 000 Mark fünf tschechische Goldmünzen und einige alte Schmuckstücke im Gepäck, die Frau Gödde seit 1978 in der CSSR gekauft hatte. Die Eheleute befanden sich nach eigenen Angaben in dem Glauben, keine Ausfuhrbestimmungen zu verletzen, da sie in den zehn Jahren an der Grenze niemals nach Schmuck oder Antiquitäten gefragt worden seien. Daß seit 1981 ein derartiges *Ausfuhrverbot bestand*, wurde ihnen erst nach der Festnahme bekannt.

„Als sie meinen Schmuck gesehen hatten, war plötzlich von den Münzen nicht mehr die Rede", berichtet Irmgard Gödde. „Auch im Prozeß ging es nur noch um die Juwelen. Die Grenzer behaupteten, wir hätten sie von tschechischen Dieben gekauft." Die Göddes wurden zu einem Jahr und je 15 000 Kronen sowie Ausweisung und Konfiskation des Schmuckes verurteilt, obwohl dem Gericht Quittungen der einzelnen Stücke vorgelegt werden konnten. Das Ehepaar erhebt unter anderem folgende Vorwürfe:

Herr Gödde wurde durch Täuschung dazu gebracht, für seine Frau *einen unerwünschten Anwalt* zu bestimmen. Er wurde wiederholt mit Drohungen zu Unterschriften gezwungen. Mit dem Abspielen von Hitler-Reden und Naziliedern wurde versucht, ihn bei den Verhören einzuschüchtern. Bei der Gerichtsverhandlung lag der Schmuck lediglich in Photographien vor. Die Beschreibungsliste der Einzelstücke war bewußt falsch gehalten, so daß mit den Quittungen Unstimmigkeiten auftreten mußten.

Der Kontakt mit der deutschen Botschaft in Prag wurde von den tschechischen Behörden von Anfang an behindert. Erst *einen Monat* nach Festnahme konnte ein Vertreter die Göddes besuchen. Über den Fall durfte nicht gesprochen werden.

Die Bedingungen in der Untersuchungshaft waren unwürdig: Zu dritt in einer knapp acht Quadratmeter großen Zelle mit Stehtoilette und ohne Waschbecken, durften die Häftlinge den ganzen Tag nur auf einem Schemel hocken. Günter Gödde: „Hinlegen und an die Wand lehnen war verboten." Das Ehepaar konnte nur alle 14 Tage brieflich in Kontakt treten. Dem schwer *herzkranken* Siegburger, der bereits zwei Infarkte hinter sich hatte, wurden ohne Untersuchung die Tabletten entzogen. „Mir war klar, daß mein dritter Infarkt vorprogrammiert war." Der Infarkt trat nach mehreren Herzanfällen am 14. Januar 1983 ein.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes betonte, die Prager Botschaft habe ihr möglichstes getan und beim tschechischen Außenministerium mehrfach um vorzeitige Haftentlassung nachgesucht. Auch Außenminister Genscher habe bei seinem Besuch der CSSR im Februar den Fall angesprochen – leider *ohne Ergebnis. Voraussetzung* für ein Tätigwerden des Auswärtigen Amtes im Sinne einer Auslieferung des Schmuckes sei es, daß die Betroffenen ihren Regreßanspruch gegen den tschechischen Staat in allen Instanzen geltend gemacht hätten.

Demgegenüber hält Fritz Wittmann (CSU), Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages, die Einhaltung des in Rechtsstaaten üblichen Weges nicht für zwingend. „Wenn von vornherein feststeht, daß der von entschädigungsloser Enteignung Betroffene gegen den Drittstaat keine Chance hat, hat er nach Völkergewohnheitsrecht automatisch Anspruch auf diplomatischen Schutz." Der Abgeordnete will sich des Falls Gödde annehmen und das Auswärtige Amt auffordern, mit dem Mittel der Retorsion gegen die CSSR auf die Rückgabe des Schmuckes zu dringen.

Ein Graphologe für Hitler und „Nante"?

WERNER KAHL, München

Ein seit 1973 vor dem Müchnener Oberlandesgericht anhängiger Streit zwischen der Bauer-Zeitschrift „Quick" (Klägerin) und der Hamburger Illustrierten „Stern" (Beklagte) hat durch die Auseinandersetzungen um die angeblichen Hitler-Tagebücher aktuellen Bezug erhalten. Denn nach zehnjährigem Prozessieren erwägen die Oberlandesgerichtsräte jetzt ein Schriftgutachten und förderten deshalb die streitenden Illustrierten-Verlage auf, sich über einen zu benennenden Schriftsachverständigen zu verständigen.

Die Suche verspricht mühevoll zu werden. Bei Überlegungen, wer vor Gericht gehört werden soll, stießen Prozeßbeteiligte nämlich auf Namen, die bei der Wahrheitsfindung im Fall der Führer-Kladden in Frage kommen. Sachverständige, die für den „Stern" tätig waren oder demnächst eingesetzt werden, scheiden jedoch als gerichtliche Prüfer aus. Wird ein neutraler Experte, der letztlich über Echtheit oder Fälschung der Hitler-Notizen befinden soll, auch derjenige Graphologe sein, der unter den riesigen Prozeßstoff des „Quick"-„Stern"-Streites den Schlußpunkt setzt?

In dem Verfahren geht es um die Berichterstattung des „Stern" über die „Quick" aus dem Jahre 1973. *Die Illustrierte bezeichnete* seinerzeit den damaligen „Quick"-Redaktionsdirektor Heinz van Nouhuys als „Doppelagenten" sowohl des östlichen als auch des westlichen Geheimdienstes. Bei der Berichterstattung hatte das Blatt auch auf Materialien aus der „DDR" zurückgegriffen,

Auslöser für den „Stern"-Bericht, der schließlich die gegenwärtige Nonstop-Kontroverse verursachte, war die Veröffentlichung vertraulicher Papiere durch „Quick" während der Auseinandersetzungen um die Ostverträge gewesen. Das trug der Zeitschrift die Anschuldigung ein, die Ostverhandlungen sollten durch Indiskretion torpediert werden. Darauf münzte der Bauer Verlag den Vorwurf „eines Zusammenspiels mit dem östlichen Staatssicherheitsdienst" („Spiegel"). Diesen Vorwurf, das im Osten vom „Stern" recherchierte Material sei gefälscht, konterte der damalige „Stern"-Chef und heutige Herausgeber der Illustrierten, Henri Nannen, daß „das Beweismaterial echt" sei.

Heinz van Nouhuys, von dem es in dem strittigen Bericht heißt, er habe unter dem Decknamen „Nante" für den Ostberliner Staatssicherheitsdienst gearbeitet, wehrte sich vor Gericht mit der Erklärung, die „Stern"-Behauptungen seien „falsch und frei erfunden".

Aufgabe des Schriftsachverständigen wäre es, festzustellen, ob dem „Stern" vorgelegte angebliche Honorar-Quittungen von Nouhuys unterzeichnet wurden oder Falsifikate darstellen? „Bei den Hitler-Tagebüchern geht es", so „Quick"-Anwalt Georg Romatka, „ausschließlich um die Frage: Echtheit oder Fälschung? Bei uns spielt es demgegenüber eine Rolle, ob das strittige Thema überhaupt vom Inhalt her dem geheimdienstlichen Bereich zuzuordnen ist."

Der schwelende Konflikt über den Osthandel: Washington, Paris und Bonn setzen ihre Akzente

Im Handel mit dem Osten hat der Westen keine einheitliche Linie. Dennoch wird es auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg zwischen den Amerikanern und ihren sechs wichtigsten Verbündeten zu keinem Streit über die wirtschaftlichen Beziehungen gegenüber dem sowjetischen Lager kommen. Das stellte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nach dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Washington fest. Nur: Dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Gegensätze bestehen. Die Meinungsverschiedenheiten gelten vor allem den Lieferungen von Maschinen und Anlagen. Seit mehr als 30 Jahren besteht Einigkeit, daß Erzeugnisse von militärisch-strategischer Bedeutung nicht in den Ostblock verkauft werden sollen. Die USA wollen den Lieferstopp auf solche technologischen Produkte ausdehnen, die auch indirekt der sowjetischen Rüstung zugute kommen. Den Partnern geht das zuweit. Einigkeit ist jedoch notwendig, wenn ein Verbot wirksam sein soll.

Reagan will „weiche Landung" in Williamsburg

H.-A. SIEBERT, Washington

Am Osthandel wird Ende Mai der Wirtschaftsgipfel in Williamsburg nicht scheitern, er wird auch kein Konfliktklima verursachen. Davon gehen zumindest die amerikanischen „Sherpas" (Pfadfinder) aus, die zusammen mit ihren Staatssekretärskollegen aus den anderen sechs Regierungen das Treffen vorbereiten. Mit einigem Staunen verfolgen sie die Untergangsberichte in den westeuropäischen Medien.

Wäre es anders, so müßten alle Erklärungen, die in jüngster Zeit von Präsident Reagan sowie von Bundeskanzler Kohl, EG-Präsident Thorn und anderen Washington-Besuchern abgegeben worden sind, in den Papierkorb geworfen werden. Die Vorgespräche mit fast allen Teilnehmern im Weißen Haus garantieren die besonders von den USA gewünschte „weiche Landung". Ottawa und Versailles sollen sich nicht wiederholen; für Reagan muß Williamsburg auch aus innenpolitischen Gründen – er ist der Gastgeber – ein Erfolg werden.

Deshalb steht der Osthandel zwar auf der Tagesordnung, aber nicht mehr obenan. Nach amerikanischer Auffassung hat sich das über viele Monate heißeste Gipfelthema stark abgekühlt, weil – so Reagan vergangene Woche – „zufriedenstellende Fortschritte in den verschiedenen Organisationen hinsichtlich einer gemeinsamen westlichen Strategie erzielt worden sind".

Die eigentliche Diskussion findet in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und im NATO-Ausschuß Cocom (Coordinating Committee for Multilateral Export Controls) statt. Verschiedene Gremien arbeiten an fünf Studien. Werden sie fertiggestellt, könnte der Osthandel schon übernächste Woche vom OECD-Ministerrat abgehakt werden; wenn nicht, dann müßte die Gipfeldebatte über diesen Punkt sogar verschoben werden.

Zwischen den Partnern besteht bereits Übereinstimmung in zwei wichtigen Fragen: der Kreditgewährung an kommunistische Staaten und die Abhängigkeit von sowjetischer Energie. Schwieriger zu lösen ist das Problem des Technologietransfers, soweit Produkte von militärischem Wert betroffen sind. Während man sich in der Sache selbst weitgehend einig ist – Moskau darf nicht mit technischem Wissen versorgt werden, das die westliche Sicherheit untergräbt – kommt es hier in der Hauptsache auf die Abgrenzung an. Falsch ist die Vorstellung, Reagan wolle den gesamten Osthandel austrocknen. Dafür würde er niemals das Placet des Kongresses erhalten.

Einen zweifellos wunden Punkt stellt die Neufassung des im September auslaufenden Export Administration Act durch die Reagan-Administration dar. Im Prinzip erlaubt sie eine einseitige Ausdehnung der Cocom-Liste durch die USA, wobei gleichzeitl die Vorschriften durch Strafandrohungen (Export- und Importverbote, Geld- und Haftstrafen, Beschlagnahme der Gewinne) durchgesetzt werden können. Umstritten bleibt exterritoriale Anwendung amerikanischen Rechts bei der Bestrafung ausländischer US-Firmen. Andererseits läßt sich leicht ein Kompromiß finden, wenn es darum geht, die Abwicklung der Verträge für mehr als die geplanten 270 Tage zu erlauben. Nach europäischem Verständnis ist das eine zu kurze Frist.

Aber auch die Aufregung innerhalb der EG über die teilweise Verschärfung des amerikanischen Außenhandelsgesetzes ist verfrüht. Denn in den USA sieht man ebenfalls die Folgen für Auslandsaufträge und Arbeitsplätze. So liegen dem Kongreß zur Zeit 13 Gesetzesanträge vor, die alle auf eine Liberalisierung zielen. Angesichts der Stimmung auf dem Kapitol muß Reagan Konzessionen machen. In einem Aide Memoire hat die derzeit zuständige Bonner Regierung auf die rechtlichen Probleme verwiesen, die sich ergeben, falls die Auflagen auf US-Gesellschaften und Amerikaner in der EG angewendet werden.

Notwendige Gesetzeskorrekturen unterstellt, sollte es den Westeuropäern und Japan indes nicht schwerfallen, mit den USA zu kooperieren – vorausgesetzt, sie wollen ebenfalls ernsthaft Dämme gegen die Ausfuhr militärisch wertvoller Technologie in die Sowjetunion errichten, was man in Washington nicht bezweifelt. Das ist aber nur möglich, wenn die Cocom-Zange wirklich faßt.

Bonn wünscht Vertagung, weil der Streit nicht beigelegt werden kann

fu/Ha./Mk. London/Brüssel/Bonn

Da die gegenwärtigen Differenzen in der Osthandelspolitik zwischen den USA und den Partnern in Westeuropa und Japan nicht beseitigt werden können, soll dieses Thema auf dem Weltwirtschaftsgipfel der sieben wichtigsten Industrienationen des Westens Ende Mai in Williamsburg (USA) weitgehend ausgeklammert werden. Das ist die deutsche Position. Der Streit über dieses Thema soll die positiven Signale, die hoffentlich von dem Treffen für die Weltwirtschaft ausgehen werden, nicht übertönen.

Die Experten der Europäischen Gemeinschaft haben die bisherigen Vorbereitungen für den Gipfel mit offenem Unbehagen verfolgt. Gaston Thorn, Präsident der EG-Kommission, äußerte sich nach seiner Unterredung mit dem US-Präsidenten „erstaunt" über die Bedeutung, die Reagan ihm gegenüber der Behandlung des Ost-West-Handels in Williamsburg eingeräumt habe. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher glaubt sehr wohl, wie sie auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Helmut Kohl in London hat durchblicken lassen, daß dieses Thema auf jeden Fall „im Zentrum der Gespräche stehen" werde.

Aus der Sicht der EG wäre dies kontraproduktiv. Entscheidungen, so heißt es in Brüssel, könnten wegen der bestehenden Meinungsverschiedenheiten kaum getroffen werden. Außerdem müßten die Beschlüsse von Williamsburg auch für einige Staaten bindend sein, die dort gar nicht mit am Tisch sitzen. So sind die kleineren Mitgliedsländer durch den Ratsvorsitzenden und Präsidenten der EG-Kommission zwar vertreten; aber keiner von beiden verfügt über ein Mandat für handelspolitische oder andere die Gemeinschaftskompetenz betreffende Zusagen.

Bonner Experten verweisen auch auf die sachlichen Abstimmungsschwierigkeiten im Koordinationskomitee für den Ost-West-Handel (Cocom) in Paris. Dieses Gremium wurde Ende der 40er Jahre auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges zur Abstimmung der Handelspolitik gegründet. Ihm gehören die NATO-Staaten (ohne Island) und Japan an. Die Entscheidungen über Exportverbote müssen in diesem Gremium einstimmig fallen, weil sonst Umgehungsausfuhren gar nicht zu verhindern wären. Denn jedes Land folgt den Beschlüssen freiwillig, es kann nicht durch Mehrheitsentscheidungen gezwungen werden.

Es ergeben sich zwei Probleme: 1. Der technische Fortschritt erzwingt eine ständige Revision der Cocom-Liste. Produkte, die es gestern noch nicht gab, können heute auch militärisch von Belang sein. Die Abgrenzung ist nicht nur technisch schwierig, obwohl Universitätsinstitute und Firmenexperten eingeschaltet werden, sie ist auch von der jeweiligen Interessenlage abhängig. 2. Nicht nur Cocom-Länder, auch Staaten wie Schweden, die Schweiz oder Österreich treten als Anbieter auf dem Weltmarkt auf. Wenn diese Staaten liefern können, gelten Beschränkungen als sinnlos.

Aus Bonner Sicht soll es daher bei der Überprüfung der Cocom-Liste bleiben, was kein einmaliges Ereignis, sondern wegen der technologischen Veränderungen und dem Aufkommen neuer Anbieter ein ständiger Prozeß ist. Dabei besteht Übereinstimmung mit den USA insoweit, daß wegen der weltpolitischen Klimaveränderungen die militärisch-strategischen Kriterien nicht zu eng aufgefaßt werden sollten.

Gegen eine grundsätzliche Verschärfung der Liste, wodurch der gesamte Export hochwertiger Technologien getroffen würde, wehren sich die Westeuropäer. Dabei wird London auf den „doppelten Standard" verweisen, den Washington mit seinem Versuch eingeführt habe, mit Moskau zu einem neuen, langfristigen Getreidelieferungs-Abkommen zu gelangen.

Eine Rolle spielt noch immer der nur mühsam beigelegte Streit um das Technologie-Embargo im Zusammenhang mit dem Erdgas-Röhren-Geschäft. Schon im vergangenen Jahr waren die Westeuropäer, wenn auch in unterschiedlichem Maße, gegen die Ausweitung der amerikanischen Rechtsprechung auf US-Tochterfirmen in Europa Sturm gelaufen. Jetzt droht eine Neuauflage dieses Streits wegen der geplanten Verschärfung des Export Administration Act, wogegen die EG bereits offiziell Protest eingelegt hat. Auch hier geht es vor allem um das Exterritorialitätsprinzip. In Brüssel wurde in diesem Zusammenhang von einem „amerikanischen Handelsimperialismus" gesprochen, den die Gemeinschaft nicht hinnehmen wolle.

Paris lehnt neue Fesseln für den Osthandel ab

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Ost-West-Handel muß nach Auffassung der französischen Regierung von außenpolitischen Erwägungen freigehalten werden, weil er für Westeuropa im allgemeinen und für Frankreich im besonderen von wesentlicher wirtschaftlicher Bedeutung ist. Diesen Standpunkt vertritt Paris in den vorbereitenden Gesprächen für den Wirtschaftsgipfel der sieben größten westlichen Industriestaaten, der Ende Mai in Williamsburg (USA) abgehalten wird.

Mit weitgehender Unterstützung der EG-Partner hat Paris das amerikanische Vorhaben, die Embargo-Liste des Cocom (Liste der strategisch relevanten Handelsgüter. Die Red.) auf jede Art von Technologietransfer an die Ostblock-Staaten zu erweitern, grundsätzlich abgelehnt. Bei der Ende letzter Woche in Paris auf hoher Beamtenebene abgehaltenen Cocom-Tagung soll die französische Delegation dem Vernehmen nach aber eine gewisse Kompromißbereitschaft gezeigt haben; die Revision der Embargoliste stand allerdings nicht zur Entscheidung.

Auch Washington bemüht sich neuerdings um eine Entschärfung des Konflikts über den Ost-West-Handel. Präsident Reagan wolle, heißt es, dieses Thema nicht mehr zum wichtigsten von Williamsburg machen. Auf westeuropäischer Seite wird es als ausgesprochen zweitrangig betrachtet, wobei die Briten den amerikanischen Vorstellungen noch am nächsten kommen, während die Franzosen in der Ablehnung neuer Restriktionen im Osthandel am weitesten gehen.

Die französische Regierung hält dabei strikt an der Auffassung fest, daß die Probleme des Ost-West-Handels im Rahmen der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) verhandelt werden sollen und nicht politischen Instanzen wie den NATO-Gremien übertragen werden dürften. Deshalb hat Paris auch den amerikanischen Vorschlag abgelehnt, eine Art atlantisches Direktorium für die Weltwirtschaft mitzubegründen.

Darüber sollen am 10. Mai auf amerikanische Einladung die Finanz- und Außenhandelsminister der Sieben – im Anschluß an die Jahrestagung des OECD-Ministerrats – in einem Pariser Restaurant inoffiziell miteinander sprechen. Die Franzosen haben jedoch ihre Teilnahme mit der Begründung abgelehnt, daß sie sich nicht bei sich zu Hause einladen ließen. Ob es dabei bleibt, muß abgewartet werden. Festzustellen bleibt jedenfalls, daß die französisch-amerikanischen Differenzen in der Osthandelsfrage von beiden Seiten auf Sparflamme gesetzt wurden. Von dem schweren Konflikt, zu dem es wegen des US-Embargos gegen unter amerikanischer Lizenz gebaute Turbinen für die sibirische Pipeline gekommen war, spricht man in Paris nicht mehr. In diesem Punkt gab Washington schließlich klein bei, nachdem auch die anderen am Pipelinebau beteiligten europäischen Länder, einschließlich Großbritannien, sich dem Embargo widersetzt hatten.

Gleichwohl erhielt Washington wegen seiner Bedenken hinsichtlich einer zu großen Abhängigkeit Westeuropas vom sowjetischen Erdgas Schützenhilfe von der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris, der Frankreich formell nicht angehört. Nach der Fertigstellung der neuen sibirischen Pipeline könnten Unterbrechungen der sowjetischen Erdgaslieferungen Westeuropa vor „ernsthafte Probleme" stellen, heißt es im jüngsten Energieausblick der IEA.

Völlig ausgestanden ist dieses Thema noch nicht, wie ein jetzt bekannt gewordener Briefwechsel zwischen dem amerikanischen und französischen Präsidenten zeigt. Darin wünscht Reagan, daß Frankreich seine Bezüge sowjetischen Erdgases „limitiert" und den daran gebundenen Technologieexport an die Sowjetunion besser kontrolliert. Hierauf antwortete Mitterrand kühl, die französischen Energieimporte würden weiter „diversifiziert" und durch den Ausbau der Kernenergie reduziert.

Die Osthandelsfrage wird auch von den Meinungsverschiedenheiten über die Revision des Exportkreditabkommens der OECD belastet. Dabei geht es zwar nicht mehr, wie auf dem letzten Wirtschaftsgipfel von Versailles, um die Frage einer Höhereinstufung der Ostblockstaaten und damit um eine Anhebung der diesen Staaten zu berechnenden Mindestzinsen – dies ist im Juli 1982 geschehen –, sondern um den Umfang einer Ermäßigung dieser Zinsen. Frankreich will die Zinsen stärker senken als die anderen OECD-Staaten.

FINANZANZEIGEN



Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

Zusammengefaßte Bilanz zum 31. Dezember 1982

Aktivseite	DM	Passivseite	DM
Langfristige Ausleihungen	8 666 745 315,14	Begebene Schuldverschreibungen (einschl. Lieferungsverpflichtungen)	9 108 171 452,42
Ausgleichs- und Deckungsforderungen	4 228 791,49	Aufgenommene langfristige Darlehen	213 281 000,–
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben, Schecks	1 548 254,69	Kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten	213 959 140,99
Kurz- und mittelfristige Forderungen	1 193 949 665,76	Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen	317 663 095,26
Eigene Schuldverschreibungen	39 247 517,67	Durchlaufende Kredite	12 751 142,38
Zinsen für langfristige Ausleihungen	203 032 766,22	*Rückstellungen*	*10 717 038,39*
Durchlaufende Kredite	*12 751 142,38*	Sonstige Verbindlichkeiten	518 132,10
Grundstücke und Gebäude	2 304 215,26	Rechnungsabgrenzungsposten	34 192 549,01
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 913 666,–	Sonderposten mit Rücklageanteil	278 921,50
Sonstige Vermögensgegenstände	11 284,61	Grundkapital	25 000 000,–
Rechnungsabgrenzungsposten	54 185,25	Offene Rücklagen	179 800 000,–
		Bilanzgewinn	10 454 332,42
	10 126 786 804,47		10 126 786 804,47

Zusammengefaßte Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1982

Aufwendungen	DM	Erträge	DM
Zinsen für Schuldverschreibungen und Darlehen	725 081 544,33	Zinsen aus Hypotheken, Kommunaldarlehen und sonstigem	663 195 336,21
Andere Zinsen	*15 868 142,63*	*Andere Zinsen*	*130 922 815,79*
Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehensgeschäft	28 855 059,69	Einmalige Erträge aus dem Darlehensgeschäft	36 643 321,39
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	581 716,86	Andere Erträge	1 742 242,76
Personalaufwendungen	13 760 809,26		832 503 716,15
Sachaufwand	6 127 743,37		
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	658 538,17	Jahresüberschuß	20 699 683,26
Steuern	20 365 719,06	Gewinnvortrag	54 649,16
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	278 921,50		20 754 332,42
Sonstige Aufwendungen	225 838,02	Einstellung in offene Rücklagen	10 300 000,–
Jahresüberschuß	20 699 683,26		
	832 503 716,15	*Bilanzgewinn*	10 454 332,42

Der vollständige Jahresabschluß, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft enthält, wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Hauptversammlung vom 29. April 1983 hat beschlossen, den im Jahresabschluß ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 10 454 332,42 DM wie folgt zu verwenden:

5 000 000,– DM zur Ausschüttung einer

Dividende von 10,– DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM,

1 250 000,– DM zur Ausschüttung einer

Zusatzdividende (Bonus) von 2,50 DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM,

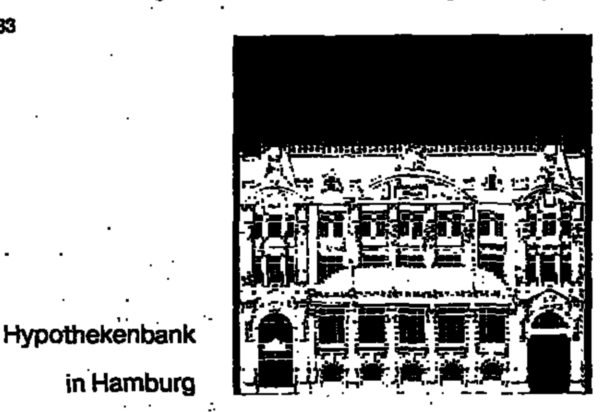
zahlbar am 2. Mai 1983 auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 25 000 000,– DM, Zuweisung zu den sonstigen Rücklagen nach § 7 HBG 4 200 000,– DM, Gewinnvortrag 4 332,42 DM. Die Dividende wird unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 41 der Aktien ausgezahlt.

Dem **Aufsichtsrat** unserer Bank gehören an: Dr. Christoph von der Decken, Hamburg, Vorsitzender, Dr. Wolfgang Leeb, Frankfurt/Main, stellv. Vorsitzender, Dr. Hans Joachim Bechtolf, Hamburg, Dr. Manfred Hohage, Hamburg, Gerhard Ohmsen, Hamburg, Dirk Schrödter, Hamburg.

Arbeitnehmervertreter: Rainer Schmidt, Hamburg, Siegfried Schumann, Hamburg, Werner Valk, Hamburg.

Vorstand: Dr. Clauß Leibrock, Hamburg, Dr. Manfred Meissner, Hamburg, Dr. Wolfgang Weitze, Hamburg.

Hamburg, im Mai 1983



Hypothekenbank in Hamburg

Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

STADT-SPARKASSE DÜSSELDORF

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1982

(Kurzfassung)

AKTIVSEITE	DM
Barreserve	311833851,03
Wechsel, Schecks, Einzugspapiere	29245590,89
Forderungen an Kreditinstitute	489922627,83
Wertpapiere	1224338400,27
Forderungen an Kunden	4173155856,88
Ausgleichs- und Deckungsforderungen	9781530,97
Durchlaufende Kredite	13825108,07
Beteiligungen	16053524,25
Grundstücke, Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	148060977,63
Sonstige Vermögensgegenstände	14330278,80
Rechnungsabgrenzungsposten	72494160,50
Summe der Aktiven	6513043006,52

PASSIVSEITE	DM
Spareinlagen	3330787561,20
Andere Einlagen	1994673487,81
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	682936895,60
Schuldverschreibungen (Sparkassenobligationen)	128439467,93
Durchlaufende Kredite	13825108,07
Rückstellungen und Wertberichtigungen	73088822,39
Sonstige Verbindlichkeiten	5154202,54
Rechnungsabgrenzungsposten	43596766,48
Sonderposten mit Rücklageanteil	900000,00
Rücklagen nach § 10 KWG	229408302,30
Bilanzgewinn	10233392,40
Summe der Passiven	6513043006,52

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1982

AUFWENDUNGEN	DM
Zinsen und Provisionen	349341489,53
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf *Forderungen und Wertpapiere*	39681531,26
Persönliche Kosten	96838834,86
Sachaufwand	40996233,67
Abschreibungen auf Gebäude und Einrichtungen	12120304,48
Steuern	55193891,60
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	900000,00
Sonstige Aufwendungen	6565062,52
Jahresüberschuß	18233392,40
Summe	619870540,32

ERTRÄGE	DM
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	479261960,26
Laufende Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	*100432945,95*
Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften	28537529,61
Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	11638104,50
Summe	619870540,32

	DM
Jahresüberschuß	18233392,40
Einstellung in die Sicherheitsrücklage	8000000,00
Bilanzgewinn	*10233392,40*

Düsseldorf, 11. Februar 1983
Stadt-Sparkasse Düsseldorf
Der Vorstand
Kulins *Mainz* *Dr. Wieandt*

Der vollständige Jahresabschluß, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes trägt, ist im Düsseldorfer Amtsblatt Nr. 17 vom 30. 4. 1983 veröffentlicht; außerdem wird er im Bundesanzeiger bekanntgemacht.



BAYERISCHE HANDELSBANK

AKTIENGESELLSCHAFT GEGR. 1869

Aus dem Geschäftsbericht für 1982

	1982 Mio DM	*1981* Mio DM	*1980* Mio DM
Darlehenszusagen	2 511,3	1 954,6	2 079,7
davon: Hypotheken (einschl. Ib/Ic)	849,3	512,9	564,9
Kommunaldarlehen	1 662,0	1 441,7	1 514,8
Darlehensbestand	14 099,8	12 596,7	11 764,1
davon: Hypotheken (einschl. Ib/Ic)	5 650,2	5 134,8	4 726,4
Kommunaldarlehen	8 449,6	7 461,9	7 037,7
Schuldverschreibungsumlauf, Lieferungsverpflichtungen und aufgenommene langfristige Darlehen	13 692,7	12 300,0	11 777,2
Grundkapital	44,0	44,0	36,0
Offene Rücklagen	232,3	221,7	200,8
Bilanzsumme	*15 388,0*	*13 756,2*	12 933,0

Der vollständige, mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluß wird in Kürze im Bundesanzeiger bekanntgemacht.

Die 106. ordentliche Hauptversammlung vom 22. April 1983 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1982 eine Dividende von DM 10,- je Aktiennennbetrag von DM 50,- auszuschütten. Die Dividende wird ab sofort unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 42 ausgezahlt. Nach näherer Maßgabe der Vorschriften des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes ist mit der Dividende ein anrechenbares oder zu vergütendes Steuerguthaben in Höhe von 9/16 = DM 5,63 je Aktie im Nennwert von DM 50,- verbunden. Die Aktionäre erhalten von den die Dividende auszahlenden Stellen eine Bescheinigung, aus der sich das Steuerguthaben und die abgezogene Kapitalertragsteuer ergeben. Bei Vorlage einer Bescheinigung des Finanzamtes gemäß § 36 b Abs. 2 EStG zahlen die Depotbanken die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer und zuzüglich Steuerguthaben aus.

München, den 22. April 1983 Der Vorstand

Bilanz '82

Stadtsparkasse München: Gute Entwicklung auf solidem Fundament

1982 konnten in allen wichtigen Geschäftssparten gute Zuwachsraten erzielt werden. Vor allem gelang es uns, mit Hilfe unserer Angebotspolitik den Mittelzufluß in bilanzwirksame Positionen zu lenken. Dadurch weitete sich unser Geschäftsvolumen auf über 8 Milliarden Mark aus.

Parallel zum Bilanzwachstum erhöhte sich auch das Kreditvolumen. Das Schwergewicht des Bestandszuwachses lag bei den Kommunalkrediten und Baufinanzierungen. Auch das Kreditgeschäft mit gewerblichen Kunden nahm einen günstigen Verlauf.

Die Schwerpunkte im Servicebereich lagen beim Ausbau der Beratungsleistung und einer rationellen Abwicklung von Routinegeschäften.

Es war uns nicht nur möglich, unser Eigenkapital deutlich aufzustocken, sondern auch weitere Reserven zu bilden.

Wichtige Daten auf einen Blick:	1982 Mio. DM	1981 Mio. DM	Veränderung in %
Bilanzsumme	8.101	7.496	8,1
Einlagen und Schuldverschreibungen	7.530	6.969	8,0
darunter: Spareinlagen	4.365	4.094	6,4
Sparkassenbriefe und -obligationen	1.598	1.444	10,7
Kreditvolumen	5.547	5.143	7,9
darunter: *kurz- und mittelfristige* Ausleihungen an Kunden	1.806	1.474	22,5
langfristige Ausleihungen an Kunden	2.969	2.764	7,4
Bilanzgewinn	14	12	16,7
Rücklagen einschl. Bilanzgewinn	358	330	8,5

Stadtsparkasse München

Kassen: Mehr „Markt" bei Versicherungen

VdAK rügt zu starke Einflußnahme des Staates

dpa, Bonn

Mehr Rechte für die Versicherten in der sozialen Krankenversicherung hat der Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) in Grundsätzen gefordert, die gestern in Bonn veröffentlicht worden sind. Danach sollten die Versicherten und ihre gewählten Vertreter gleichberechtigt an den Verträgen über ambulante und stationäre Behandlung und die Versorgung mit Arzneimitteln teilnehmen können. Die Krankenversicherung müsse eine „marktähnliche" Stellung erhalten.

Nach Ansicht des Verbandes müßte sich der Staat aus dem heute größtenteils gesetzlich bestimmten Vertragswesen zurückziehen. Angesichts der drohenden „Ärzteschwemme" müsse außerdem die Zulassung zum Kassenarzt wieder von der Selbstverwaltung geregelt werden. Krankenkassen und kassenärztliche Vereinigung müßten die Zulassung gemeinsam bedarfsgerecht regeln. Die Krankenkassen müßten dabei das Recht haben, nur die für eine wirtschaftliche und zweckmäßige Versorgung benötigten Leistungen kaufen zu können.

Auf dem Arzneimittelmarkt soll nach den VdAK-Grundsätzen die von Ärzten, Krankenkassen und Versicherten gemeinsam gebildete Gruppe der Nachfrager gestärkt werden. Kurzfristig sollte den Ärzten zur besseren Überschaubarkeit des Marktes eine nach Fachgruppen geordnete Liste der am häufigsten verordneten Arzneimittel übergeben werden. Später sollten sie eine Liste der auf Nutzen und Preiswürdigkeit geprüften Arzneimittel erhalten, die zu Lasten der Krankenkassen verordnet werden dürfen.

Gleichberechtigt wollen die Krankenkassen ferner an der Planung der Krankenhäuser mitwirken. Die Pflegesätze müßten nach diesen Vorstellungen zwischen den Krankenhäusern und den Krankenkassen vereinbart und dabei der Grundsatz aufgegeben werden, daß alle Kosten zu decken sind.

Schließlich fordern die Ersatzkassen nachdrücklich, am gegliederten System der Krankenversicherung festzuhalten.

Schmidt: Europa kann US-Politik nicht berechnen

dpa/DW. New York

Das amerikanische Magazin „Time" zitiert ausführlich aus der Hamburger Rede des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt, in der der SPD-Politiker den USA vorgeworfen hatte, zu wenig Rücksicht auf die Psychologie und die Bedürfnisse der europäischen Verbündeten zu nehmen (WELT vom 26. 4.). Nicht nur die Russen, sondern auch die Europäer fänden es schwierig vorauszusehen, was aus den USA als nächstes komme. Man höre aus Washington zuviel „widerspruchsvolle Geräusche", wird Schmidt zitiert.

Demgegenüber werde sich das internationale Verhalten der UdSSR unter dem Parteichef Jurij Andropow nicht unbedingt von dem Verhalten der Sowjetunion unter Leonid Breschnew unterscheiden, außer, daß Breschnew große Furcht vor der Möglichkeit eines Krieges gehabt habe. Breschnew sei eine russische Seele gewesen, wie man sich nach der Lektüre von Dostojewski und Puschkin eine russische Seele vorstelle. Dagegen, so Schmidt, sei Andropow ein „mit russischer Software gefüllter moderner Computer".

New York reizt Moskaus Spione mehr denn je

Ein Drittel der sowjetischen UNO-Beamten gilt als Geheimagenten / Desinformation als „Arbeitsmittel"

GITTA BAUER, New York

New York ist in Laufe der letzten zehn Jahre zur Spionagezentrale der Welt geworden. Sitz internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen, Finanzzentrum mit der Wall Street, nahe den Industrien modernster Technologie gelegen, bildet die Stadt einen Anziehungspunkt von so großem Reiz für östliche Nachrichtendienste, daß FBI-Direktor William Webster von einer „beunruhigenden Zunahme" professioneller Spione spricht.

Die jüngste Ausweisung zweier kubanischer und zweier sowjetischer UNO-Diplomaten bestätigt Websters Warnung, daß die meisten „nachrichtendienstlich geschulten Ausländer unter diplomatischem Deckmantel arbeiten". Das FBI schätzt, daß 35 Prozent der Diplomaten aus „unfreundlichen Ländern" hauptberuflich oder in Teilzeitarbeit Spionage betreiben.

In New York sind mehr als 700 Sowjetbürger im Zusammenhang mit den Vereinten Nationen tätig, also in den drei sowjetischen Delegationen einschließlich Ukraine und Bjelorußland, im UN-Sekretariat oder in zivilen Firmen wie der Handelsorganisation Amtorg, bei der Nachrichtenagentur Tass, bei der Luftfahrtgesellschaft Aeroflot.

Davon sind nach der FBI-Schätzung 200 als Geheimagenten tätig, die eine entsprechende Zahl von Zulieferern steuern. Rechnet man Osteuropäer, Kubaner, Vietnamesen und andere Satelliten Moskaus dazu, die – so glaubt die Bundeskriminalpolizei – ihre Erkenntnisse mit dem sowjetischen Sicherheitsdienst KGB teilen, so kommt man leicht auf eine vierstellige Zahl.

Die Spionageabwehr ist hoffnungslos unterlegen

Dem stehen in New York ein paar Hundert FBI-Agenten gegenüber. Das waren noch Zeiten, als der erste sowjetische UNO-Spion, Walentin Gubitschew, und seine Gehilfin Judith Coplon, selbst eine FBI-Mitarbeiterin, 1949 gefaßt wurden. Vier Monate lang wurde Frau Coplon, die in Washington arbeitete, von FBI-Agenten beschattet. „Heute", sagt ein FBI-Agent sorgenvoll, „sind wir zahlenmäßig hoffnungslos unterlegen, mit zehn zu eins."

Bei Gubitschew-Coplon ging es um Unterlagen über die amerikanische Spionageabwehr. Der heutige Spion in Diplomatendeckung ist in erster Linie an technologischen Geheimnissen interessiert. Wladimir Sinjakin, Mitglied der sowjetischen Mission, wurde 1978 gefaßt, als er Geheimunterlagen über ein U-Boot-Horchsystem kaufen wollte. Zwei weitere Sowjets gingen in das FBI-Netz: Rudolf Tschernjajew und Waldik Enger; sie waren UNO-Angestellte. Von den 168 „internationalen" Beamten sowjetischer Staatsangehörigkeit sagt ein westlicher Diplomat: „Ein Drittel arbeitet wirklich für die UNO. Die anderen lichten nur alles ab, worauf sie ihre Hand legen können."

Arkadij Schewtschenko, prominentester sowjetischer Überläufer des letzten Jahrzehnts, war bei den Vereinten Nationen fünf Jahre lang Untergeneralsekretär für politische und Sicherheitsratsangelegenheiten mit einem Gehalt von 76 000 Dollar. Er nannte dem FBI noch ein weiteres Arbeitsgebiet des KGB, für das sich die Vereinten Nationen mit ihren Delegationen aus 157 Ländern hervorragend eignen: die Desinformation.

Antennenwald auf dem Dach der Botschaft

Die Instrumente des Gewerbes sind weithin sichtbar. Die Dächer der sowjetischen Botschaft in Washington und an New Yorks Park Avenue, des sowjetischen Wohnbunkers in Riverdale nördlich von New York (auf einem Hügel gelegen) und das Dach der „Datscha" in Long Islands Glen Cove sind voll von Antennen. Mit ihnen wird ein großer Teil des Telefonverkehrs an Amerikas Ostküste, über Mikrowellen gesendet, abgehört. Er gibt Hinweise auf Produktionsstätten und -Geheimnisse, auf möglicherweise anwerbende Amerikaner oder sowjetische Emigranten. Die Gemeinde Glen Cove griff unlängst zur Notwehr. Sie entzog den Sowjets das Recht auf Strand, auf Tennisplätze und andere Freizeitmöglichkeiten. (SAD)

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klára Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Markus; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,80 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Afrikas Guerrilla-Kriege sparen den Ost-West-Konflikt nicht aus

Von HANS GERMANI

In Afrika sind 23 Jahre nach der großen Entkolonialisierungswelle die seinerzeit als „Kinderkrankheiten des schwarzen Kontinents" bezeichneten Bürger- und Guerrilla-Kriege zu einer weitverbreiteten Praxis dieses Erdteils geworden. Mit den Massenmorden der Regierungstruppen Zimbabwes an Matabele-Zivilisten und der Bildung einer Gegenwehr ist der Guerrilla-Krieg im Matabeleland zu einem der bekanntesten des Kontinents geworden. Er ist einer der neun Guerrilla-Kriege, die zur Zeit in Afrika toben.

Man kann sie südlich der Sahara in zwei Kategorien unterteilen:
1. Kriege, bei denen der Ost-West-Gegensatz eine entscheidende Rolle spielt,
2. vorwiegend bodenständige, afrikanische Kriege.

Zu 1: Die Guerrilla-Kriege, die entweder von der Sowjetunion oder von ihren Verbündeten gelenkt werden. In diese Kategorie fällt der Guerrilla-Krieg der Swapo aus Angola gegen Südwestafrika/Namibia. Die Swapo wird von den Sowjets und der „DDR" bewaffnet, von „DDR"-Offizieren (nach Aussagen von Gefangenen gibt es zwei pro Kompanie) geführt, wobei sich die „DDR"-Unteroffiziere und -Offiziere nie direkt an Kampfhandlungen beteiligen. Ziel der Swapo ist es, ein marxistisches, sowjetfreundliches Regime in Südwestafrika/Namibia zu errichten.

Seit den Gegenschlägen der südafrikanischen Armee 1981 und 1982 auf Swapo-Stützpunkte in Südangola ist die Stärke der Swapo durch starke Verluste und Massendesertionen von 12 000 auf 8000 zurückgegangen. Von September bis Januar sank die Zahl der Swapo-Aktionen im Grenzgebiet Ovamboland erst auf 35, dann auf elf im Monat.

Die zweite sowjetisch gelenkte Stadt-Guerrilla-Gruppe ist der „African National Congress" (ANC) von Südafrika. Aussagen einiger seiner Spitzenfunktionäre vor dem US-Senatsausschuß über Terrorismus haben den ANC Anfang 1982 als rein kommunistische Organisation entlarvt. Seine Führer sind weiße Kommunisten wie Joe Slovo; sie sitzen in Moçambique, wo der ANC seine Stützpunkte hat. Die Zahl seiner Aktivisten ist unbekannt, seine Aktionen, mit Ausnahme eines Anschlags auf ein Kohlehydrierwerk und der Ermordung schwarzer Polizisten, haben keine größere Bedeutung erlangt.

Khadhafi baut im Tschad eine Untergrundarmee auf

Der ANC wurde gezwungen, die schwarzen Staaten Lesotho und Swaziland zu verlassen. Bei einer Besprechung in Nampula (Moçambique) drängten sowjetische KGB-Experten den ANC, von allzu harten und gewalttätigen Aktionen abzusehen, um keine Gegenschläge Südafrikas gegen Moçambique zu provozieren. Der ANC sollte sich dagegen auf die Unterwanderung der Gewerkschaften und Kirchen konzentrieren.

Bedeutung hat auch die von Äthiopiern und Sowjets gesteuerte „Demokratische Befreiungsfront Somalias". Sie verunsichert das Grenzgebiet der westfreundlichen Republik Somalia bis in die Nähe des Stützpunkts Berbera, der noch *im Aufbau begriffenen amerikanischen* Eingreiftruppe. Ihre Stärke ist unbekannt.

Schließlich baut der Sowjetfreund Khadhafi, der libysche Staatschef, auf eigene Faust im *Grenzmassiv des Tibesti*, aber auf dem Boden der Republik Tschad, eine ihm und indirekt auch moskautreue Guerrilla auf, um den gestürzten Tschad-Führer Goukouni Weddei auf Kosten der legalen Tschad-Regierung des Ägypten-Verbündeten Hissen Habre wieder an die Macht zu bringen.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums stehen die Unita des Jonas Savimbi in Angola und die „Resistencia Mozambicana" des Guerrillaführers Alfonso Dhacamu. Beide sind militant antikommunistisch und antisowjetisch, afrikanisch-nationalistisch, aber weißenfreundlich: Sie wollen die kommunistischen Sowjetsatrapen aus Angola und Moçambique vertreiben.



Zimbabwes Premier Robert Mugabe

Savimbis Unita kontrolliert weite Gebiete des Landes, besonders die Provinzen Cuango-Cubango und Bie, einschließlich der Straßen und der Flugplätze. Er beherrscht auch die Verwaltung, die Schulen, die Krankenhäuser. Ihre Kampfgruppen halten Angolas wichtigste Eisenbahnstrecke von Lobito bis Zaire ständig unterbrochen, operieren in der Umgebung der großen Stadt Huambo und bis zum Cuanza-Fluß. Waffen erhält die Unita von Südafrika, anscheinend auch in geringem Maße von den USA.

In der „Resistencia Mozambicana" sammeln sich Bauernrebellen; sie kontrollieren in Moçambique das flache Land, die Dörfer und den Busch in neun von elf Provinzen; sie sabotieren Eisenbahn und Straßen, überfallen Regierungskolonnen und Stützpunkte. Mangels schwerer Waffen (einige leichte Waffen und Funkgeräte kommen aus Südafrika) kann die „Resistencia Mozambicana" nicht wie die Unita geschlossene Gebiete mit Straßen und Städten kontrollieren. Die Unita verfügt über rund 20 000 bis 25 000 Mann, die „Resistencia" über 15 000 bis 18 000.

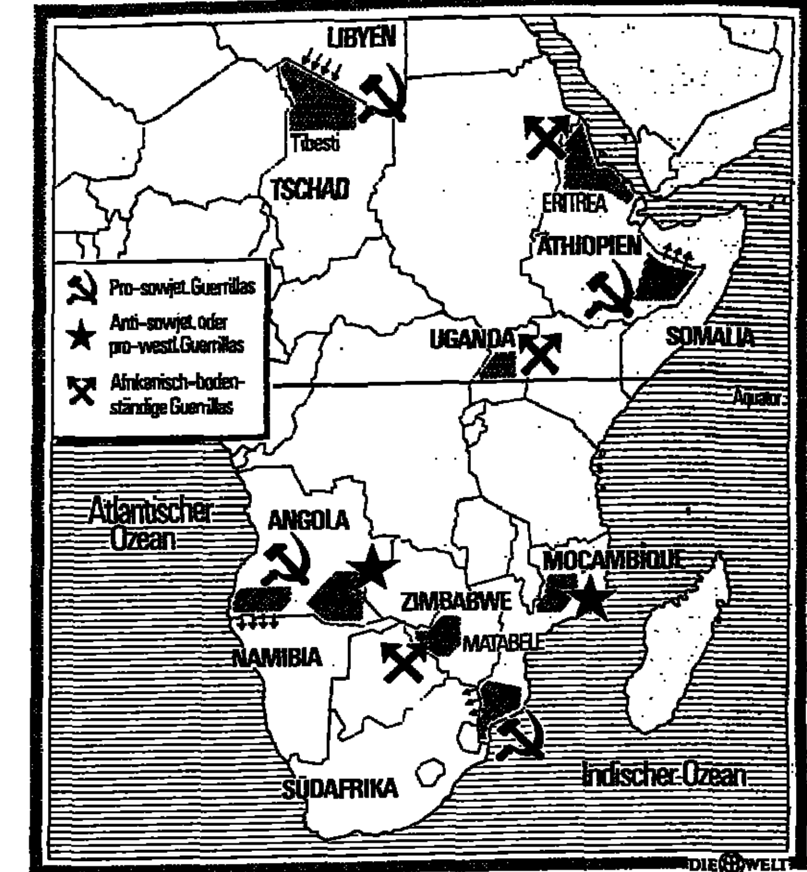
Zu 2: Der Aufstand des Bantu („National Resistance Movement" – *NRM) gegen das Regime des* Präsidenten von Uganda, Apolo Milton Obote, und seine Soldaten der Niloten-Rasse ist ein typisch bodenständiger afrikanischer Guerrilla-Krieg. Die NRM verfügt über eine *nicht* näher angegebene Zahl bewaffneter Guerrillas, wohl über 10 000 Mann, sowie über ihr hörige Dorfmilizen. Sie beherrscht wie Savimbi ein eigenes Gebiet von etwa 14 000 Quadratkilometern mit eigener Verwaltung, Schulen, Krankenhäusern, einer blühenden Landwirtschaft. Rund 2,5 Millionen Menschen leben dort, davon mehrere hunderttausend Flüchtlinge aus dem Regierungsgebiet.

Ihr politischer Führer im Ausland ist der erste Präsident Ugandas nach dem Sturz des Diktators Amin, Professor Lule, ein Bantu aus dem Volk der Buganda. Ihr militärischer Führer ist ein Bantu aus dem Volk der Ankole, Yoweri Museweni. Die NRM kämpft primär gegen die Unterdrückung der Mehrheit durch die marodierenden und mordenden Truppen Obotes, außerdem für einen Beginn afrikanischer Demokratie. Es ist der alte Gegensatz zwischen fortgeschrittenen Schwarzen (die Bantu um den Victoria-See) und primitiven Stämmen einer anderen schwarzen Rasse, in diesem Fall der Niloten. Ein afrikanischer Konflikt, in den sich, auf Obotes Seite, von außen nur Nordkoreaner mit Waffen und Geschützbedienungen einschalten.

Die Rebellion der islamischen Nord-Eritreer gegen Äthiopien gehört auch in diese Kategorie. Erstere halten sich mit saudischer Waffenhilfe erfolgreich in den Bergen ihrer Heimat gegen äthiopische und kubanische Truppen. Diese stehen zwar unter sowjetischer Führung, dennoch handelt es sich um einen innerafrikanischen Kampf zweier Völker, bei dem die *äußere Einmischung nur eine* geringe Rolle spielt.

Matabele kämpfen gegen Mugabes Unterdrückung

Ebenfalls ein afrikanischer Konflikt ist der Guerrilla-Krieg der Matabele gegen die Unterdrückung durch Premier Mugabe und das *Mehrheitsvolk der Maschona*. 1981 wurden sie von den Sowjets, ihren früheren Verbündeten, im Stich gelassen, *die sich* auf die Seite Mugabes schlugen. Seit 1982 kämpfen acht- bis zehntausend Matabele-Guerrillas *mit Waffen* und *Munition*, die der Ostblock während des Rhodesienkrieges den Guerrillas lieferte. Wegen ihres früheren Kampfes gegen die Weißen Rhodesiens haben die Matabele noch nicht den Weg zu der einzigen Macht, die sie mit neuen Waffen versorgen könnte, nämlich Südafrika, gefunden. (SAD)



Ein bewaffneter Kampf in neun Ländern

Ob Lateinamerika, Asien oder Afrika – Guerrilla-Gruppen unterschiedlichster ideologischer Ausrichtung und Zielsetzung kämpfen mit Gewalt um die Macht oder lehnen sich gegen Unterdrückung auf. Auf dem schwarzen Kontinent werden gegenwärtig in neun Ländern Guerrilla-Kriege ausgetragen. Dabei ist zu unterscheiden, ob rein afrikanische Interessen involviert sind oder der Ost-West-Gegensatz eine Rolle spielt. Die prosowjetische Guerrilla kann dabei mit Ausbildungs- und Waffenhilfe Moskaus rechnen. Vor Jahren noch als „Kinderkrankheit" heruntergespielt, ist die Guerrilla in Afrika heute ein politischer Faktor geworden.

Vietnamesen in der CSSR fühlen sich ausgebeutet

Prag behält Teil ihres Lohnes als „Kriegshilfe" ein

R. STRÖBINGER, Köln

Die Tschechoslowakei hat immer mehr Schwierigkeiten mit ihren „sozialistischen Gastarbeitern", insbesondere mit den Vietnamesen. Dabei stehen den Behörden die eigentlichen Probleme noch bevor. Denn von den mehr als *100 000 Vietnamesen, die bis Ende* 1984 in die Tschechoslowakei kommen sollen, sind erst rund 30 000 im Land.

Auch von Moçambique sind bisher nur einige tausend junge Arbeiter in die CSSR gekommen; aber ihre Zahl soll in den nächsten zwei Jahren mindestens 250 000 erreichen. Aus Kuba arbeiten vor allem in Nord- und Mittelböhmen rund 5000 Fachkräfte in Betrieben der Maschinen- und Bauindustrie.

Inzwischen muß die Prager Regierung eingestehen, daß die Anwerbung von jungen Vietnamesen – die meisten im Alter von 20 bis 30 Jahren – ein Fehlschlag war. So berichtete kürzlich die Tageszeitung des sozialistischen Jugendverbandes „Mladá Fronta", daß nicht alle Vietnamesen die ihnen gestellten Aufgaben zur Zufriedenheit der tschechoslowakischen Gastgeber erfüllt haben.

„Sozialistische Sklaven"

Grund dafür ist, daß sich Vietnamesen, die vor allem aus den südlichen Teilen des Landes kommen, in der Tschechoslowakei als ausgebeutete „sozialistische Sklaven" fühlen. Und dies nicht zu Unrecht. Nach der Vereinbarung zwischen Prag und Hanoi bekommen die Vietnamesen nur rund ein Drittel des üblichen Lohnes eines tschechischen oder slowakischen Arbeiters ausgezahlt. Den Rest behält die tschechoslowakische Regiervng als „Anzahlung" für die von Prag an Vietnam in den Kriegsjahren geleistete Hilfe.

Eine zum Teil schon offene Feindschaft der einheimischen Bevölkerung gegenüber den – wie es in der *CSSR-Presse heißt* – „internationalistischen Genossen" ist die Folge. Sie werden, wie Dana Zusková vom Prager Gesundheitsministerium bestätigte, zum Beispiel verdächtigt, Krankheitserreger zu verbreiten. In einigen Städten wurde den Vietnamesen deshalb die Benutzung von öffentlichen Badeanstalten und Gesundheitseinrichtungen untersagt. Ein junger Vietnamese, dem die ärztliche Behandlung abgelehnt wurde, erschoß den behandelnden Arzt und die Krankenschwester.

Blutige Streitigkeiten

Die vietnamesischen Gastarbeiter klagen auch über die ihren Gewohnheiten nicht entsprechende Ernährung und die öffentliche Mißachtung ihrer Landessitten.

In vielen Städten sind Schlägereien zwischen jungen CSSR-Bürgern und den vietnamesischen Gastarbeitern nichts Außergewöhnliches. Da die Massenmedien über diese Vorfälle nicht berichten dürfen, kursieren in der Bevölkerung die wildesten Gerüchte. So soll es in einem Heim vietnamesischer Gastarbeiter zu regelrechten Hinrichtungen von jungen Tschechen gekommen sein. In der slowakischen Badestadt Piestan haben Vietnamesen angeblich bei einem Streit vier junge Slowaken getötet.

Vietnamesische Gastarbeiter haben bereits einige Male gestreikt. Sie verlangen vor allem bessere Unterbringung, eine ihren Gewohnheiten entsprechende Ernährung und die Aufhebung der Ausgangssperre.

Die Regierung setzte eine Sonderkommission ein, die sich mit den Problemen der „sozialistischen Gastarbeiter" beschäftigen soll.

Schon bei der Terminsuche tun sich die Europäer schwer

Vorschläge für die zweite Direktwahl zurückgewiesen

ULRICH LÜKE, Straßburg

Für die zweite Direktwahl des Europäischen Parlamentes gibt es immer noch kein Datum. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist als amtierender Präsident des EG-Ministerrates mit seinem Vorschlag gescheitert, die Wahlen vom 17. bis 20. Mai 1984 stattfinden zu lassen.

Auch eine Vorverlegung um eine Woche stieß bei seinen Ministerkollegen auf Widerstand. Eine Delegation des Europäischen Parlamentes hat deshalb in der letzten Woche in einem Gespräch mit dem Ministerrat selbst einen Terminvorschlag gemacht, den 14. bis 17. Juni. Aber auch gegen dieses Datum gibt es Widerstände.

Der zeitliche Spielraum für den Termin der zweiten Direktwahl ist eng. Bei seinem Beschluß über die erste Direktwahl hatte der EG-Ministerrat 1976 festgelegt, daß die Wahl fünf Jahre nach der ersten (7. bis 10. Juni 1979) stattfinden müsse.

Immer wieder Einwände

Auf diesen Termin fällt im kommenden Jahr jedoch das Pfingstfest. Damit kommt er nach Ansicht des Ministerrates und des Parlamentes als Wahltag nicht in Frage. Nach den Bestimmungen muß jetzt ein Termin gefunden werden, der höchstens vier Wochen vor oder nach dem eigentlich vorgeschriebenen liegt.

Alle bisherigen Vorschläge haben in verschiedenen EG-Mitgliedstaaten Bedenken ausgelöst. Genschers erster Vorschlag kollidierte mit dem „Nationalen Bettag" der Dänen (18. Mai), der zweite Vorschlag stieß vor allem in Luxemburg und Großbritannien auf Widerstand.

Neuer Anlauf in Gymnich

Der Vorschlag des Parlaments (14. bis 17. Juni) fand dort zwar offenbar in allen Fraktionen und bei allen Nationen seine Billigung, aber im Ministerrat meldeten Belgien und die Bundesrepublik Deutschland Bedenken an.

Belgiens Außenminister Leo Tindemans wies darauf hin, daß in Belgien – einem Land mit Wahlpflicht – bereits im Juni die Sommerferienzeit beginne, vor allem für sozial schwache Familien ohne schulpflichtige Kinder. Für die Bundesrepublik machte vor allem der Freistaat Bayern Bedenken geltend, da die Pfingstferien bis zum 23. Juni dauerten. Nun wollen die EG-Außenminister auf ihrem *informellen Treffen am* 14. und 15. Mai in Gymnich versuchen, einen Termin zu finden, der in keinem Land auf Bedenken stößt.

Seite 2: Freizeit für Europa





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein Problem für Rau

„Die Genossen müssen im Revier wieder kämpfen"; WELT vom 9. April 1983

Die SPD stellt sich heute dem Wähler als Partei der höheren Beamtenschaft dar. Dies ist nach langer Regierungszeit ihr Problem und nicht so sehr die Alternative Volkspartei oder Arbeitnehmerpartei. Bereits im letzten Bundestag kamen über 63 Prozent ihrer Mandatsträger aus dem öffentlichen Dienst und waren vorzugsweise freigestellte Beamte. Sie gehörten also einer Schicht an, der der Durchschnittswähler heute vorwirft, daß sie von der Politik und nicht für die Politik lebt.

Die SPD-geführten nordrhein-westfälischen Landesregierungen haben in den letzten zehn Jahren die Anzahl ihrer Landesbediensteten von etwa 250 000 auf 350 000 aufgestockt, dies trotz abnehmender Bevölkerungszahl und Vereinfachung der Verwaltungsarbeit durch Computereinsatz. Etwa 95 000 davon oder jeder 3,7. gehören inzwischen zum höheren Dienst. Der Stahlarbeiter in Dortmund oder Duisburg kann sich ausrechnen, daß allein die 60 000 höheren nordrhein-westfälischen Landesbeamten, die zuviel sind, pro Jahr so viel Steuerkraft aufsaugen, wie als Einmalbetrag nötig wäre, um seine Arbeitsplätze zu sichern. Auch vermißt er bei seinen Genossen höheren Beamten die Solidarität, sich an seinen Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen zu beteiligen.

Ministerpräsident Johannes Rau hat die aufgezeigte Problematik von seinen Vorgängern übernommen. Er ist heute sicher der wählernaheste SPD-Politiker und bemüht sich redlich, den Anliegen der ihm anvertrauten Bevölkerung gerecht zu werden. Es stellt sich nur die Frage, ob er bis zur nächsten Landtagswahl hier noch etwas ändern kann? Eine Ausweichproblematik, wie Krieg oder Frieden oder auch nur Franz-Josef Strauß aus dem fernen München, steht ihm diesmal wohl nicht ins Haus.

Michael v. Sturmfeder, Erkrath

Alle Jahre wieder

Sehr geehrte Redaktion,

nach dem Spruch „Alle Jahre wieder" entsteht programmgemäß das Gerangel um die Tarife im öffentlichen Dienst. Mit geballter Kraft stoßen ÖTV, DBB und DAG an die Grundmauern unseres Staates. Und immer noch hat der jeweils amtierende Bundesinnenminister letztlich doch vor dieser Macht kapituliert. Auch Minister Dr. Zimmermann wird am Ende nichts anderes erspart bleiben. Das Druckmittel heißt „Streik"! Und sicherlich wirkt auch dieses Mal diese Drohung; denn wer will schon für die Lähmung des Verkehrs, für die Nichtentleerung der Mülltonnen, für die Nichtbeseitigung von Straßenschmutz oder für den Ausfall des Gesundheitsdienstes Verantwortung tragen?

Deshalb veranlassen mich die letzten Äußerungen dieser Gewerkschaftsvertreter eine Rückblende: Im Verlaufe der „Konzertierten Aktion" am 5. Oktober 1972 machte der damalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und danach Präsident der Landeszentralbank Hamburg, Hans Hermsdorf, SPD, den anwesenden Vertretern von Gewerkschaften und Beamtenbund „Bedenken gegen neue Lohnforderungen im öffentlichen Dienst geltend und verwies auf den außerordentlichen Lohnzuwachs in den beiden letzten Jahren, der nicht allein durch Lohnerhöhungen, sondern auch durch Veränderungen des ‚Stellenkegels' entstanden sei".

Nicht nur der „geräuschlose Stellenkegel" sorgt für Einkommensverbesserung sondern auch das ebenfalls geräuschlos verlaufene Mehr an Dienstjahren, ohne daß hiermit eine Leistungssteigerung des Platzinhabers einhergeht. Von allem wird nichts mehr in den Tarifforderungen erkennbar, obgleich die Personalausgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden von 82 Milliarden im Jahr 1972 auf 177 Milliarden im Jahre 1982 (nach letzter vorliegender Schätzung) gestiegen sind.

Man kann dies auch eine „verantwortungslose Behandlung des Steuerbürgers" nennen. Bemerkenswert die Warnung von Präsident Hermsdorf, der Mitglied der SPD ist.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Masch, Hamburg 52

Geistige Wende

„Strauß: Und jetzt die geistige Wende"; WELT vom 23. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

man kann Franz Josef Strauß nur zustimmen, wenn er fordert, „die geistigen und moralischen Kräfte unseres Volkes wieder zu beleben und zu mobilisieren", um „die morsch gewordenen Grundlagen unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu erneuern".

Nur muß man in diesem Zusammenhang auch fragen, wo waren diese geistigen und moralischen Kräfte in der Zwischenzeit und warum hatten sie an Bedeutung und Einfluß verloren?

Ist es nicht tatsächlich so, daß diese Kräfte in der Vergangenheit die Antworten auf aktuelle Fragen schuldig geblieben sind oder aber die Antworten anderen überlassen haben.

Hier kann Franz Josef Strauß nicht nur auf die Linken und Alternativen weisen, sondern muß sich auch an die eigene Brust schlagen, wenn er die jetzt eingetretene Situation beklagt.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus-Joachim Thomas, Osnabrück

Wort des Tages

„Die Sicherheit außerhalb der Gesellschaft schließt nicht die Sicherheit mit ein, die weder ohne die Freiheit noch ohne die Gesellschaft begriffen werden kann."

Antoine de Rivarol, franz. Moralist (1753–1801)

Exil in Doorn

„Des Kaisers liebste Kleider sind in Doorn zu sehen"; WELT vom 12. April 1983

Selten ist nach so langer Zeit so viel Entstellendes über den letzten deutschen Kaiser geschrieben worden wie in dem Artikel vom 12. April. Wer sich auch nur etwas mit der nationalen und internationalen Literatur über den Kaiser befaßt hat, weiß, daß diese veralbernde Darstellung seiner Uniformliebe nicht den Tatsachen entspricht. Das Wechseln der Uniformen gehörte damals zum üblichen Ritual der europäischen Monarchen.

Unrichtig ist auch, daß der Feldmarschall Hindenburg den Kaiser nach Holland ins Exil geschickt habe. Die Ausrufung der Republik gegen den Willen Friedrich Eberts, vor allem aber die Erklärung des Generals Gröner, der Seiner Majestät die Fähigkeit absprach, das Heer in Ordnung nach Hause zu bringen, waren die Hauptgründe.

Als besondere Taktlosigkeit ist die Erwähnung eines nicht abgesandten Briefes von Wilhelm II., in dem von einem Lumpen Hindenburg die Rede sein soll, zu werten. Der Kaiser selbst war ein äußerst vornehmer Mann, der nie etwas Derartiges über seinen Generalstabschef an die Öffentlichkeit gebracht hätte.

Die Abschaffung der Monarchie im Jahre 1918 war mit einer der wesentlichen Gründe für den späteren Sieg der Nationalsozialisten. Eine großartige Äußerung des alten Kaisers möchte ich hier wiedergeben: „Denen, die im Unglück zu mir stehen wie einst im Glück, bin ich dankbar. Die, die sich aus ehrlicher Überzeugung gegen mich stellen, kann ich achten. – Ihnen wird es nicht gelingen, mich von den Deutschen zu scheiden."

Dr. R. O. Muth, Unna

Personalien

EHRUNGEN

Paul Schnitker, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, wurde in Münster mit der Goldmedaille der „Fondation du mérite Europeen" ausgezeichnet. Die Stiftung des Europäischen Verdienstordens ist hervorgegangen aus der Vereinigung Luxemburgischen Rechts. Die Auszeichnung überreichte der Gründungspräsident der Stiftung, **Dr. François Visine.** Mit der Medaille würdigt die Stiftung das europäische Engagement von Paul Schnitker, der auch Mitglied des Europäischen Parlaments ist. Schnitker hat sich besondere Verdienste erworben bei der Ausarbeitung eines mittelstandspolitischen Grundsatzpapiers, das als „Magna Charta" des Mittelstandes Ende 1982 von der Europäischen Volkspartei in Paris verabschiedet wurde. Daran erinnerte in seiner Laudatio auch der frühere Bundespräsident **Walter Scheel,** der in Münster in seiner Eigenschaft als deutscher Ratspräsident der Europäischen Bewegung sprach.

*

Professor **Dr. Walter Heinemeyer,** Vorsitzender des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine sowie der Historischen Kommission in Hessen, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Mit der Auszeichnung werden die großen Verdienste Heinemeyers gewürdigt, die er sich um die hessische Geschichtsforschung erworben hat. Den Orden überreichte in Marburg Kultusminister **Hans Krollmann.** Professor Heinemeyer hat die letzten beiden Bände des Politischen Archivs des Landgrafen Philipp des Großmütigen mit herausgegeben. Besonders erwähnenswert sind auch seine umfangreichen Studien zur Geschichte der Gotischen Urkundenschriften.

WAHL

Die Fraunhofer-Gesellschaft, die größte Einrichtung für Auftragsforschung in der Bundesrepublik mit 1400 Forschungsprojekten, erhält am 1. Oktober einen neuen Präsidenten. Die Wahl fiel auf Professor **Max Syrbe,** Physiker, seit 15 Jahren einer der beiden Leiter des Instituts für Informations- und Datenverarbeitung der Fraunhofer-Gesellschaft in Karlsruhe. Seit 1975 ist Max Syrbe auch als Honorarprofessor an der Universität Karlsruhe tätig. Er löst **Heinz Keller** ab, der nach zehnjähriger Amtszeit in den Ruhestand tritt.

BUNDESWEHR

In einer neuen Auflage erschienen ist das „Handbuch der Bundeswehr", das der Verlag Bernard und Graefe, München, herausgibt. Von Brigadegeneral **Hans Detlef Ahrens,** Kommandeur der Kampftruppenschule 2 in Munster, bis Ministerialdirektor **Alfred Zumkeller,** Leiter der Sozialabteilung im Verteidigungsministerium, reicht die Namenspalette von Soldaten und Beamten in Spitzenpositionen der Bundeswehr. Aufgenommen sind auch Bundestagsabgeordnete, die sich mit Verteidigungsfragen befassen, und die Repräsentanten der wehrtechnischen Industrie.

Libanon: Beratungen in Damaskus

AP/AFP, **Damaskus**

Der libanesische Außenminister Elie Salem ist gestern in Damaskus eingetroffen, um mit dem syrischen Staatspräsidenten Hafes el Assad über die Bemühungen um den Abzug der syrischen, israelischen und palästinensischen Truppen aus Libanon zu sprechen und ihn über den Stand der diesbezüglichen israelisch-libanesischen Gespräche zu unterrichten. Syrische Stellen sagten, Salems Gespräche in Damaskus könnten ausschlaggebend für die Entscheidung sein, ob US-Außenminister George Shultz auf seiner Pendelmission zwischen Israel und Libanon auch Damaskus besucht.

Nach zweitägigen Gesprächen des amerikanischen Außenministers mit der libanesischen Regierung hatte der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel Radio Beirut zufolge die Reise Salems am Sonntag abend telefonisch mit Assad vereinbart. Salem wird von Jean Obeid begleitet, dem politischen Berater Gemayels und Sonderbeauftragten für Syrien. Bei der Ankunft wurde er vom libanesischen Außenminister Abdel Halim Chaddam begrüßt. Die beiden begaben sich ins Gebäude des Außenministeriums, wo die Begegnung mit Assad vorbereitet wurde.

Elie Salem hatte sich am Wochenende nach Gesprächen mit Shultz vorsichtig optimistisch über die Möglichkeit eines Abkommens mit Israel geäußert. Shultz hatte israelische Vorschläge unterbreitet, die nach Darstellung Jerusalems einen Kompromiß darstellen. Einzelheiten waren nicht genannt worden. Ebensowenig gab es bislang eine detaillierte Stellungnahme von libanesischer Seite.

Wie gestern in Jerusalem bekannt wurde, hat die israelische Armee über die Palästinenserlager Balata bei Nablus und Azza bei Bethlehem sowie über Teile von Dschenin und Kabatiyeh Ausgangssperren verhängt. In Dschenin und Kabatiyeh waren israelische Militärflugzeuge mit Molotow-Cocktails angegriffen worden.

Armenischer Minister fiel Säuberungen zum Opfer

Entlassen, weil „er nicht für Ordnung sorgte“

AFP/DW. **Moskau**

Die von KPdSU-Chef Jurij Andropow eingeleitete „Säuberungskampagne“ hinterläßt immer deutlichere Spuren: Zu zahlreichen Umbesetzungen ist es jetzt an der Spitze der armenischen Sowjetrepublik gekommen. Der armenische Minister für Vorratswirtschaft, Onik Owakimian, wurde entlassen, weil er in den ihm unterstehenden Betrieben nicht für „Ordnung“ gesorgt habe und seine „Führungskräfte nach schlechten Kriterien auswählte“, berichtete die Tageszeitung der armenischen KP, „Kommunist“.

Ein stellvertretender Minister dieses Ressorts wurde ebenfalls entlassen. Aus ihren Ämtern ausscheiden mußten auch zwei stellvertretende Minister für Industriebau, deren Arbeit nach Darstellung der Parteizeitung „unbefriedigend“ war. Sportminister Asatrian wurde entlassen, weil er „seine Führungsrolle nicht erfüllte“.

Dem Fremdenverkehrschef *Chatschikian* wurde vorgeworfen, er habe bei der Auswahl seiner leitenden Mitarbeiter die Grundsätze der Kommunistischen Partei verletzt und Verstöße gegen die Disziplin zugelassen.

„Kommunist“ berichtete ferner, auch andere Parteimitglieder in führender Position seien vom Ersten Sekretär der armenischen KP, Karen Demirtschian, gerügt oder entlassen worden. Mit scharfer Kritik wurden nach diesen Angaben außerdem das Ministerium für Hoch- und Mittelschulunterricht sowie die Plankommission bedacht. Das Innenministerium wurde aufgefordert, Mitarbeiter, die der Position eines sowjetischen Milizsoldaten nicht würdig seien, zu „entfernen“. Der Vorwurf der Unfähigkeit traf auch zahlreiche Leiter von Kolchosen.

Jurij Andropow hatte bereits unmittelbar nach seinem Amtsantritt im November vergangenen Jahres „Verstöße gegen die Disziplin“ gerügt und angekündigt, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verbessert werden müsse. Vor zehn Tagen wurde der georgische Handelsminister entlassen.

Am vergangenen Wochenende hatte das Parteiorgan „Prawda“ eingeräumt, daß das im Mai 1982 gestartete Programm zur Belebung der sowjetischen Landwirtschaft bislang keine Erfolge gezeitigt habe. Aus Berichten des Blattes ging hervor, daß in einigen Teilen der Sowjetunion die landwirtschaftliche Produktion seit Verkündung des Programms durch den inzwischen verstorbenen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew sogar noch zurückgegangen ist. Ein Parteifunktionär wurde von der „Prawda“ mit der Bemerkung zitiert, die sowjetische Landwirtschaft leide nach wie vor unter „den Kräften der Faulheit und dem Hang zur Bürokratie“ (WELT vom 2. 5.).

Deshalb ist auch ein interministerieller Rat unter Vorsitz des Plan-Chefs Nicolai Baibakow eingesetzt worden, um Reformmöglichkeiten für die sowjetische Planwirtschaft zu prüfen. Wie der Moskauer Wirtschaftsexperte Oleg Bogomolow in der „Prawda“ schrieb, geht es vor allem um die Frage, ob man zu einer größeren „Selbständigkeit“ der Betriebe kommen könne und „gleichzeitig die gesamtstaatlichen Leistungsprinzipien“ festigen. Als Vorbilder, von denen die Sowjetunion lernen könne, wurden in diesem Zusammenhang die „DDR“, Ungarn und Bulgarien aufgezählt. Als Beispiele nannte Bogomolow ausdrücklich den größeren Spielraum für „private Nebenwirtschaften“ in der Landwirtschaft Ungarns und Bulgariens.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß sowjetische Wirtschaftsexperten an langfristigen Planmodellen für die Wirtschaft arbeiten. Sie sollen bis zum Jahre 2000 gültig sein und den Rahmen für die herkömmlichen Fünf-Jahres-Pläne abstekken.

Weitere Fragen im Fall Moldenhauer

dpa, ***Bonn***

Die Bundesregierung ist mit den bisherigen Auskünften der „DDR“ zum Tod des 68jährigen Bundesbürgers Heinz Moldenhauer am Dienstag voriger Woche am Grenzkontrollpunkt Wartha nicht zufrieden und fordert weitere Aufklärung. Regierungssprecher Diether Stolze teilte gestern vor der Presse in Bonn mit, nach einem der Bundesregierung inzwischen vorliegenden medizinischen Untersuchungsbericht der „DDR“ sei der aus dem hessischen Philippstal stammende Moldenhauer während einer „Belehrung“ wegen Differenzen in einer Zollbaracke am „DDR“-Kontrollpunkt Wartha gestorben. Die gerichtsärztliche Leichenschau durch Prof. Dieter Leopold von der Medizinischen Akademie in Erfurt und die gerichtsärztliche Nachuntersuchung bestätigten plötzlichen Herztod und das Fehlen jeder Gewalteinwirkung. Die Bundesregierung sei aber „gegenwärtig noch nicht in der Lage, zu dem Vorfall abschließend Stellung zu nehmen“, sagte der Regierungssprecher.

Protestschreiben an Husak

KNA, **Paris**

Gegen die Verhaftung von 20 Angehörigen des Franziskanerordens in der Tschechoslowakei hat der Generalobere der Gemeinschaft, Pater John Vaughn, in einem gestern in Paris bekanntgewordenen Telegramm an Staatspräsident Gustav Husak prostestiert. Die Geistlichen, von denen 15 inzwischen wieder auf freiem Fuß sind, waren Anfang April wegen „Ungehorsam gegen die Staatsgewalt und illegaler religiöser Aktivitäten“ verhaftet worden. Außerdem richtete Vaughn ein Schreiben an alle franziskanischen Gemeinschaften der Welt, in denen er sie auffordert, ebenfalls Protestschreiben an Husak sowie die tschechoslowakischen Konsulate in ihren jeweiligen Ländern zu richten.

Berlin: Ehrung für General Clay

Ausstellung über Nachkriegszeit: „Von der Unterwerfung zur Partnerschaft“

F. DIEDERICHS, **Berlin**

„Wenn *Berlin fällt*, wird Deutschland als nächstes an der Reihe sein.“ Berlin ehrt derzeit mit einer Ausstellung den Mann, der mit dieser Formulierung die Bedeutung Berlins für die Politik der USA öffentlich festschrieb: Lucius D. Clay.

Der General aus Georgia, Westpoint-Schüler und von 1945 bis 1949 amerikanischer Militärgouverneur in Deutschland, sorgte nach 1945 dafür, daß „aus Kriegsgegnern Freunde wurden“, wie es gestern der Berliner Kultursenator Volker Hassemer (CDU) in seiner Laudatio umschrieb. In der Amerika-Gedenkbibliothek erinnert bis zum 25. Juni eine umfangreiche Dokumentation an diesen bedeutenden Zeitabschnitt: „Von der Unterwerfung zur Partnerschaft 1945–1949 – Amerikanische Militärherrschaft unter Lucius D. Clay“, so der Titel des aus Büchern, Fotos, Dokumenten bestehenden Rückblicks.

Anlaß der Präsentation ist das dreihundertjährige Jubiläum der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Historiker haben ihren Beginn auf den 6. Oktober 1683 datiert, als dreizehn Mennoniten-Familien aus dem heutigen Krefeld in Philadelphia eintrafen und damit den Auftakt gaben zur deutschen Einwanderung nach Nordamerika.

Nicht nur auf typische Memorabilien aus der Zeit Lucius D. Clays will die Amerika-Gedenkbibliothek zurückweisen, auch die Alltagsschwierigkeiten im Nachkriegs-Berlin, Folgen der Ereignisse vom Einmarsch der Alliierten bis zur Errichtung der Luftbrücke, werden wieder ins Gedächtnis gerufen. Welche Stadt eignet sich besser für diese Rückschau als Berlin, wo, wie die Initiatoren der Ausstellung feststellen, der „Weg von der Herrschaft über ein besiegtes Volk zur Kooperation mit einem Partner wesentlich durch historische Ereignisse und Entscheidungen festgelegt“ wurde.



Sorge um Berlin: US-General Lucius D. Clay FOTO: DW.

Lucius D. Clay, der 1978 kurz vor seinem 81. Geburtstag in Chatham/Massachusetts starb und dem die Berliner eine Allee durch das Villenviertel Dahlem widmeten, hatte noch bei seinem Antritt als Militärgouverneur und Stellvertreter von Eisenhower im Jahre 1945 in sein Generalsstammbuch geschrieben: „*Unsere Regierung* in Deutschland wird eine Militärregierung sein, und die Deutschen werden das zu spüren bekommen. Unser erstes Ziel ist es, jede Deutschland etwa verbleibende Kraft, aus der es ein künftiges Kriegspotential entwikkeln könnte, zu zerschlagen“, verkündete Clay damals vor der Presse.

Der Südstaatler und Berufssoldat lenkte dann jedoch die ersten Jahre der deutschen Nachkriegsgeschichte in Bahnen, die zeigten, daß er auch die Fähigkeiten eines Staatsmannes *und* Politikers in sich vereinigte. Seine engagierte Parteinahme für deutsche Belange dokumentierte sich nicht nur in der Überzeugung, die Deutschen hätten zu lernen, ihre Angelegenheiten in der US-Militärzone selbst zu regeln. Auch der politisch-administrative Aufbau von unten, das Drängen auf frühe Kommunalwahlen in Deutschland erwiesen sich als wegweisend.

Der wichtigste Bereich von Clays „Programm“ für Deutschland war aber die Wirtschafts-, Verkehrs- und Finanzpolitik. Deutschland in dieser Beziehung seinem Schicksal zu überlassen erschien ihm entgegen offiziellen Direktiven als „unsinnig“. Die Einsicht der westlichen Siegermächte, Deutschland könne allein mit einer wirtschaftsstarken, exportorientierten Ökonomie geholfen werden, schreiben die Historiker vor allem Clays Einfluß zu.

In der Blockadezeit wird das Hauptverdienst des Ehrenbürgers von Berlin darin gesehen, daß er die amerikanischen Truppen nicht von der Spree abzog. So setzte er auch den Verbleib der westalliierten Truppen gegen eine zögernde Haltung Washingtons durch. Mit dem Entschluß, Berlin nicht im Stich zu lassen, erhielt die Auffassung, daß Deutschland zum Westen gehöre, durch Clay wieder eine Basis.

Ein „eher unpolitischer Mensch“ sei er gewesen, schilderte ihn gestern der Direktor des Berliner Aspen-Instituts, Shepard Stone, als einen Mann, der stets energisch für Demokratie und Menschenrechte eingetreten sei. „Er trug dazu bei, daß aus der Besatzungsmacht eine Schutzmacht wurde.“

Der Beschützer, der sein Amt in Deutschland mit den Worten „Die Deutschen lernen nur durch Leiden“ antrat, später aber bemüht war, jegliche Feindbilder aus dem besetzten Land zu verdrängen, wurde durch das Vertrauen in ein verläßliches Bündnis, das er vor allem den Berlinern gab, für diese zur populären Figur, Vier-Sterne-General Lucius Dubignon Clay erfreute sich schließlich an der Spree größerer Beliebtheit als bei vielen seiner amerikanischen Untergebenen.

‚DDR‘ bot ‚Stern‘-Redakteur Material über Hitler an

Kamen angebliche Tagebücher über Ostberliner MfS?

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die 60 angeblich von Adolf Hitler verfaßten Tagebücher, die der „Stern“ jetzt veröffentlicht, sind möglicherweise mit Hilfe des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin beschafft worden. Diese Möglichkeit ergibt sich aus Aussagen, die der „Stern“-Redakteur Thomas Walde in anderem Zusammenhang über seine Reisen in die „DDR“ gegenüber Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland gemacht hat. Nach Aufzeichnungen des Bundesverteidigungsministeriums hat Walde dabei erklärt, ihm sei in Ost-Berlin der Zugang zu Aufzeichnungen über die letzten Tage des Führers in Aussicht gestellt worden.

In den Berichten des Bundesverteidigungsministeriums heißt es, Walde habe ausgesagt, während eines Aufenthalts im Mai 1980 in Erfurt sei ihm von einem Angehörigen des MfS telefonisch Material für den „Stern“ angeboten worden. Bei seinen daraufhin im Auftrag des Blattes unternommenen Reisen nach Ost-Berlin habe er, Walde, Einsicht in die Unterlagen über die Befragungen der ehemaligen Se*kretärin des CDU-Bundestagsab*geordneten Marx, Frau Goliath, erhalten. Frau Goliath hatte sich aus Furcht vor einer Enttarnung als MfS-Agentin in die „DDR“ abgesetzt. Diese Unterlagen, so heißt es in den Aufzeichnungen des Verteidigungsministeriums, hätten nach Darstellung von Walde als „Grundlage“ für eine entsprechende Veröffentlichung im „Stern“ gedient.

Im Hinblick auf die Aufzeichnungen über die letzten Tage Hitlers habe Walde erklärt, „wenn auf anderem Wege nicht an diese Aufzeichnungen zu gelangen sei, werde er die angebotene Hilfe des MfS in Anspruch nehmen“.

Der „Stern“ schweigt sich bisher darüber aus, ob das MfS bei der Beschaffung der angeblichen Hitler-Tagebücher in irgendeiner Form mitgewirkt hat.

Die vorliegenden Aufzeichnungen über die Aussagen von Walde werden wahrscheinlich auch aus einem anderen Grund politische Gremien interessieren. Aus ihnen geht nämlich hervor, daß das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz diese Reisen des „Stern“-Redakteurs „abgedeckt“ haben soll. Zumindest habe es vorherige Rücksprachen mit dem Verfassungsschutz gegeben. In der Konsequenz könnte dies bedeuten, *daß* der Verfassungsschutz Hamburg als staatliche Institution davon Kenntnis hatte, daß der „Stern“ in Ost-Berlin Material erhält und dieses dann in einer für den CDU-Abgeordneten abträglichen Weise veröffentlicht.

Ungeklärt ist auch, ob Walde dem Verfassungsschutz in Hamburg über seine Bemühungen berichtet hat, Aufzeichnungen über die letzten Tage Hitlers zu erhalten. Jedenfalls soll er, nach den in Bonn vorliegenden Aufzeichnungen, die Hoffnung gehabt haben, *daß er vom Hamburger* Verfassungsschutz oder dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln „abgedeckt“ werden könne, falls er der „Spionage“ verdächtigt werde. Das BfV aber soll ihm schriftlich mitgeteilt haben, daß eine solche Abdeckung nicht mög*lich sei.*

Diese Haltung des Verfassungsschutzes wird in einer Bewertung der Vorgänge durch das Bundesverteidigungsministerium so interpretiert: „Es ist allerdings möglich, daß dem Verfassungsschutz – unter Umständen im Zusammenhang mit Veröffentlichungen, die auf diese Verbindungen zurückzuführen sind – nunmehr das Eisen zu heiß geworden ist.“

Wien: Jusos gegen Kreiskys „Vermächtnis“

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Die Absicht des amtierenden österreichischen Bundeskanzlers und SPÖ-Vorsitzenden Bruno Kreisky, seiner Partei eine sozialliberale Koalition mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) als politischen Nachlaß zu hinterlassen, hat erstmals zu heftigen Konflikten zwischen der SPÖ und den österreichischen Jungsozialisten geführt. Die österreichischen Jusos lehnten jede Koalitionsbeteiligung der Sozialisten ab und forderten die Partei auf, in die Opposition zu gehen.

Der *österreichische Juso-Chef* Josef Cap, der durch mehr als 60 000 „Vorzugsstimmen“ ins Parlament einziehen kann – entgegen der Absicht der Parteiführung, die ihn auf eine aussichtslose Stelle in der Kandidatenliste gesetzt hatte –, erinnerte an das Schicksal der Bonner SPD-FDP-Koalition. Dort habe sich die SPD vom kleinen Koalitionspartner ständig „erpressen“ lassen. Außerdem bezeichnete der Juso-Chef die Freiheitlichen als eine Partei der „ewig Gestrigen“ und bezweifelte die Stabilität einer SPÖ-FPÖ-Koalition.

Sowohl Kreisky als auch der designierte SPÖ-Kanzlerkandidat Fred Sinowatz haben gegen die Jungsozialisten mit dem Argument Stellung bezogen, 48 Prozent der österreichischen Wähler könne man nicht von der Regierungsverantwortung ausschließen.

Neue Attacken Pekings gegen Reagan

AFP, **Peking**

Die Volksrepublik China hat ihre Attacken gegen die Politik Washingtons in der Taiwan-Frage fortgesetzt. In einem von der amtlichen Nachrichtenagentur „Neues China“ veröffentlichten ausführlichen Kommentar wurde der Standpunkt vertreten, daß sich die bilateralen Beziehungen schwerlich verbessern könnten, solange Präsident Ronald Reagan im Amt sei. Der Kommentator warf amerikanischen Politikern vor, ein im August 1982 veröffentlichtes gemeinsames Kommuniqué, in dem *eine kontinuierliche Reduzierung* der US-Waffenhilfe für Taiwan beschlossen worden sei, durch „zweifelhafte Erklärungen“ in Frage gestellt zu haben.

China umwirbt Moskaus Verbündete in Osteuropa

Diplomatische Offensive gegen sowjetische Globalstrategie

CHRISTEL PILZ, **Bangkok**

Kaum ist Chinas *Ministerpräsi*dent Zhao Ziyang von seiner Neuseeland- und Australientour zurückgekehrt, geht Parteichef Hu Yaobang auf Reisen. Am 4. Mai wird er zu je fünftägigen Aufenthalten nach Rumänien und Jugoslawien fliegen. Arbeitsteilung auf chinesisch. Zhao macht Staatsvisiten, Hu Parteibesuche. Die Absicht ist dieselbe: der sowjetischen Globalstrategie mit einer aktiven chinesichen Außenpolitik zu entgegnen. Nicht länger ist Pekings Diplomatie durch ideologische Formeln beschränkt. Es gelten Pragmatismus und Flexibilität. Gut und richtig ist, was Chinas eigener Sicherheit nützt.

Im Dezember und Januar zeigten Zhao Ziyang und Außenminister Wu Xuegian Flagge in Afrika. Sie bereisten elf Länder, präsentierten Chinas poliertes Image als Verfechter einer blockfreien Politik. Mit Angola, das bislang als treuer Freund des Kreml galt, nahmen sie diplomatische Beziehungen auf, in Neuseeland und Australien erörterte Zhao Ziyang vornehmlich Fragen der Sicherheit und des *wachsenden Einflusses der* Sowjetunion in dieser Region.

Jetzt ist Osteuropa an der Reihe. Hu Yaobang hatte zuletzt vor 30 Jahren Rumänien besucht, damals in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des chinesischen Jugendverbandes. Jugoslawien ist *ihm* neu.

Beide Länder haben unlängst Parteidelegationen nach Peking entsandt. Rumänien und Jugoslawien sind – von Albanien abgesehen – die beiden einzigen osteuropäischen Staaten, die Parteibeziehungen mit China aufrechterhielten. Moskau ist dies ein permanentes Ärgernis.

Peking arbeitet an einer gezielten Osteuropakampagne. Nach Hu Yaobangs Rückkehr wird Außenminister Wu Xuegian Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und vermutlich auch die „DDR“ besuchen. Wus Hauptaufgabe soll es sein, die Möglichkeiten zur Wiederaufnahme von Parteibeziehungen zu erkunden, die 1962 Opfer des sino-sowjetischen Bruchs wurden.

Geheimdokumente lagen auf der Straße

rtr, **London**

Eine Tasche mit als „streng geheim“ deklarierten Dokumenten ist nach Darstellung der Zeitung „Daily Telegraph“ auf einer Straße in London gefunden worden. Der Finder der Papiere, Michael Scott, sagte aus, er habe die Dokumente in einer verplombten Segeltuchtasche entdeckt: Um zu sehen, ob es sich um amtliche Papiere handele, habe er die Plombe aufgebrochen: Ein Papier habe wie ein Schaubild mit Detailangaben von Unterseebooten ausgesehen. Er habe auch Tabellen gefunden, in denen Einzelheiten über Feuerkraft, Tauchfähigkeit und Schnelligkeit der Schiffe gestanden hätten.

Hamburger Machtpolitik

JB. – Der Hamburger Senat läßt nicht locker, um seinen Einfluß bei den Hamburgischen Electricitätswerken AG (HEW) auszuweiten. Die HEW sollen endlich zum „ausführenden Organ" der vom Senat verkündeten Energiepolitik werden mit der wichtigsten Zielsetzung: Ausstieg aus Brokdorf.

Der neueste Einfall hierzu stammt von Energiesenator Jörg Kuhbier. Die Stadt als Mehrheitsaktionär will künftig alle Aufsichtsratssitze der Anteilseigner unter dem Vorsitz von Kuhbier selbst mit weisungsgebundenen Beamten besetzen. Bislang steht dem Senat satzungsgemäß die Entsendung von drei Mitgliedern zu. Die restlichen sieben sollen demnächst via Hauptversammlung „entsandt" werden.

Ob diese Aushöhlung der Satzung juristisch haltbar ist, ist noch ungeklärt. Daß der Charakter des Aktienrechts gebeugt wird, ist dagegen sicher. Und sicher ist auch, daß HEW stets mit Anfechtungsklagen der freien Aktionäre wird leben müssen.

Niemand bestreitet dem Senat das Recht und die Pflicht, Energiepolitik zu betreiben und die Zielsetzungen mit den Versorgungsunternehmen auf deren Verwirklichung abzustimmen. Energiepolitik in Hamburg reduziert sich zur Zeit allerdings auf die Frage, wie kann die totale Macht bei HEW ergriffen werden. Interessen anderer stehen nicht zur Debatte.

Ein Stand mit Makeln

Von HANS BAUMANN

Am Mittwoch hat er in Kiel seinen ersten Auftritt in Top-Position: Rudolf Hübenthal, vor genau einem Jahr in Nürnberg zum Präsidenten des Rings Deutscher Makler gewählt. Er löste Josef Bader ab, der den Berufsstand der rund 3000 Immobilienmakler mit seinem Markt von schätzungsweise 40 Milliarden Mark Umsatz im Jahr über zwei Amtsperioden hinweg konsolidierte, indem er den Berufsstand besonnen aus der Öffentlichkeit evakuierte. Jetzt steht der Bremerhavener Hübenthal am Steuer, ein robuster Volkswirt, der sich nicht darauf beschränken wird, Parolen zu verkünden oder den Erfolg herbeizubeten.

Zu Hübenthal passen Vokabeln wie „Schulterschluß" und „Schlagkraft". Er wird ein unbequemer Präsident sein, der erkannt hat, daß der Berufsstand des Maklers in dieser Republik nur überleben wird, wenn seine einzelnen Mitglieder über besondere Qualifikation verfügen, wenn der Stand bei den Politikern sein Ansehen polieren kann und wenn es ihm gelingt, dem wachsenden Wettbewerb der zweifelsfrei hochqualifizierten Banken Paroli zu bieten.

Es ist der Makel, an dem die deutschen Makler leiden. Vielleicht gelingt es ihnen unter Hübenthal, worum sich die Makler schon unter Angermann, Frenzel und Bader bemühten: Dem Publikum den Auftritt und den Anspruch der Makler plausibel zu machen. Dazu gehört vornehmlich, jedermann in dieser Branche zu bewegen, ordnungsgemäßes Geschäftsgebaren zu üben, sich lauteren Wettbewerbs zu befleißigen.

Rudolf Hübenthal muß seinen Kollegen einbläuen, daß sie ausschließlich den Interessen ihrer Kunden zu dienen haben, daß ihr Geschäft das Ergebnis solcher Dienstleistung ist, wobei die Betonung auf Leistung zu liegen hat. Makelei wird auch heute noch zu häufig als Vermittlung verstanden, obwohl sie längst hätte zum Operation-Service hätte heranreifen müssen, wie er mit dem Leasing vor zwanzig Jahren aus den USA zu uns herüberkam. Auch hier war es die brillante Idee, die sich gegen das bis dahin übliche Kreditgeschäft durchsetzte – freilich nicht leicht, dafür aber um so nachhaltiger.

Der Bürger, der sich am Immobilienmarkt bewegt, wozu er vielleicht ein- oder zweimal in seinem Leben gezwungen ist, kann sich heute bereits einer solchen Fülle von Informationen bedienen, daß er auch ohne die Hilfe des Maklers in den gängigen Fällen allein handlungsfähig ist. Bedient er sich morgen erst einmal des Bildschirmtextes, dann wird er seine Immobilie noch leichter handhaben können.

Der Makler wird sich also sputen müssen, um gefragt zu bleiben. Er muß die Informationen rund um den Markt absolut beherrschen, er braucht sichere Kontakte zur zügigen Abwicklung eines Kontraktes, er muß die Modalitäten für die Fortführung des Service rund um ein Objekt sicher im Griff haben, sei es die Baubetreuung, die Vermietung oder die vorteilhafte Weiterverwertung eines Objektes für den Kunden.

Wer sich auf die traditionelle Vermittlung stützt, wird schon bald aus dem Markt fallen. Er hat den Erfolg zu präsentieren und das schließt ein, daß der intelligente Makler selbst an der Auswahl der Ziele, die man mit einer Immobilie angehen kann, mitwirkt. Damit deutet sich der Weg an, den der moderne Makler gehen muß: Er sollte der Vertraute seines Klienten sein – oder doch werden, der Anwalt der Immobilie, ihr Notar. Und da zur Immobilie immer zwei gehören, wird er ein besonders honoriger Mittler sein müssen, denn er hat sowohl den Käufer als auch den Verkäufer davon zu überzeugen, ein gutes Geschäft gemacht zu haben. Daß dann auch das Honorar des Maklers stimmt, versteht sich von selbst.

Dieses Ziel wird nicht von heute auf morgen zu erreichen sein. Es gehört mit zu den Langzeitaufgaben des Berufsverbandes, der qualitativen Auslese, der permanenten Schulung. Beispiele gibt es wie Sand am Meer: den Arzt, den Apotheker, den Anwalt. Deren Berufsbezeichnung beginnt schon mit dem Sicherheit einflößenden „A". Zu ihnen geht der Bürger mit dem Selbstverständnis, daß ihm geholfen wird. Zum Makler aber lenkt ihn der Schritt doch nur sehr verhalten, fast unter psychologischem Zwang, wenn er sich selbst nicht mehr zu helfen weiß. Die Krux ist eine jahrzehntealte negative Erfahrung mit dem Beruf des Maklers, in dessen Namen nun einmal für viele der Makel mitschwingt. Das ist sicherlich kein Grund zur Resignation.

FRÜHJAHRSGUTACHTEN / Steigende Exporte in zweiter Jahreshälfte

Die Wirtschaftsinstitute rechnen mit 15 Mrd. Leistungsbilanz-Überschuß

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Aussichten für den deutschen Export haben sich verbessert. Aufgrund der früher als erwartet zu Beginn dieses Jahres in wichtigen westlichen Industrieländern eingesetzten konjunkturellen Belebung rechnen die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten mit einem verhaltenen Anstieg der Ausfuhren in diesem Jahr. Zudem sei die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auch nach dem jüngsten Realignment im Europäischen Währungssystem relativ hoch.

Die deutschen Exporte werden nach der gestern vorgelegten Prognose der fünf Institute im Jahresdurchschnitt – *in Preisen von 1976* gerechnet – zwar auf dem Stand des Vorjahres verharren. Dahinter verbirgt sich jedoch ein Rückgang der Ausfuhr um real 1,5 Prozent in der ersten Jahreshälfte und ein Zuwachs von zwei Prozent in den zweiten sechs Monaten, verglichen jeweils mit der gleichen Zeit des Vorjahres.

Alles in allem sei mit einer Zunahme der Ausfuhr zu rechnen, die erheblich kleiner ist als zu Beginn früherer Erholungsphasen. Die Institute nennen fünf Gründe für eine zurückhaltende Einschätzung der Exportchancen in diesem Jahr:

1. Der Nachfrageanstieg in den Industrieländern insgesamt – die Institute erwarten jetzt eine Zunahme des Bruttosozialprodukts im Durchschnitt aller Industriestaaten von 1,5 Prozent für 1983 – wird nur mäßig sein. In einem für die deutsche Ausfuhr so wichtigen Land wie Frankreich ist zunächst keine Besserung in Sicht.

2. Viele Entwicklungsländer ohne eigenes Erdöl profitieren zwar vom Wiederanstieg der Rohstoffpreise und von den niedrigeren Ölnotierungen. Sie müssen jedoch ihre Neuverschuldung zurückführen und haben daher vorerst wenig Spielraum für eine Steigerung ihrer Einfuhren.

3. Viele Ölexportländer werden wegen des Preisverfalls auf den internationalen Rohölmärkten zu Beginn dieses Jahres ihre Einfuhren drosseln. Bei den meisten Staatshandelsländern dürfte die Anpassung dagegen weitgehend abgeschlossen sein.

4. Die deutsche Warenstruktur erweist sich derzeit für den Export eher als nachteilig. Denn die Wirtschaftsentwicklung wird in den meisten Ländern nicht von einer Belebung der Investitionen geprägt, die im deutschen Exportsortiment dominieren.

5. Der verbreitete Protektionismus beeinträchtigt den Absatz im Ausland.

Mit einer Belebung der Konjunktur werden auch die Importe wieder zunehmen. Dabei werden die Anstöße zunächst von der Lagerhaltung ausgehen. Sie dürften bei den industriellen Vorprodukten um so ausgeprägter sein, weil die Preise auf den Weltrohstoffmärkten seit einiger Zeit wieder steigen. Da die Ölpreise kaum weiter sinken werden, dürften auch die Bestände nicht weiter abgebaut werden. Die von den Instituten vorausgesagte Tendenzänderung bei Investitionen und beim privaten Verbrauch wird auch die Fertigwareneinfuhr anregen, die drei Jahre lang stagniert hatte. Die Aufwertung der D-Mark hat die Wettbewerbspositionen ausländischer Anbieter verbessert.

Im Jahresdurchschnitt erwarten die Institute, in konstanten Preisen gerechnet, einen Zuwachs der Importe um 0,5 Prozent. Dabei werden die Einfuhren in der ersten Jahreshälfte um zwei Prozent sinken, in den zweiten sechs Monaten jedoch um drei Prozent zulegen.

Die Einfuhrpreise werden, nachdem die Wende auf den Rohstoffmärkten eingetreten ist, wieder steigen, aber nicht so stark wie die der Ausfuhren. Dadurch verbessert sich das Austauschverhältnis (Terms of Trade) nochmals. Selbst bei dem erwarteten unveränderten realen Außenbeitrag kommt es daher zu einer Zunahme des Überschusses in der Leistungsbilanz. Er dürfte rund 15 Milliarden Mark erreichen.

WERBEWIRTSCHAFT

„Unternehmen müssen sich auf die Zukunft einstellen"

HANNA GIESKES, Bonn

„Den Einheitsverbraucher gibt es nicht mehr." Der Vorsitzende des Deutschen Werberats, Dankwart Rost, hält den modernen Konsumenten für „kompliziert, gut ausgebildet und sehr kritikfähig". Werbung, die sich nicht stark am Abnehmer orientiere, werde darum im Markt nicht den gewünschten Erfolg haben, sagte Rost gestern in Bonn, während der Jahrestagung des Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW). Viele Unternehmen müßten sich auf die „neue Werbezukunft" indes noch vorbereiten.

In der deutschen Werbewirtschaft bahne sich ein „deutlicher Aufschwung" an, berichtete Kurt Möck, scheidender Präsident des ZAW. Die Konjunkturhoffnungen in der Branche seien stark gestiegen, wie die Frühjahrsbefragung durch den ZAW ergeben habe, dem 42 Verbände aller Bereiche der Werbung angehören. Rund 55 Prozent dieser Verbände rechneten mit einem deutlichen Aufschwung der deutschen Wirtschaft gegenüber nur zehn Prozent im vergangenen Herbst. Dies komme auch in den Erwartungen auf höhere Werbeumsätze zum Ausdruck, mit denen 30 Prozent der ZAW-Organisationen rechnen.

Das Jahr 1982 habe „trotz anhaltender Konjunkturschwäche" zufriedengestellt; die deutsche Werbewirtschaft konnte in dieser Zeit ihre Umsätze um 3,7 Prozent auf 13,01 Milliarden Mark erhöhen. Die Tageszeitungen erreichten einen Zuwachs um 1,8 Prozent auf 5,3 Milliarden Mark, „und damit bleiben sie mit Abstand der größte Werbeträger". Prozentual am stärksten legte die Hörfunkwerbung zu und zwar um 8,5 Prozent auf 494 Millionen Mark, gefolgt von der Direktwerbung – acht Prozent, 1,5 Milliarden – der Fernsehwerbung, der Werbung in Wochen- und Sonntagszeitschriften und der Werbung in Publikumszeitschriften, die um 3,9 Prozent auf zwei Milliarden Mark stieg.

Der Zentralausschuß erklärt diese guten Ergebnisse mit der Beobachtung, daß werbeintensive Branchen wie etwa die Autoindustrie oder die Hersteller von Nahrungs- und Genußmitteln ihre Werbeetats trotz Konjunkturflaute aufgestockt hätten. Die Ursache liege im wachsenden Konkurrenzdruck, „denn stagnierende Märkte verschärfen den Wettbewerbsdruck und fördern damit die Bedeutung der Werbung".

Die bei den meisten Werbeträgern um ein bis sechs Prozent gestiegenen Einschaltkosten seien außerdem diesmal von der werbungstreibenden Wirtschaft bezahlt worden, während dies in früheren Abschwungphasen regelmäßig dazu geführt habe, daß der Umfang der Werbung zurückging. Weder Möck noch Rost glauben daran, daß die „Neuen Medien" – Bildschirmtext, Kabelfernsehen – die Tageszeitungen in ihrer Funktion als Werbeträger stören werden.

AUF EIN WORT

„Mit der Konjunktur ist es wie mit einem Dieselmotor. Sie braucht eine Vorlaufzeit, ehe sie zündet."

Klaus Wallrath, Vorstandsvorsitzender der Wiesbadener Volksbank
FOTO: DIE WELT

ARBEITSKOSTEN

Auch weiter an der Spitze

HEINZ HECK, Bonn

Die Wettbewerbsposition der deutschen Industrie hat sich seit 1981 gegenüber den meisten westlichen Industrieländern „leicht verbessert", auch wenn die Arbeitskosten mit 26,08 D-Mark je Stunde 1982 in der Europäischen Gemeinschaft immer noch mit Abstand an der Spitze lagen. Das der Industrie nahestehende Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) hat in der westlichen Welt höhere Kosten nur für die USA (28,48 D-Mark), Norwegen (28,05) die Schweiz (27,47) und Kanada (27,16) ermittelt. Das Schlußlicht bei 17 untersuchten Ländern bildet Griechenland mit 8,99 D-Mark. Trotz nach wie vor hoher Abweichungen, meint das Institut, habe sich das Arbeitskostenniveau dieser Länder „tendenziell erneut angeglichen".

Das hohe Arbeitskostenniveau in der Bundesrepublik sei „hauptsächlich auf die hohen und nach wie vor steigenden Personalzusatzkosten zurückzuführen". Das Institut der Wirtschaft registriert jedoch als Folge der Wirtschaftskrise eine gewisse Verlangsamung im Zuwachstempo. Internationaler Spitzenreiter bei den Zusatzkosten ist die Bundesrepublik mit 11,32 D-Mark, gefolgt von den Niederlanden (11,20) und Belgien (10,51). In den USA dagegen erreichten sie nur 7,84 und in Japan 3,41 D-Mark. Auch hier liegt Griechenland mit 3,21 D-Mark am Schluß der Tabelle.

ERSATZKASSEN

„Mehr Rechte für Versicherte"

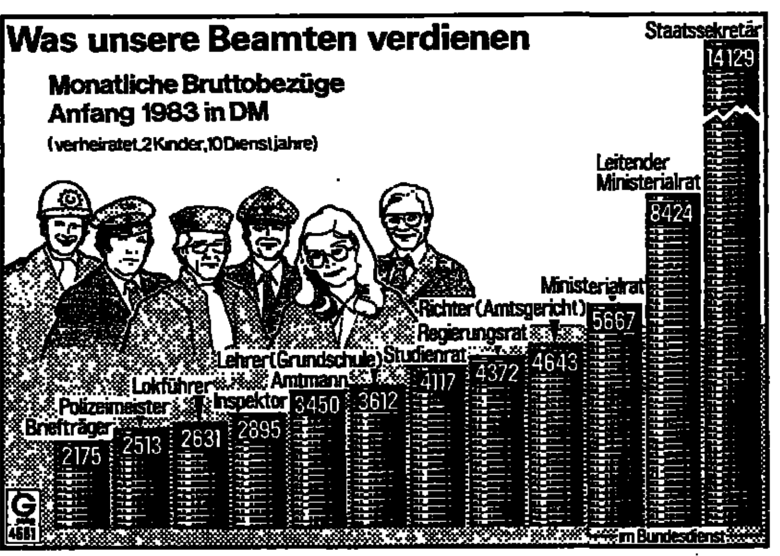
dpa, Bonn

Mehr Rechte für die Versicherten in der sozialen Krankenversicherung hat der Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) in Grundsätzen gefordert, die am Montag in Bonn veröffentlicht worden sind. Danach sollten die Versicherten und ihre gewählten Vertreter gleichberechtigt an den Verträgen über ambulante und stationäre Behandlung und die Versorgung mit Arzneimitteln teilnehmen können. Die Krankenversicherung müsse eine „marktähnliche" Stellung erhalten.

Nach Ansicht des Verbandes müßte sich der Staat aus dem heute größtenteils gesetzlich bestimmten Vertragswesen zurückziehen. Angesichts der drohenden „Ärzteschwemme" müsse außerdem die Zulassung zum Kassenarzt wieder von der Selbstverwaltung geregelt werden. Krankenkassen und kassenärztliche Vereinigung müßten die Zulassung gemeinsam bedarfsgerecht regeln.

Auf dem Arzneimittelmarkt soll nach den VdAK-Grundsätzen die von Ärzten, Krankenkassen und Versicherten gemeinsam gebildete Gruppe der Nachfrager gestärkt werden. Kurzfristig sollte den Ärzten zur besseren Überschaubarkeit des Marktes eine nach Fachgruppen geordnete Liste der am häufigsten verordneten Arzneimittel übergeben werden. Gleichberechtigt wollen die Krankenkassen ferner an der Planung der Krankenhäuser mitwirken.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Viele Beamte sind der Meinung, daß die Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft besser bezahlt werden als sie. Umgekehrt ist die Meinung verbreitet, die Beamtenbesoldung sei reichlich bemessen – besonders, wenn man berücksichtigt, daß Beamte unkündbar sind. Doch auch beim Staat ist es wie in der Wirtschaft: Je höher die Verdienste sind, desto kleiner die Zahl derer, die sie erhalten. Im Vergleich zu ebenso hohen Bruttoverdiensten von Arbeitern und Angestellten, fallen die Nettobezüge der Beamten allerdings um gut zehn Prozent höher aus, weil sie weder Renten- noch Arbeitslosenversicherung zu bezahlen haben.

QUELLE: GLOBUS

Keine Abgabensenkung

Bonn (rtr) – Trotz der Leistungsfeindlichkeit des gegenwärtigen Einkommen- und Lohnsteuertarifs wäre es nach den Worten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfele, unseriös, gegenwärtig eine Senkung der Abgabenlast zu versprechen. Auf dem Deutschen Steuerberaterkongreß betonte Häfele, daß die Sanierung der öffentlichen Haushalte in der Finanzpolitik der Bundesregierung absoluten Vorrang habe, da davon entscheidend eine „gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung" abhänge. Ohne „organisches Wachstum" aber sei auch keine Lösung für das Problem der *Massenarbeitslosigkeit* denkbar. Häfele bezeichnete die „abenteuerliche Staatsverschuldung" – allein der *Zinsendienst* belaste die öffentliche Hand 1983 mit 60 Milliarden Mark – als einen „Grund schlechthin für den Zukunftspessimismus", der weite Teile der Bevölkerung erfaßt habe. Die Bundesregierung wolle daher die Ausgaben für den Bundeshaushalt 1984 nur um zwei Prozent und in den folgenden Jahren bis 1987 um drei Prozent wachsen lassen.

„Absurde" Berechnungen

Bonn (HH.) – Als „absurd" hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall die Berechnungen der Industriegewerkschaft Metall zur Eigenkapitalquote der Unternehmen bezeichnet. Die Eigenkapitalquote der Unternehmen, so IG Metall in der April-Ausgabe des „Gewerkschafter", sei heute nicht niedriger als Ende der sechziger Jahre, wenn man die Pensionsrückstellungen hinzunehme, die „Eigenkapital-Charakter" hätten. Den Pensionsrückstellungen stünden jedoch Verbindlichkeiten zugunsten der Belegschaft gegenüber. Sie könnten daher „gerade nicht die Risikofunktion des Eigenkapitals übernehmen ..., es sei denn, die Gewerkschaft wolle die Unternehmen künftig im Ernstfall von den Pensionszusagen freistellen", erklärte Gesamtmetall.

Weitere Insolvenzwelle?

Frankfurt (rtr) – Die Welle der Firmenpleiten ist nach Einschätzung der Allgemeinen Kreditversicherung AG, Mainz, auch bei einer Belebung der Konjunktur noch nicht zu Ende. Wie der Vorstandsvorsitzende Hubert Beuter auf der Bilanzpressekonferenz am Montag erklärte, seien die Probleme vieler Unternehmen struktureller Art, die bei erhöhtem Kapitalbedarf im Rahmen eines Aufschwungs erst recht zu Tage treten könnten. So sei nicht auszuschließen, daß der Insolvenzrekord des vergangenen Jahres von fast 16 000 Konkursen und Vergleichen wieder erreicht werden könnte. Der größte Schadensfall für die Branche der Kreditversicherer sei die Pleite des Stahlunternehmens Korf Anfang dieses Jahres gewesen, sagte Beuter. Er habe die Versicherungen mit rund 70 Millionen DM belastet.

MITTELSTANDSPOLITIK

Lambsdorff lehnt steuerfreie Investitionsrücklage ab

HEINZ HECK, Bonn

„Ein überzeugendes Plädoyer für die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft" erwartet Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff von der morgigen Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Auf einer mittelstandspolitischen Tagung des BDI in Köln erklärte er, was die Orientierungen einer solchen Politik sind: „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Stärkung der Investition und Innovationsfähigkeit der privaten Wirtschaft und der Leistungsfähigkeit des einzelnen, Strukturwandel durch Erneuerung, Rückführung der Staatsquote, Konsolidierung und Umstrukturierung der öffentlichen Finanzen, Abkehr vom Interventions- und Umverteilungsstaat, Überprüfung der Subventionen, Sicherung des sozialen Netzes in einer Zeit geänderter Wachstumsbedingungen."

Den Abbau der Subventionen an *Großunternehmen* bezeichnete Lambsdorff als „eines der wichtigsten Ziele in der neuen Legislaturperiode". Mit steuerlichen Entlastungen, einer Neuorientierung der Vermögenspolitik, verbesserten Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Selbständigkeit sollen die Investitions- und Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen gestärkt werden.

Lambsdorff kündigte „eine deutliche Entlastung bei der Vermögensteuer", eine Verbesserung des Verlustausgleichs sowie eine Verkürzung der Abschreibungsfristen bei langlebigen Investitionsgütern an, sprach sich aber gegen eine steuerfreie Investitionsrücklage aus.

ENERGIEPOLITIK / Folgen der Großfeuerungsanlagenverordnung

DIHT befürchtet Wettbewerbsnachteile

HEINZ HECK, Bonn

Steigende Energiepreise dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht weiter schwächen. Das hat der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in einem „Positionspapier zur Energiepolitik" gefordert und sich zugleich für eine weiterhin marktwirtschaftliche Orientierung ausgesprochen.

Unter Hinweis auf den am Freitag vom Bundesrat mit erheblichen Verschärfungen verabschiedeten Entwurf der Großfeuerungsanlagenverordnung erinnert der DIHT an die Verteuerung des Stroms, vor allem soweit er aus Stein- und Braunkohle hergestellt wird. Angesichts der unterschiedlichen Struktur des Kraftwerksparks dürften die Strompreiserhöhungen auch regional unterschiedlich ausfallen: Mit bis zu drei Pfennig je Kilowattstunde (kWh) in manchen Versorgungsgebieten sind sie nach DIHT-Berechnungen „erheblich größer ..., als die von der Bundesregierung bei einer Mischkalkulation angegebenen 0,5 bis knapp ein Pfennig je kWh". Angesichts des Verordnungsentwurfs im Bundesrat (denen die Bundesregierung allerdings noch nicht zugestimmt hat) sei mit noch höheren Belastungen zu rechnen.

Der DIHT befürchtet nicht nur in stromintensiven Industrien eine Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit. Der Prozeß, Betriebe ins westliche Ausland zu verlagern, habe offensichtlich schon begonnen: „Manche Unternehmen verzichten bereits heute auf Investitionen. Die Bundesrepublik muß jedoch als Standort auch für stromintensive Branchen, insbesondere der Grundstoffindustrie, attraktiv bleiben", heißt es in dem den zuständigen Bundesministerien übermittelten Papier.

Zur Wiedergewinnung größerer Flexibilität sollte über die Aussetzung des Kohlepfennigs, die flexible Gestaltung von Durchleitungsrechten für Fremdstrom und die Beteiligung von Industrieunternehmen an großen Kraftwerken nachgedacht werden.

Der DIHT kritisiert, daß die Last der Anpassung bei möglicherweise stagnierendem oder gering wachsendem Stromverbrauch bis 1990 nur von der Kernenergie und der Braunkohle (also der Grundlastenergie) getragen werden soll. Denn die Stromwirtschaft müsse bis 1990, unabhängig von der Verbrauchsentwicklung, immer mehr heimische Kohle abnehmen. Dabei stünden die für die Grundlast besonders geeigneten Kernkraftwerke heute noch nicht in genügender Zahl zur Verfügung.

OECD / Westliche Türkeihilfe hat sich gelohnt

Inflationsrate ist gesunken

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die von der Regierung in Ankara Anfang 1980 mit massiver westlicher Kredithilfe eingeleitete Sanierungsaktion hat bisher die erwarteten Ergebnisse gebracht, stellt das OECD-Sekretariat in seinem jüngsten *Türkei-Bericht fest*. Als besonders bemerkenswert wird darin hervorgehoben, daß das Bruttosozialprodukt des Landes 1982 um real 4 Prozent gesteigert und gleichzeitig die Inflation beträchtlich vermindert wurde.

Mit 27 Prozent nach 42 Prozent 1981 und 104 Prozent 1980 erreichte der Preisanstieg allerdings immer noch ein „exzessives" Ausmaß. Hier müßten weitere Fortschritte erzielt werden. Außerdem wird der Schuldendienst der Türkei, der 1982 auf 800 Millionen Dollar begrenzt gewesen war, ab 1985 nach Auslaufen des Schuldenmoratoriums von 1980 auf jährlich 1,8 Milliarden Dollar zunehmen. Zum Ausgleich der daraus für die Zahlungsbilanz entstehenden Belastungen wird Ankara nach Auffassung der OECD-Experten „zweifellos" auf neue Auslandskredite angewiesen sein.

Schließlich ist die Türkei für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung auf verstärkte ausländische Direktinvestitionen (sie erreichten bisher 829 Millionen Dollar) angewiesen. Gegenwärtig stünden dem extrem hohe Kreditkosten (mehr als 40 Prozent) entgegen.

Die außerordentlich starke Expansion des letzten Jahres hat die Türkei vor allem ihrem Agrarsektor zu verdanken. Auch begünstigten eine realistischere Wechselkurspolitik und der Abbau administrativer Hemmnisse die noch unterentwickelte Industriegüterausfuhr.

Da gleichzeitig die Importe der Türkei insbesondere von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Mineralöl zurückgingen, kam es 1982 zu einer substantiellen Verminderung des Handelsbilanzdefizites auf 3,0 (4,2) Milliarden Dollar. Das Defizit der türkischen Leistungsbilanz konnte sogar auf 1,1 (2,1) Milliarden Dollar halbiert werden.

Der in den letzten Jahren bis auf real 2,6 Prozent (1982/ reduzierte Zuwachs der Inlandsnachfrage dürfte nach Schätzung der OECD-Experten in diesem Jahr 4 Prozent erreichen, wobei eine praktisch unveränderte Inflationsrate von 27 Prozent unterstellt wird. Das Wirtschaftswachstum der Türkei wird *für 1983 auf 4,5 Prozent* veranschlagt.

NAMEN

Wolfgang A. Herzhoff wurde zum neuen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer der Keuco Paul Keune GmbH & Co. KG, Hemer, berufen.

C. Harancourt, Mainz-Kastel, wurde zum Vorsitzenden, **Dr. J. B. Rombach**, Karlsruhe, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Gaszähler-Industrie gewählt.

Erwin Noelle, Vorstandsmitglied der Westdeutschen Landesbank Girozentrale Düsseldorf, wird mit Vollendung des 60. Lebensjahres Ende März 1984 nach über 16jähriger Vorstandstätigkeit aus der Bank ausscheiden.

STROMWIRTSCHAFT / Regionale Versorger sehen Strukturnachteile

Sorge vor subventionierter Fernwärme

HANS BAUMANN, **Langeoog**

Ihrer Aufgabe, Stadt und Land zu gleichen und vergleichsweise günstigen Strompreisen zu beliefern, können die regionalen Versorger nur nachkommen, wenn die Durchmischung dünn besiedelter Gebiete mit dichter besiedelten und verbrauchsintensiveren Bereichen großflächig erhalten bleibt.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft Regionaler Energieversorgungsunternehmen (ARE), Otto Hausner (Vorstandsvorsitzender der Isar-Amperwerke AG, München), äußerte sich auf der Jahrestagung der Gemeinschaft auf Langeoog besorgt, daß die Eingemeindungen und Gebietsreformen dazu führen könnten, daß Stadtrandgebiete mit einer günstigen Versorgungsstruktur von lokalen Unternehmen übernommen werden könnten.

Nach Hausner würden auf diese Weise die Kosten der regionalen Versorger steigen, da die Durchmischung ungünstiger werde. Die Strompreise für die bei den regionalen Versorgern verbleibenden Abnehmer müßten dann zwangsläufig steigen. Die Gefahr einer solchen Entwicklung werde noch verstärkt durch Neuregelungen aus der Novellierung des Kartellgesetzes. So treffe die zeitliche Begrenzung der Konzessionsverträge mit den Kommunen ausschließlich die regionalen Versorgungsunternehmen.

Zur ARE gehören zur Zeit 41 Versorger, die zum Teil selbst erzeugte, aber auch von anderen Unternehmen erzeugte Energie an Letztverbraucher und an örtliche Verteiler liefern. Ihre Versorgungsgebiete erstrecken sich – ohne Stadtstaaten – über sämtliche Länder der Bundesrepublik. Die Unternehmen der ARE versorgen 59 Prozent der Fläche, aber nur 33 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland mit Strom. Daran wird deutlich, daß die Regionalen nur dünn besiedelte und schwach industrialisierte Gebiete beliefern mit der Folge, daß sie ungewöhnlich hohe Leistungskosten haben.

Die Frage, ob ein Anschluß dichter besiedelter oder stärker industrialisierter Gebiete an große Versorger, die nicht zur ARE gehören, keine Kostenvorteile für diese Gebiete bringe, beantwortete Hausner mit „Nein". Die Stromverbraucher in den größeren städtischen Versorgungsgebieten hätten keinen Vorteil zu erwarten, weil ihre Strompreise „regelmäßig an das Niveau der Regionalunternehmen angeglichen werden".

Ein Strompreisvergleich im Jahresbericht der ARE bestätigt die Auskunft Hausners. Die ARE-Unternehmen kalkulieren danach „relativ geringe Gewinnspannen, da sie keine Gewinnbestandteile zur Abdeckung von Verlusten anderer Unternehmenssparten (z. B. Verkehrsbetriebe, Bäder) benötigen, wie dies häufig bei den Stromversorgungsunternehmen der Lokal*stufe der Fall ist*".

Die regionalen Versorger warnen die Politiker vor Überlegungen, die leitungsgebundene Versorgung bestimmter Bereiche dirigistisch zu lenken (etwa Anschlußzwang bei Fernwärme). *Die marktwirtschaft*liche Ordnung der leitungsgebundenen Energieversorgung und damit auch die Wahlmöglichkeit des Endverbrauchers müßten gewährleistet bleiben. Die Verringerung der Abhängigkeit von Heizöl durch Einsatz von Strom, Erdgas und Fernwärme könne nur erreicht werden, wenn Strom und Erdgas mindestens zu gleichen Preisen wie Heizöl angeboten werden könnten. Damit deutet die ARE ihre Sorge an, daß subventionierte Fernwärme, die verordnet werde, für den Verbraucher teurer als Strom und Gas werden könnte.

Hohe Verluste bei Renault

J. Sch. **Paris**

Die Erträge des staatlichen französischen Automobilkonzerns Renault schrumpften 1982 noch mehr als die seines privaten Konkurrenten Peugeot, dessen Reinverlust auf 2,1 bis 2,2 (1,9) Milliarden Franc gestiegen war. Nach noch inoffiziellen Angaben hat sich der Renault-Verlust, der 1981 erst 675 Mill. Franc erreicht hatte, 1982 mehr als verdoppelt. Jedoch dementiert die Verwaltung auf Anfrage Gerüchte, wonach er 2 Mrd. Franc erreicht haben soll. Im ersten Halbjahr *1982* war ein Verlust von 950 Mill. Franc entstanden, im zweiten Halbjahr sei das Defizit „etwas geringer" ausgefallen.

Die definitiven Ergebnisse teilt Renault erst Ende Mai mit. Für dieses Jahr wird eine wesentlich bessere Geschäftsentwicklung erwartet. Bereits im Jahresvergleich des ersten Quartals konnte der Pkw-Export um 17,8 Prozent gesteigert werden. Obwohl der Inlandsabsatz um 20 Prozent zurückging, wurde die Produktion um 16 Prozent gesteigert.

Konradin-Verlag: Neuerwerb aus Essen

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Die zur Kohlhammer-Gruppe gehörende Konradin-Verlag GmbH, Leinfelden-Echterdingen, übernimmt mit Wirkung vom 1. Juli 1983 75 Prozent der Gesellschafteranteile der W. Girardet Fachzeitschriften Verlag GmbH, Essen. Die verbleibenden 25 Prozent liegen bei der Essener Girardet-Gruppe. Erst Mitte Februar hatte der Hamburger Bauer-Verlag den W. Girardet Fachzeitschriften-Verlag zu 100 Prozent erworben, er gibt diese Anteile nunmehr weiter.

Der W. Girardet Fachzeitschriften-Verlag beschäftigt einschließlich seiner Wiener Tochter 140 Mitarbeiter und setzt in 1982/83 (30. 6.) etwa 33 Mill. DM um. In diesem Verlag erscheinen u. a. die Zeitschriften Industrie-Anzeiger, Elektronik-Applikation, Feld + Wald. In der Unternehmensgruppe Konradin (Umsatz knapp 66 Mill. DM) erscheint ein breites Angebot hochauflagiger Fachzeitungen zielgruppenorientierter technischer Zeitschriften, Handelszeitschriften und wissenschaftlicher Publikationen.

Ertrag weiter im Aufwind

cd. **Frankfurt**

Das Teilbetriebsergebnis der *Bayerischen* Vereinsbank AG, München, hat sich in den ersten drei Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahresquartalsdurchschnitt um 11,5 Prozent auf 250 Mill. DM erhöht. Der von Vorstandssprecher Max Hackl vor der Hauptversammlung genannte Zinsüberschuß von 302 Mill. DM stieg um 8,6 Prozent, der Provisionsüberschuß um mehr als 9 Prozent auf 57 Mill. DM. Der Sach- und Personalaufwand (ohne Aufwendungen für Altersversorgung) wuchs um 7,8 Prozent auf 207 Mill. DM.

Hackl stellte den Aktionären nach dem erfreulichen 82er Ergebnis einen Abschluß für 1983 in Aussicht, der die Erwartungen nicht enttäuscht, so daß 10 DM Dividende wieder sicher sind. Zu Hoffnungen auf eine Dividendenerhöhung wollte er sich nicht konkret äußern. Sehr lebhaft war im ersten Quartal das Hypotheken- und Kommunalgeschäft mit 1,4 Mrd. DM Neuzusagen, die gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um mehr als die Hälfte stiegen.

GROSSBRITANNIEN / Leistungsbilanz verbessert

Gutes Ausfuhr-Ergebnis

WILHELM FURLER, **London**

Die Leistungsbilanz Großbritanniens hat im März einen beträchtlichen Überschuß in Höhe von *556* Millionen Pfund ausgewiesen. Das sind zum gegenwärtigen Umrechnungskurs 2,14 Milliarden Mark. Noch im Januar war ein erhebli*ches Defizit* und im Februar ein nur geringer Überschuß gemeldet worden. Damit erreicht der Leistungsbilanz-Überschuß im ersten Quartal dieses Jahres 287 Millionen Pfund. Im letzten Quartal 1982 war er *auf 1,71 Milliarden Pfund* gestiegen.

Nach Angaben des Handelsministeriums geht der März-Überschuß auf einen starken Anstieg der Exporte bei gleichzeitigem Rückgang der bis dahin auf außergewöhnlich hohem Niveau liegenden Importe zurück. So, erreichten die Ausfuhren den Rekordwert von 5,28 Milliarden Pfund. Im Februar lagen sie bei 4,89 Milliarden Pfund. Die *Importe* gingen von 5,03 auf 4,91 Milliarden Pfund zurück.

Die britische Export-Leistung im März ist die bisher höchste, die dem Wert nach in einem Monat gemeldet wurde, und die zweithöchste dem Volumen nach. Han*delsminister Lord Cockfield* kommentierte die Außenhandelszahlen denn auch als „glänzendes Ausfuhr-Ergebnis". Der Überschuß im Warenhandel stieg auf *376* Millionen Pfund.

Läßt man die Exporte von Nordseeöl unberücksichtigt, deren Wert im März gegenüber Februar um 200 Millionen Pfund stieg, dann lagen die Warenexporte im Wert um 2,5 Prozent über dem Jahresdurchschnitt des vergangenen Jahres. Um den gleichen Prozentsatz hatten sich die Warenexporte ausschließlich Öl in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres gegenüber den ersten sechs Monaten erhöht.

Die britischen Exporte in die Europäische Gemeinschaft sind im ersten Quartal dieses Jahres verglichen mit dem Jahresdurchschnitt 1982 um acht Prozent gestiegen. Sie stellen inzwischen 45 Prozent der Gesamtexporte Großbritanniens dar. 1981 waren es noch weniger als 40 Prozent.

ITALIEN / Steuerhinterziehung ist weit verbreitet

Notare verdienen am besten

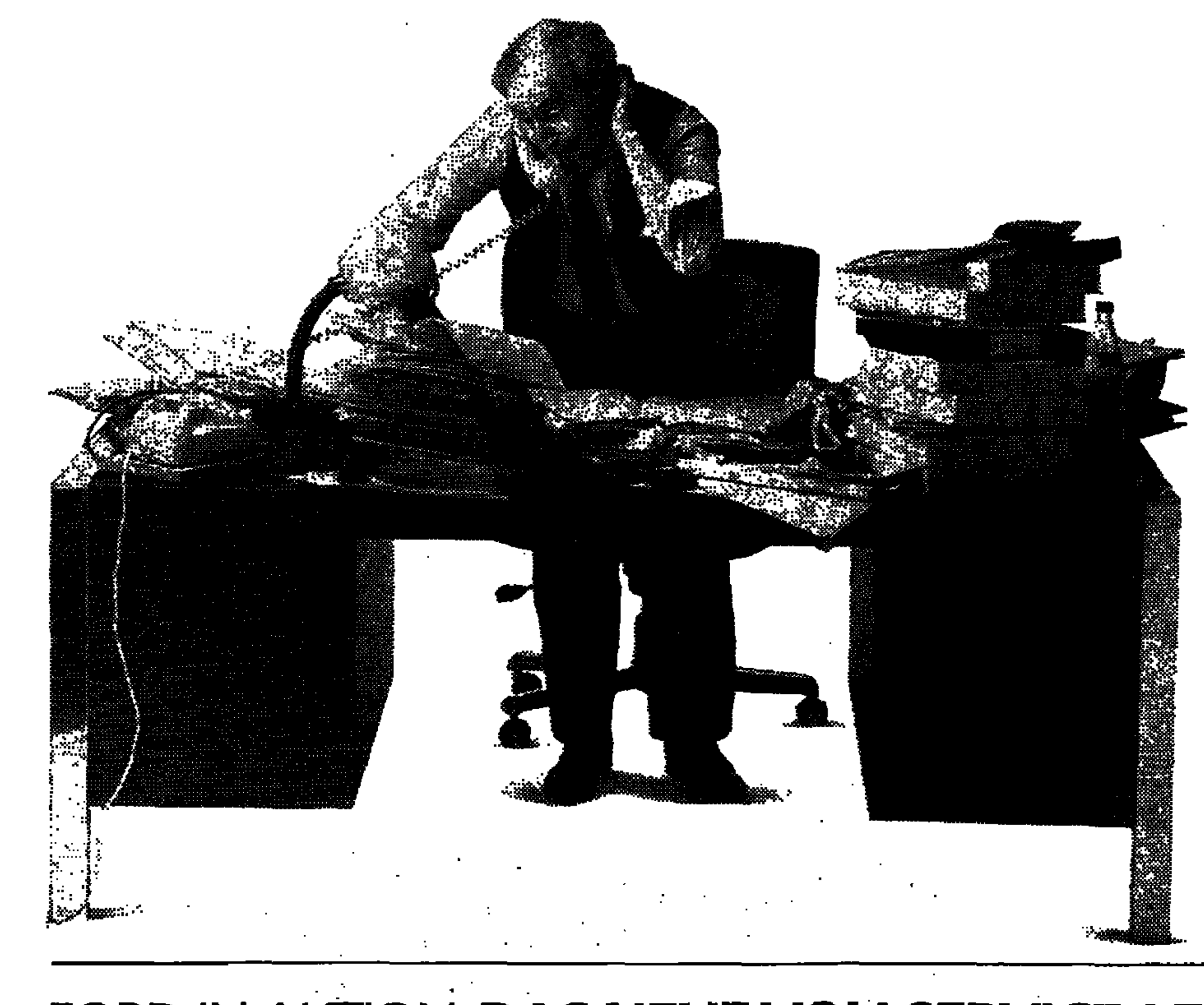
dpa/VWD, **Rom**

Italiens Unternehmer nagen am Hungertuch. Wer ihre Steuererklärungen liest, kann diesen Eindruck gewinnen. *Auf 6,3 Millionen Lire (damals knapp 14 000 DM)* taxierten die 2,7 Millionen Selbständigen *1980 im Durchschnitt ihr* Jahreseinkommen vor dem Fiskus. Demnach müßte es ihnen schlechter gehen als den Rentnern.

Als Finanzminister Francesco Forte die über zwei Jahre alten Statistiken jetzt Ende April in Rom veröffentlichte, schwappte keineswegs eine Welle von Mitleid über die großen und kleinen Industriellen, über die selbständigen Handwerker und Ladenbesitzer. Spott und Verbitterung kennzeichneten die Kommentare in den Wirtschaftsspalten der Zeitungen und beim Mann auf der Straße. Nach wie vor ist der Staat in Italien machtlos gegen den „National*sport" Steuerhinterziehung*.

Während den Lohn- und Gehaltsempfängern die mittlerweile auch in Italien recht hohen Steuern automatisch abgezogen werden, finden die Unternehmen immer wieder Möglichkeiten, die Steuerschuld niedrig zu halten. Nur von den Landwirten, die auch im Ruf einer schlechten Steuermoral ste*hen*, werden sie übertroffen. Diese *deklarierten* 1980 jährliche Durchschnittseinkommen von vier Millionen Lire (knapp 9000 Mark). Vor dem Fiskus sind die Arbeiter und Angestellten reicher als ihre Arbeitgeber. Die Arbeiter mußten 1980 durchschnittlich sieben Millionen Lire (rund 15 500 Mark) versteuern, die Angestellten 9,7 Millionen (gut 21 000 DM) und die „Leitenden" 27,3 Millionen Lire (60 000 DM).

Absolute Spitzenverdiener sind laut Steuerstatistik in Italien die Notare. Sie gaben 1980 Durchschnittseinkommen von 61,6 Millionen Lire (136 000 DM) an. Nach allgemeiner Überzeugung liegt das aber vor allem daran, daß sie ihr Geld mit der Beglaubigung von Dokumenten machen, wobei sie keine Möglichkeit zum „Schummeln" haben. An zweiter Stelle stehen weit hinter den Notaren die Börsenmakler. Sie versteuerten 1980 im Durchschnitt 37 Millionen Lire (rund 82 000 DM). Ärzte und Zahnmediziner brachten es auf 20,6 Millionen Lire (rund 45 000 DM). Italiens Lehrer sind eher am unteren Ende der Lohnskala angesiedelt. An der Grundschule verdienten sie 7,8 Millionen Lire (rund 17 000 DM), an der Mittelschule 8,3 Millionen (18 000 DM).





HORTEN / Aufwind im Warenhausgeschäft

Im Rumpfjahr verbessert

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Im ersten Tertial 1983 hat die Horten AG, Düsseldorf, ihren Umsatz um 6,1 Prozent auf 925 Mill. DM gesteigert und auch flächenbereinigt ein ansehnliches Plus von 5,3 Prozent erzielt. Mit solchem Hinweis auf eine nun besser scheinende Zukunft, in der er bislang das beste Umsatzwachstum seiner Branche erzielte, würzt der jüngste und kleinste der vier deutschen Warenhauskonzerne seinen ersten Rückblick auf das für den ganzen Einzelhandel „schlechteste" Jahr 1982.

Es endet für die 60 000 Eigentümer von 250 Mill. DM-Horten-Aktienkapital, wie seit Januar bekannt, mit komplettem Ausfall der bereits für 1981 von 4,50 auf 2,50 DM gekürzten Dividende. Dividendenlos soll auch das wegen Bilanzstichtag-Umstellung auf Ende Februar (ab 1983) eingelegte Rumpfgeschäftsjahr Januar/Februar 1983 bleiben, das der Hauptversammlung am 31. August zusammen mit dem 1982er Abschluß vorgelegt wird.

Für 1982, das Umsatzminderungen um 1,1 Prozent auf 2,84 Mrd. DM und flächenbereinigt um 3,5 Prozent brachte, spricht der Vorstand von einer „Ertragsdelle". Der auf knapp 2 (12,5) Mill. DM gesunkene Jahresüberschuß, der ohne Zuhilfenahme von ao. Erträgen zustande gekommen sei, soll ebenso wie ein Sonderertragssaldo von etwa 40 Mill. DM (vornehmlich Buchgewinne aus Anlagenabgang) in die Rücklagen gehen, womit sich die Eigenkapitalquote auf etwa 37 (33) Prozent des Bilanzvolumens verbessern dürfte.

Der diesmal voll im Unternehmen bleibende Cash-flow wird für 1982 mit 89 (92) Mill. DM angegeben, darunter 85 (72) Mill. DM Abschreibungen bei nur noch 72 (127) Mill. DM Sachinvestitionen. Im Rumpfjahr 1983 seien gegenüber den schwachen ersten beiden Monaten von 1982 der Umsatz um 7,7 Prozent (flächenbereinigt plus 5,6 Prozent) gestiegen, der Cash-flow um 22 Prozent und auch der Gewinn „erheblich" verbessert worden.

Die Gründe der bislang anhaltenden Umsatzbelebung sieht der Vorstand neben Erfolgen in der eigenen Sortimentspolitik und neben der Überwindung von Anfangsschwierigkeiten bei der Einführung der neuen Spartenorganisation nicht zuletzt in einer „Entkrampfung" des Verbraucherverhaltens. So zeige auch der Konsumklimaindex neuerdings einen „fast dramatischen" Rückgang des Anteils jener Befragten, die noch Sorge über den Bestand ihrer Arbeitsplätze haben. Denkbar sei, daß dies auch Auswirkungen für die bislang sehr hohe „Angstsparquote" haben werde.

HOECHST / Erfreuliche Entwicklung im ersten Quartal 1983 – Auslastung der Kapazitäten bessert sich

Vom Jahresüberschuß blieb nicht viel übrig

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Die Ertragssituation ist noch nicht so, wie wir das anstreben. Wir haben aber die Hoffnung, daß 1983 für Hoechst besser wird als 1982." Rolf Sammet, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt, kann sich bei seiner vorsichtig-optimistischen Einschätzung der Lage auf eine einigermaßen erfreuliche Entwicklung im ersten Quartal 1983 und auf die gute Ausgangsposition einer leicht verkürzten Bilanz und einer auf 52 (48) Prozent verbesserten Eigenkapitalquote stützen.

Zwar ist der Weltumsatz des Chemiekonzerns gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal um 1 Prozent auf 8,8 (8,9) Mrd. DM zurückgegangen, in der AG sogar um 2,8 Prozent auf 3,16 (3,25) Mrd. DM. Doch gegenüber den Quartals-Durchschnitten des vergangenen Jahres bedeuten beide Werte bereits eine sichtbare Verbesserung, und der AG-Gewinn vor Steuern liegt mit 196 (203) Mill. DM sogar um 15,3 Prozent über dem 1982er Schnitt von 170 Mill. DM.

Anlaß zum Aufatmen gibt auch die Kapazitätsauslastung. Mit 75 Prozent erreicht sie zwar noch nicht wieder die 77,5 Prozent des ersten Vorjahresquartals, zeigt aber eine wesentliche Besserung gegenüber den 67 Prozent des letzten Quartals 1982. Aufwärts ging es in mehreren Bereichen des Inlandsgeschäfts (Pharma, anorganische Chemikalien, Tenside und Hilfsmittel, Kunststoffe, Informationstechnik), aber auch bei etlichen Auslandsgesellschaften. Schlecht läuft immer noch der Export.

Noch sieht Sammet die Erholungssignale mit Skepsis: „Wenn der Aufschwung tatsächlich begonnen hat, folgt er allerdings nicht dem früher beobachteten Muster." Denn für die deutsche Industrie war früher der Export das Zugpferd, in den USA pflegte sich der Aufschwung mit steigendem Konsum anzukündigen – beides ist diesmal nicht der Fall.

Die Zurückhaltung des Hoechst-Chefs ist nicht verwunderlich. Hatte er Anfang 1982 noch auf eine Erholung der Dividende von 7 DM je Aktie gehofft, so sah nach der zweiten Jahreshälfte alles ganz anders aus. Der im zweiten Quartal einsetzende Abschwung schlug sich zwar im Umsatz nur teilweise nieder – das weltweite Mini-Wachstum um 1,6 Prozent auf knapp 35 (34,4) Mrd. DM bedeutete immer noch eine Mengenzunahme, wenn auch nur um 0,4 Prozent.

Doch der Jahresüberschuß des Weltkonzerns ging rapide um gut ein Viertel auf 317 (426) Mill. DM zurück. Auch die Rückgänge des DVFA-Gewinns je Aktie um 7,7 Prozent auf 11,75 (12,73) DM belegen die Ertragseinbußen. Für die Dividendengestaltung blieb danach wenig Spielraum: Nach einer Ausschüttung von 5,50 je Aktie auf das gestiegene Grundkapital von 2,35 (2,13) Mrd. DM und von insgesamt 54 Mill. DM an Konzernfremde bleiben vom Welt-Jahresüberschuß ganze 4 Mill. DM.

Die höchsten Einbußen entstanden bei den Auslandsgesellschaften. Ihr Jahresüberschuß von 131 Mill. DM im Vorjahr wandelte sich nach einem Rutsch um 145 Mill. DM in einen Verlust von 14 Mill. DM. Der Inlandskonzern kam dagegen mit einem Jahresüberschuß von 274 (363) Mill. DM noch vergleichsweise glimpflich davon. Und die im Weltabschluß konsolidierten deutschen 50-Prozent-Beteiligungen (wie Wacker Chemie, Sigri oder Benckiser Knapsack) sorgten mit 54 (12) Mill. DM Gewinn für einen gewissen Ausgleich.

Auch im Ausland traf die Talfahrt der Gewinne nicht alle Gesellschaften, sondern in erster Linie die Engagements in der Petrochemie und im Kunststoffbereich (der seinen weltweiten Vorjahresverlust von 220 Mill. DM noch leicht übertraf) und – im Gefolge von Abwertungen – die Südamerika-Töchter.

Weltweit stehen nach wie vor die Zeichen auf Umstrukturierung und Konsolidierung. Von den Investitionen 1982 in Höhe von 2,1 (2,0) Mrd. DM (bei Abschreibungen von 1,8 nach 1,7 Mrd. DM) flossen wieder überdurchschnittliche Abteile in die Wachstumsbereiche Pharma (18 Prozent vom Umsatz), Pflanzenschutz und Informationstechnik (Kalle).

Der Pharma-Bereich, mit 6,2 Mrd. DM Umsatz inzwischen größte Hoechst-Sparte, hat auch – mit mehr als 50 Prozent – den Löwenanteil an den Forschungsausgaben von 1,56 (1,52) Mrd. DM. Rund 13 000 der weltweit 182 150 (184 720) Konzernmitarbeiter sind in der Forschung und Entwicklung beschäftigt.

Hoechst / Welt	1982	±%
Umsatz (Mill. DM)	34 986	+ 1,6
davon Ausland	25 777	+ 3,4
Auslandsprod.	13 850	+ 4,1
Mitarbeiter	182 154	– 1,4
Sachinvestitionen	2 067	+ 5,1
Konzern (Inland)		
Umsatz	16 929	+ 4,8
davon Export (%)	53,7	(52,7)
Brutto-Cash-flow[1] [2])	3 093	– 2,1
in % v. Umsatz	8,8	(9,1)
Netto-Umsatz-Rendite	0,9	(1,2)
Netto-Cash-flow [1]) [3])	2 026	– 2,7
in % d. Ge.-Inv.	93,5	(97,7)
Ausschüttung[4])	313	– 6,6
einbeh. Gewinn	4	– 95,6

[1]) Welt-Zahlen; [2]) Jahresüberschuß + Zuf. zu lgfr. Rückst. u. Sonderposten + Abschr. ±/ao. Positionen (Saldo) + EEV-Steuern; [3]) Brutto-Cash-flow-Steuern und Ausschütt.; [4]) dav. an Konzernfremde 54 (37) Mill. DM.

HEYE-GLAS

Härter werdender Wettbewerb

D. SCHMIDT, Obernkirchen

Die H. Heye Glasfabrik KG, Obernkirchen, einer der führenden Hohlglas-Hersteller in der Bundesrepublik, rechnet im laufenden Jahr eher noch mit einem härter werdenden Wettbewerb in der Branche. Nach Angaben der Geschäftsführung dürfte es als Erfolg gewertet werden, wenn der Umsatz des Jahres 1982 (rund 200 Mill. DM) wieder erreicht wird. Nachdem bereits im Vorjahr die Ertragsentwicklung negativ verlief, sei für 1983 allenfalls mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen.

Eine Verbesserung der Marktposition verspricht sich Heye-Glas von der jetzt erfolgten Inbetriebnahme einer neuen Produktionsanlage im Hauptwerk Obernkirchen, die Investitionen von rund 40 Mill. DM erforderte. Heye verfügt jetzt, einschließlich des Zweigwerks in Germersheim, über eine Kapazität von 320 000 t pro Jahr; das entspricht einer Menge von 1,1 Milliarden Hohlglasbehältern. Das Unternehmen ist mit einem Grundkapital von 20 Mill. DM ausgestattet und beschäftigt 1530 Mitarbeiter.

Immer stärkere Bedeutung gewinnt bei Heye das internationale Maschinen- und Ingenieurgeschäft. Das von dem Unternehmen entwickelte Enghals-Preß-Blas-Verfahren hat inzwischen weltweit 15 Lizenznehmer gefunden; etwa 150 Produktionslinien sind mit dem Heye-Prozeß ausgerüstet. Seit 1981 ist das Unternehmen an der Hamburger Glastechnik Winckler & Co KG, die sich mit dem Bau kompletter Hohlglasfabriken befaßt, beteiligt. Am deutschen Hohlglasmarkt hält Heye einen Anteil von rund 8,5 Prozent.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn: Satz-Studio-Typolight GmbH; Düsseldorf: Heinz Feldmann, Textilingenieur, Inh. d. Heinz Feldmann, Strickwarenfabrik; Nachl. d. Klaus Peter Langen, Industriekaufmann; H. Meyer & Co. GmbH & Co. KG.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: E. Sökeland & Söhne GmbH & Co.; Düsseldorf: Irene Helga Dorst, Inh. e. Schreinerei.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Buchhandlung Adolf Keymer Büroeinrichtungen Inh. Nolte KG, Hilden.

INTERSTOFF / Inlandskunden besonders gefragt

Signale zum Textilfrühling

INGE ADHAM, Frankfurt

Mit gemischten Gefühlen ist das Heer der Aussteller zur Interstoff, der 49. Fachmesse für Bekleidungstextilien, nach Frankfurt angereist, die heute (bis zum 6. Mai) ihre Pforten öffnet. Hoffnung entsteht bei den Produzenten durch die „Frühlingssignale" aus dem deutschen Textileinzelhandel, der im März (nach den Zahlen des Kölner Instituts für Handelsforschung) 7 Prozent mehr umgesetzt hat als im März 1982; unter Berücksichtigung der Preissteigerungen von rund 3 Prozent bleibt auch real ein Plus von vier Prozent. Besonders gut (plus 13 Prozent) schnitten dabei übrigens die Herrenausstatter ab.

Für das gesamte erste Quartal reduziert sich der Abstand zum Vorjahr allerdings auf 2 Prozent, das ist real ein Minus von einem Prozent. Es läßt sich also noch nicht sagen, ob die Verbraucher ihre anhaltende Zurückhaltung in Sachen Textil wirklich aufgegeben haben oder ob die ersten Sonnenstrahlen (und Ostern) nur temporär zur Erfüllung der länger aufgeschobenen Bekleidungswünsche genutzt wurden.

Mit vielen Mode-Ideen – Vordergrund auf dieser Ausstellung diesmal die Leinen-Optik – versuchen die Stoff- und Garnhersteller ihre Kunden aus der Reserve zu locken, und das gilt besonders für die inländischen Abnehmer. Denn das Ausland, in dem die deutschen Textilhersteller in den letzten Jahren erstaunliche Exporterfolge erzielten, zeigt sich inzwischen weniger bestellfreudig: Die diesjährigen Aufträge unterschreiten bisher das Vorjahresniveau um rund 5 Prozent. Dagegen scheinen die bescheidenen 2 Prozent Auftragsplus aus dem Inland als Hoffnungsschimmer.

Die Probleme der deutschen Textilindustrie, die auch im vergangenen Jahr in einem Rückgang der Textilunternehmen um 4,8 Prozent auf 1475 Unternehmen (zum Vergleich: 1972 waren es noch 2262 Unternehmen) zum Ausdruck kamen, werden beim Blick auf die Umsatzstatistik deutlich: Seit drei Jahren stagniert der Umsatz bei 32,5 Mrd. DM, obwohl in den letzten zehn Jahren die Erzeugerpreise um zehn Prozent gestiegen sind.

Erfolge verbuchte die deutsche Textilindustrie in dieser Zeit vor allem im Ausland, in den letzten zehn Jahren hat sich der Textil- und Bekleidungsexport auf gut 19 Mrd. DM mehr als verdoppelt, während die Einfuhr im vergangenen Jahr (das zweite Mal hintereinander) im Gefolge der inländischen Marktschwäche auf gut 26 Mrd. DM gesunken ist.

Für die ausländischen Stoffproduzenten ist der offene deutsche Markt aber immer noch interessant. 750 der insgesamt 935 Aussteller kommen aus dem Ausland. Das größte Kontingent stellen die traditionell in Stoffen starken Italiener mit 195 Anbietern. Daneben wollen 47 Designer aus 10 Ländern den internationalen Einkäufern aus der Bekleidungsindustrie auf die modische Spur helfen.

STADTSPARKASSE DÜSSELDORF

Spitzenergebnis im Ertrag

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Stadtsparkasse Düsseldorf, Nr. 8 in der bundesdeutschen Sparkassenlandschaft, hat für 1982 eine „voll zufriedenstellende Ertragsentwicklung" vorzuweisen. Vorstandsvorsitzender Fritz Kulins bezeichnete die auf 3,5 (3,25) Prozent gestiegene Zinsspanne als die höchste je erzielte Marge, schränkte diesen „Rekord" jedoch mit dem Hinweis auf die ebenso notwendige Rekord-Kredit-Risikovorsorge ein.

Der Zinsüberschuß des Instituts stieg um 17 (17) Prozent auf 230 Mill. DM, der Provisionsüberschuß erreichte 28,5 (27) Mill. DM. Das Betriebsergebnis stieg um 35 (42,5) Prozent auf 102,3 Mill. DM. Noch stärker unterstreichen die auf knapp 50 (37) Mill. DM gestiegenen gewinnabhängigen Steuern das Spitzenergebnis.

Aus dem Jahresüberschuß von 18,2 (17,1) Mill. DM fließen 16,4 (15,4) Mill. DM der Sicherheitsrücklage zu, die mit 238 Mill. DM 4,3 (4,1) Prozent der Verbindlichkeiten oder 3,4 (3,6) Prozent der auf 6,51 (6,21) Mrd. DM gewachsenen Bilanzsumme ausmacht.

Die Gesamtersparnis bei der Sparkasse ging 1982 zwar auf 235 (317) Mill. DM zurück, doch blieben davon im Gegensatz zum Vorjahr 83 (50) Prozent bilanzwirksam auf eigenen Konten und sparkasseneigenen Wertpapieren. Das Gesamtsparkapital erreichte 4,35 (4,14) Mrd. DM, die Gesamt-Kundeneinlagen 5,45 (5,25) Mrd. DM. Bei den Ausleihungen wurden noch einmal 5,9 (8,2) Prozent auf 4,76 Mrd. DM zugelegt, wobei die langfristigen Kredite mit 6,8 (2,4) Prozent (auf 3,06 Mrd. DM) einen noch stärkeren Zuwachs verzeichneten. Während die gewerbliche Kreditnachfrage zu wünschen übrig ließ, waren Konsumentenkredite nach wie vor gefragt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

DLW: Wieder 20 Prozent

Stuttgart (nl) – Der Hauptversammlung der DLW AG, Bietigheim, am 8. Juli 1983 wird vorgeschlagen, für das Geschäftsjahr 1982 eine Dividende von unverändert 20 Prozent auf 58,5 Mill. DM Aktienkapital auszuschütten. Wie ergänzend mitgeteilt wird, sei der Konzernumsatz in 1983 um 3,9 Prozent auf 721 (750) Mill. DM zurückgegangen.

Gelsenwasser zahlt Bonus

Gelsenkirchen (dpa) – Die Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen, will ihren Aktionären für 1982 – wie für das Vorjahr – 12 Prozent Dividende zahlen und noch 1 Prozent Bonus drauflegen. Dies wird der Hauptversammlung am 29. Juni vorgeschlagen. Das Anfang 1982 um 11,7 Mill. auf 125 Mill. DM erhöhte Grundkapital soll voll bezugsberechtigt sein. Wie das größte Wasserversorgungsunternehmen der Bundesrepublik weiter mitteilte, konnte es den Jahresüberschuß im Vorjahr von 15,6 (1981) auf 19,3 (15,6) Mill. DM steigern. Davon sollen gut 3 Mill. DM der Substanzerhaltungsrücklage zugeführt werden.

Esbi in Anschlußkonkurs

Stuttgart (nl) – Die Esbi Süddeutsche Baumwolle-Industrie AG, Kuchen, die Ende Februar Vergleichsantrag gestellt hatte, befindet sich seit vergangenem Freitag in Anschlußkonkurs. Nach Angaben von Konkursverwalter Volker Grub sei der Vergleich an der „starken Verlustlage" des Unternehmens gescheitert. Die Firma, die Ende 1982 etwas über 500 Mitarbeiter beschäftigte und deren Mehrheitsaktionär die Eislinger Firma Matheis ist, soll bis Ende September 1983 stillgelegt werden.

AVA hält Rekorddividende

Bielefeld (hdt.) – Die AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, will auch für 1982 auf ihr 12,2-Mill.-DM-Grundkapital eine Dividende von 16 Prozent plus 8 Prozent Bonus ausschütten. Mehr als 22 000 Kleinaktionäre werden wie in den beiden Vorjahren in den Genuß dieser Rekorddividende kommen, die in der deutschen Handelslandschaft derzeit ohne Beispiel ist. Auch für den bisherigen Geschäftsverlauf 1983 vermeldet die AVA (Umsatz 1982: 1,21, Mrd. DM) wieder Zuwachsraten.

Contrans bleibt

Hamburg (JB.) – Die Verhandlungen, die die Hapag-Lloyd AG, Hamburg im Zuge ihrer Sanierungsbemühungen über einen Verkauf ihrer 60-Prozent-Beteiligung an der Contrans GmbH, Hamburg, geführt hat, sind abgebrochen worden. Wie die Contrans, die zu den führenden Container-Vermietungsgesellschaften der Welt gehört, mitteilt, war eine Lösung, die den Interessen der Hapag-Lloyd und der Inda KR (40 Prozent Anteil) bei gleichzeitiger Wahrung des Bestands der Gesellschaft, entsprochen hätte, nicht zu erreichen. Die Anteilseigner wollen jetzt, wie es heißt, die Positionen der Contrans vor allem im Bereich Spezial-Container weiter stärken. Dieser Markt zeige zur Zeit eine leichte Besserung der Auslastung.

Stuttgarter Bank auf festem Kurs

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Bei der Stuttgarter Bank AG, Stuttgart, einem der größten Bankinstitute der Genossenschaftsorganisation, gibt man sich zuversichtlich, im Jahre 1983 das sehr gute Ergebnis des Jahres 1982 wieder zu erreichen. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Walter Schneider habe im bisherigen Verlauf dieses Jahres die Zinsspanne gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres (3 Prozent) noch einmal leicht verbessert werden können. Für das Gesamtjahr 1983 rechnet das Institut mit einem Zinsüberschuß auf Vorjahreshöhe, einem verbesserten Ergebnisbeitrag des Dienstleistungssektors und einem guten Verlauf des Eigenhandels. Bilanziell werde ein Wachstum innerhalb einer Bandbreite von 5 bis 10 Prozent angepeilt.

Das glänzende Ergebnis des Berichtsjahres wird in einem Anstieg des Zinsüberschusses um 35 Prozent auf 68,1 Mill. DM und in der Zunahme des Teilbetriebsergebnisses um fast 70 Prozent auf 30,9 Mill. DM deutlich. Der Jahresüberschuß erhöhte sich auf 3,6 (2,5) Mill. DM. Da man der Risikovorsorge und der inneren Stärkung der Bank Vorrang geben wolle, werde an der Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 9 Prozent festgehalten. Die Eigenkapitalquote hat sich auf 3,77 Prozent verbessert.

Der verhaltene Anstieg der Bilanzsumme um 3,9 Prozent auf 2,3 Mrd. DM spiegelt nach den Worten Schneiders die Wachstumshemmnisse auch im Marktbereich der Stuttgarter Bank wider. Dabei verringerte sich das Kreditvolumen auf 1,60 (1,66) Mrd. DM. Demgegenüber erhöhten sich die Kundeneinlagen um 2 Prozent auf 1,63 Mrd. DM.

PROFILWERK BERG / In der Möbelflaute Aufbruch in die Vereinigten Staaten

Konkurrenz auf die Plätze verwiesen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Fast doppelt so groß wie vor zwei Jahren ist mit nunmehr 52 Anbietern die Zahl der Konkurrenten geworden, die sich auf dem deutschen Markt der Mantelprofil-Zulieferung für die Möbelindustrie tummeln. Drei große Produzenten machten 1982 nach Konkurs in anderer und verkleinerter Form weiter. Etliche Möbelfabrikanten, die in diesem seit fünf Jahren umsatzschwächsten Jahr ihrer Branche (minus 5,6 Prozent auf 17,3 Mrd. DM) ins Aus gerieten, drängten (wie schon 1981) zwecks reduziertem Weiterleben in dieses Zuliefergeschäft.

Doch unangefochten der Größte in diesem etwa 140 bis 150 Mill. DM Jahresumsatz abwerfenden Markt blieb mit einem Drittel-Anteil am Gesamtgeschäft der vor elf Jahren mit sechs Mitarbeitern in einer ehemaligen Schreinerei gestartete Selfmade-Unternehmer Gunther Berg (43). Die ihm allein gehörende Mantelprofilwerk Berg GmbH, Rietberg, schaffte mit der im Vorjahr um 7 Prozent reduzierten und nun konstant gebliebenen Belegschaft von 375 Beschäftigten bei nun preisstabilem Absatz ein Umsatzplus von 5,3 (7,9) Prozent auf 55,9 Mill. DM und nebst den beiden Minoritätsbeteiligungen in Frankreich und Spanien einen um 8 (4) Prozent auf 65 Mill. DM erhöhten Gruppenumsatz.

Und nicht nur das. Die ohnehin positive Rendite, so beteuert Berg, habe sich 1982 verbessert. Wiederholt bekomme er mittlerweile durch Bankenvermittlung Anträge potentieller privater Kapitalgeber, für die er freilich bislang mangels größerer Expansionspläne noch keine Verwendung habe. Auch nicht bei dem nun mitten in der heimischen Möbelflaute realisierten Entschluß, vier Jahre nach dem ersten und gescheiterten Ausflug zum Aufbau eines Produktionsbetriebes auf dem USA-Markt dort erneut zu starten.

Diesmal in Paritätspartnerschaft mit einem branchenerfahrenen Amerikaner und einem für 2,2 Mill. DM aufgebauten Betrieb, der Mitte 1983 in Morristown/Tennessee anfangen, bis Ende 1983 rund 100 Leute beschäftigen und im ersten Geschäftsjahr etwa 9 Mill. DM Umsatz bringen soll. Die Idee, der auf kostengünstige Zulieferung erpichten Möbelindustrie mit Folien oder Furnieren ummantelte Profile anzubieten, soll diesem Mittelständler nun auch in Übersee Erfolg bringen.

Daheim allerdings sieht er sich mit diesem Geschäft nun trotz einiger Hoffnung auf Möbel-Konjunkturerholung für 1983 so ziemlich am Ende seiner Wachstumschancen. Doch auch dies ohne Resignation. Berg wittert für seine Produkte neue Märkte. Forciert will er nun die Absatzchancen im Innenausbau (Einzelhandel, Bankfilialen) und in der Bilderrahmung angehen. Letzteres sei ein Geschäft, das zwar keine Statistik genau beschreibe, in dem jedoch nach seinen Informationen etliche Rahmenproduzenten seit fünf Jahren immerhin einen Nachfragezuwachs von etwa 30 Prozent in die Auftragsbücher brachten. Offensichtlich also wieder einmal ein Markt, dessen Chancen nur die „Witterung" des munteren Unternehmers in lohnende Produktion verwandeln kann.

Aktien im Verlaufe nachgebend

Aber Siemens-Bezugsrecht über Parität gesucht

DW. – Nach meist fester Eröffnung, besonders bei den Autoaktien, kam es im Verlaufe zu vermehrten Abgaben. Da ihnen keine entsprechende Nachfrage mehr gegenüberstand, waren in einzelnen Papieren zweistellige Kurseinbußen die Folge. Die Banken begründen die insgesamt abgeschwächte Geschäftstätigkeit am Aktienmarkt damit, daß die Kundschaft zu Beginn des neuen Monats ihre Aufträge noch nicht wieder erneuert hat. Außerdem machte sich das Fehlen ausländischer Käufer bemerkbar.

Der spekulative Mittelpunkt lag erneut bei den jüngsten Optionsanleihen. Der neue Optionsschein der Deutschen Bank wurde per Erscheinen mit 203 DM gehandelt, der Degussa-Optionsschein zu 215 DM. Angesichts der labileren Aktientendenz gab es im Optionsscheinhandel allerdings erste Nervositäten. Davon war beim Siemens-Bezugsrecht noch nichts zu spüren. Mit 13,25 DM wurde es erstmals notiert und lag oberhalb der rechnerischen Parität. Bei einem Kurs der Siemens-Aktien von 260 DM ist der größte Teil des Abschlages sofort wieder aufgeholt worden. Obwohl auch die Autoaktien im Verlaufe von Glattstellungen betroffen wurden, konnten sie noch mit einem Plus abschließen. Das gilt auch für die VW-Aktien.

Düsseldorf: Biewag erhöhten sich um 5 DM auf 170 DM, Heinrich Lehmann zogen um 8 DM auf 196 DM an, und Kochs Adler konnten sich um 9 DM auf 295 DM verbessern. Kromschröder sanken um 6 DM auf 204 DM, Pongs und Zahn fielen um 5 DM auf 165 DM, und Rhenag verminderten sich um 10 DM auf 370 DM.

Frankfurt: Autoaktien waren etwas freundlicher, Banken deutlich abgeschwächt. Im Mittelpunkt stand das Siemens-Bezugsrecht; es lag mit 13,25 DM über Parität bei 300 000 Stück Umsatz und ist bei einem Bezugsverhältnis 20:1:100 DM besonders günstig für die Aktionäre. Von Nebenwerten blieben Pegulan-Vorzüge 217 DM (plus 8 DM), Baden Werk 134 DM (minus 10,50 DM), Chemieverwaltung 305 DM (plus 8 DM), Sinner 380 DM (plus 12 DM), Binding 236 DM (minus 11 DM) und Thüringer Gas 365 DM (plus 15 DM).

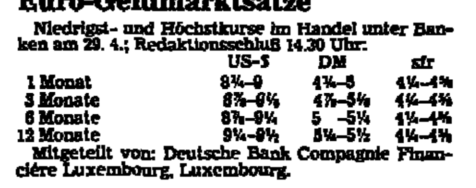
Hamburg: Am Lokalmarkt wurden Beiersdorf mit 363 DM plus 10 DM gehandelt, HEW wurde nach Minusankündigung mit 122 DM minus 7 DM notiert, Bremer Vulkan hatten ebenfalls Minusankündigung und wurden mit 38 DM minus 2,50 DM notiert. Für Triton wurden 168 DM plus 2 DM bezahlt, für Reichelt 90 DM plus 1 DM und Conti Gummi und Phoenix Gummi konnten sich in etwa behaupten.

München: Agrob St. gaben um 5 DM auf 335 DM nach, und Flachglas büßten 4 DM auf 335 DM ein. Dywidag erhöhten sich um 1,50 DM auf 284,50 DM, Heilitt und Wörner schlossen mit einem Plus von 10 DM auf 290 DM, und Süd Chemie zogen um 6 DM auf 374 DM an.

Berlin: Adca konnten sich um 2,30 DM und Berthold um 5 DM verbessern. Bekula und Orenstein lagen um je 1 DM geringfügig leichter. Rheinmetall wurden um 4 DM niedriger taxiert. Hütte Kayser büßten 5 DM ein.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9	4¾–5	4¼–4⅝
3 Monate	8⅞–9⅛	4⅞–5⅛	4¼–4⅝
6 Monate	8⅞–9¼	5 –5¼	4¼–4⅝
12 Monate	9¼–9½	5¼–5½	4¼–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 5.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,15–5,3 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 2. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 2. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,50 Verkauf 24,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 2. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1335,00	1621,55
10 US-Dollar (Indian)**)	1008,00	1201,32
5 US-Dollar (Liberty)	413,00	462,74
1 £ Sovereign alt	241,00	294,93
1 £ Sovereign Elizabeth II	243,00	297,19
20 belgische Franken	183,00	240,69
10 Rubel Tscherwonez	254,00	315,27
2 südafrikanische Rand	229,00	292,67
Krüger Rand, neu	1065,00	1248,85
Maple Leaf	1083,00	1246,39
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	249,00	315,27
20 schweiz. Franken „Vreneli"	214,00	270,07
20 franz. Franken „Napoléon"	204,00	258,77
100 österr. Kronen (Neuprägung)	990,00	1180,85
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	247,47
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	134,47
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	565,96
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	144,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Obwohl von der Geldseite durch die dritten Systeme Repos innerhalb weniger Tage am Freitag und die Rückbildung der Geldmenge M1 um 2 Mrd. US-Dollar ein schwächerer Dollarkurs wahrscheinlicher wurde, notierte der US-Dollar am 2. Mai mit 2,4670 fester, bei einer Tagesbewegung von 2,4640 zu 2,4685. Auch das Handelsbilanzdefizit der USA i. H. v. 3,63 Mrd. Dollar im März und einer Intervention von seiten der Deutschen Bundesbank i. H. v. 39,7 Mio. Dollar zur amtlichen Notiz beeinflussen den Kurs nicht. Der Französische Franc notierte im oberen Interventionspunkt, und die Bundesbank mußte 33,6 Mio. FF abgeben. Auch die übrigen amtlich notierten Währungen wurden fast ohne Ausnahme höher gegen D-Mark festgestellt; unter Führung des Britischen Pfundes, das sich um knapp 2 Pf auf 3,861 befestigte. Dollar in: Amsterdam 2,7725; Brüssel 49,00; Paris 7,3990; Mailand 1461,45; Wien 17,2950; Zürich 2,0695; in Pfd/Dollar 1,5651.

Devisenterminmarkt

Die Hoffnung auf niedrigere Dollar-Zinssätze wachsen nach dem erneuten Rückgang der Geldmenge M1 wieder, so daß es am 2. Mai zu einem Rückgang der Dollar-Zinssätze um ca. ⅛ Prozent und einer Rückbildung der Dollar-Swapsätze kam.

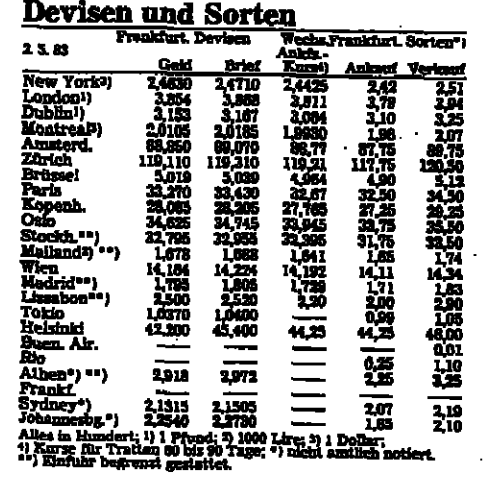
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,93/0,83	2,48/2,38	4,80/4,60
Pfund/Dollar	0,21/0,18	0,51/0,47	0,80/0,75
Pfund/DM	2,50/1,10	5,50/4,10	9,70/8,30
FF/DM	30/14	75/59	158/142

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/5 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,50 (5,29) – 7,50 (5,79) – 8,00 (6,18) – 8,50 (6,50). Ausgabe 1983/6 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,50 (5,33) – 7,50 (5,87) – 8,00 (6,29) – 8,50 (6,66) – 8,50 (6,92)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,04, 2 Jahre 5,76.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,60, Rendite 7,10.

Devisen und Sorten



2. 5. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurse⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,4630	2,4710	2,4425	2,42	2,51
London¹)	3,854	3,868	3,811	3,79	3,94
Dublin¹)	3,153	3,167	3,004	3,10	3,25
Montreal³)	2,0105	2,0185	1,9930	1,98	2,07
Amsterd.	88,850	89,070	88,77	87,75	89,75
Zürich	119,110	119,310	119,21	117,75	120,50
Brüssel	5,019	5,039	4,964	4,90	5,12
Paris	33,270	33,430	32,67	32,50	34,50
Kopenh.	28,085	28,205	27,765	27,25	29,25
Oslo	34,625	34,745	33,945	33,75	35,50
Stockh.**)	32,795	32,955	32,395	31,75	32,50
Mailand²) **)	1,678	1,688	1,641	1,65	1,74
Wien	14,184	14,224	14,192	14,11	14,34
Madrid**)	1,795	1,805	1,739	1,71	1,83
Lissabon**)	2,500	2,520	2,30	2,00	2,90
Tokio	1,0370	1,0400	—	0,99	1,05
Helsinki	42,200	45,400	44,25	44,25	46,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,918	2,972	—	2,25	3,25
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,1315	2,1505	—	2,07	2,19
Johannesbg.*)	2,2540	2,2730	—	1,85	2,10

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 2. 5.: 716 Optionen, 37 300 (94 600) Aktien, davon 65 Verkaufsoptionen = 3600 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-60/13, 7-70/9, 7-75/7, 7-55/16,50, 10-65/11,60, 10-60/11, 1-70/19,65, Siemens 7-300/20, 7-370/11,20, 10-330/45, 10-350/32, 10-380/20, 10-370/13, 1-380/32, Veba 10-170/12, BASF 7-150/9,40, 7-160/4, 10-150/11, 10-160/6, 1-150/20, 1-160/11,40, Bayer 7-140/8, 7-150/4,50, 10-140/14, 10-150/8,60, 1-140/19, 1-150/9,60, 1-160/6,40, Hoechst 10-140/14,90, 10-150/10, 10-160/5, 10-170/2,20, 1-140/20, 1-160/9, BMW 7-340/22, 7-360/15, VW 7-180/18, 7-190/13, 7-200/5, 10-180/25, 10-190/19, 10-200/12, 10-210/5,10, 1-190/23,80, 1-200/14,40, Conti 7-85/7,65, 7-90/11,50, 7-95/14, 10-95/10, 1-95/13,50, Lufthansa 7-120/5,40, 10-130/4, Lufthansa Vorzüge 7-120/5,40, 10-130/4, Commerzbank 7-170/14, 7-180/11, 7-190/6, 7-200/3,40, 10-190/10, 1-180/24, 1-190/21,20, 1-160/38, Deutsche Bank 7-350/17, 7-340/24, 7-330/30, 10-340/36, 1-340/45, Dresdner Bank 7-230/3,40, 7-220/6,40, 7-210/9,50, 7-200/14,40, 7-190/21, 7-180/28, 10-210/20, 10-190/28, 1-210/24, 1-200/33, Hoesch 7-60/3, 7-55/4,90, 7-50/6,90, 10-60/6, 10-55/6,60, 10-50/10, 1-60/9,50, 1-55/9,90, Mannesmann 7-180/6,50, 7-170/10, 10-180/14, 10-170/14,60, Preussag 7-270/13,40, 10-270/20, Thyssen 7-90/2, 7-85/6, 10-85/4,40, 1-80/18, 1-90/9, 1-95/6, 1-85/12, BHF-Bank 7-320/13, Daimler 7-550/30, Deutsche Babcock 7-180/11, 10-180/15, Degussa 7-320/24, 7-330/19,65, GHH Vorzüge 10-160/14,50, Kali + Salz 1-170/17,80, Karstadt 10-280/25, Kloeckner 7-50/1,40, 10-50/5,50, 10-45/8, RWE Vorzüge 7-190/4,40, 10-190/9, Schering 10-370/25.

1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.); 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Junge Aktien

2. 5. 83: BMW 337; Bavaria 518; Jute-Spinnerei 151 G; Philips Komm. 298 B; VEW 125; Allianz Versicherung –; RWE St. 173 bG; RWE Vz. 169; Reag 400 B; Herlitz St. 274,50; Herlitz Vz. 253.

WELT-Aktienindex vom 2. 5.: 140,4 (140,9); WELT-Umsatzindex vom 2. 5.: 5190 (5249).

*Vorlage-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Renten weiter lustlos

Das Geschäft bei den festverzinslichen Papieren blieb schleppend. Das wurde um so enttäuschender empfunden, als man mit Beginn des neuen Monats mit Wiederanlagekäufe gerechnet hatte. Sie blieben jedoch weitgehend aus, so daß die Notierungen im öffentlichen Bereich bis zu 0,20 Prozentpunkte zurückgenommen wurden. Hier wie auch bei den Pfandbriefen steuert alles auf die Rückkehr zum 8prozentigen Nominalzins hin. Bei den DM-Auslandsanleihen waren die Notierungen ebenfalls nur knapp behauptet. Das Fehlen ausländischer Anleger macht sich immer spürbarer bemerkbar.

Bundesanleihen

		2. 5.	29. 4.
F 4 Abl. 57*	4/84	100.4	100.4
6 Bund 75 I	8/83	100.2G	100.3G
8½ dgl. 75	6/83	100.2G	100.3G
8 dgl. 75 II	7/83	100.25	100.25
5½ dgl. 78 I	1/84	99.95	99.95
6 dgl. 84 I	1/84	100.15G	100.15G
8 dgl. 76 I	2/84	101.8	101.8
7 dgl. 77	3/84	101.8G	101.8G
7½ dgl. 76 II	4/84	101.8	101.8
5 dgl. 78	5/84	99.45	99.45
6 dgl. 78 III	9/84	99.85	99.85
8½ dgl. 76	9/84	102.95	102.95
6 dgl. 78 IV	12/84	100	100
6½ dgl. 79	1/85	100.1	100.1
8½ dgl. 73 I	3/85	103.85	103.85
7 dgl. 79	4/85	101.55	101.55
7½ dgl. 79 II	6/85	101.95	101.95G
7¾ dgl. 79 I	7/85	103.15	103.15G
8 dgl. 76 IV	10/85	103.9	103.85bG
5½ dgl. 78 II	3/86	97.4	97.4
6¼ dgl. 78	5/86	97.15	97.2
7½ dgl. 78 I	12/86	100.85	100.85
6½ dgl. 78	1/87	98.45	98.45
7¼ dgl. 78 II	1/87	100.6	100.6G
6¾ dgl. 77	4/87	98.75	98.9G
6½ dgl. 77	7/87	97.85	98.1
6 dgl. 77	10/87	96.3	96.4
6 dgl. 78 I	1/88	95.9	95.9
6¼ dgl. 78 I	9/88	97.65	97.65
6½ dgl. 78 II	12/88	97.65	97.6
6¾ dgl. 79	1/89	98.7	98.7
7¼ dgl. 79 I	4/89	99.8	99.8
10 dgl. 81	4/89	111.55	111.55
7½ dgl. 79 I	6/89	100.35G	100.3
8 dgl. 79 I	7/89	102.65	102.65
8 dgl. 79 II	8/89	102.55	102.55
7½ dgl. 79 II	9/89	100.1	100.15
7¾ dgl. 79 II	11/89	100.85	100.85
7¾ dgl. 80 I	1/90	100.75	100.75
10 dgl. 80	4/90	112.35	112.35
5¾ dgl. 78	5/90	93.6	93.7
8¾ dgl. 80 I	7/90	102.9	102.9
8¾ dgl. 80 II	11/90	103.2	103.2
7¾ dgl. 82	11/90	100.2	100.25
9 dgl. 81	2/91	106.9	107
10¼ dgl. 81	7/91	114.8	114.8G
10¾ dgl. 81	9/91	117.55	117.8G
10 dgl. 81 II	12/91	113.4	113.4

		2. 5.	29. 4.
F 6 dgl. 77	9/87	96.1	96.2
6 dgl. 78 II	7/88	95.6	95.7
6½ dgl. 77	5/89	96.5	96.4
8 dgl. 79 I	7/89	102.85	102.85
6 dgl. 78 I	2/90	93.1	93.1
8 dgl. 80 II	7/90	102.3	102.3
9 dgl. 81	3/91	107.05	107.2G
10½ dgl. 81	9/91	116.05G	116.05
10¾ dgl. 81	11/1	115.1	115.1
8 dgl. 82 I	2/92	102.2	102.35
10 dgl. 82	2/92	113.8	113.8G
9½ dgl. 82	7/92	110.15	110.2
8 dgl. 82	11/92	101.65	101.75
7¾ dgl. 83	1/93	100.75	100.9

Bundespost

		2. 5.	29. 4.
F 4 Abl. 57*	4/84	100.55G	100.55G
5½ Bdpost 58	10/83	100.35G	100.35G
6 dgl. 63 II	7/83	100.1G	100.1G
8 dgl. 72 II	12/83	101.7	101.7G
6½ dgl. 68	6/88	100.05	100.05
8 dgl. 72 I	9/87	102.75	102.75
10 dgl. 81	3/89	111.2	111.2
10¼ dgl. 81	6/89	113	113
8 dgl. 80	3/90	102.2	102.2
7¾ dgl. 80	9/90	101	101
8¾ dgl. 80	12/90	105.35	105.55
10½ dgl. 81	10/91	116.25	116.25
9¾ dgl. 82	2/92	112.25	112.05
8¾ dgl. 82	6/92	106.05G	106.05
8½ dgl. 82	10/92	104.25G	104.35
7¾ dgl. 83	2/93	100.7	100.85

Länder – Städte

		2. 5.	29. 4.
S 5½ Bd.-Wttbg. 58	83	100	100
6 dgl. 71	83	100.75G	100.75G
6¾ dgl. 78	86	98G	98G
8¼ dgl. 82	92	101.75	102
M 7 Bayern 66	85	100.75G	100.75G
6½ dgl. 67	87	101G	101bG
6 dgl. 68	85	99.25	99.25G
7 dgl. 72	84	101G	101G
7½ dgl. 78	84	101.4G	101.4
6 dgl. 78	88	94.85	94.5
8¾ dgl. 80	90	104.75	104.75
S 6 Stuttgart 63	83	100.25	100.25
7½ dgl. 71	86	101.75G	101.75G
7¾ dgl. 72	87	101.75G	101.75G

Bundesbahn

		2. 5.	29. 4.
F 4 Abl. 57*	4/84	100.6	100.6
5½ Bdbahn 58	10/83	100.2	100.2
10 dgl. 73 II	11/83	102.25	102.25
7½ dgl. 72	2/84	101.35	101.4
8 dgl. 72	9/84	102.45	102.45
8¼ dgl. 76	9/84	102.9	102.9
6 dgl. 78 III	11/84	100	100
6½ dgl. 79	2/85	100.4	100.45
8½ dgl. 73	2/85	103.85	103.85
7 dgl. 77	2/87	99.85G	99.65

Bankschuldverschreib.

	2. 5.	29. 4.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	86G	86G
6½ dgl. Pf 5	90.5G	90.5G
7 dgl. Pf 2	100.25	100.25G
F 7½ Bdkdt Pf 104	101.95G	101.95G
9 dgl. Pf 106	106.5G	106.5G
10 dgl. Pf 108	111.8G	111.8G
7 dgl. KS 132	98.8G	98.8G
8 dgl. KS 155	101.5G	101.5G
9 dgl. KS 169	105.25G	105.25G

	2. 5.	29. 4.
M 5½ Bayer Hdbk Pf 14	92	92.25bG
6 dgl. Pf 20	82.5G	82.5G
6¾ dgl. Pf 2	96G	96bG
7 dgl. Pf 3	96.5bG	96.50
Br 8½ dgl. Pf 77	94.85G	94.85G
8 dgl. Pf 42	99.9G	99.9G
8½ dgl. Pf 47	104G	104G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	55G	99.25G
7½ dgl. Pf 45	101.25G	101.75G
M 6 Südboden Pf 41	90.5bG	90.5
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
8 dgl. KS 86	83G	83G
6¾ dgl. KS 258	96.55G	96.55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	78G	76
5½ dgl. Pf 59	83	83
6 dgl. Pf 162	83G	83G
B 9 Dt.Pf.Wt. Bri. 482	106G	107.5G
Br 7½ Dt. Schiffsbk. Pf 33	100G	100G
8 dgl. Pf 46	101.5G	101.5G
5½ dgl. Pf 62	88.9G	88.9G
6½ dgl. Pf 65	100G	100G
8 dgl. Pf 37	100.05G	100.15G
6¼ dgl. Pf 60	95.85G	95.85G
6¾ dgl. Pf 74	98.7G	98.7G
6¼ dgl. Pf 76	96.7G	96.7G
7 dgl. Pf 128	[illegible]	92G
8 dgl. Pf 177	[illegible]	106.5G
9 dgl. Pf 167	102G	102G
6 dgl. KS 77	82G	82G
6½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	102.5G	102.5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	106G	106G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	84.5G	84.5G
5½ dgl. Pf 43	84.7G	84.7G
6 dgl. Pf 56	80.75G	80.75G
7 dgl. Pf 61	90.15G	90.15G
7½ dgl. Pf 66	100.1G	100.1G
8 dgl. Pf 70	102.5G	102.5G
9 dgl. Pf 68	103.9G	103.9G

	2. 5.	29. 4.
9½ dgl. 126	106.75G	106.75G
D 7¾ LAG TS 76	101.55G	101.55
8 dgl. TS 76	103.2	103.2
6½ dgl. TS 77	98.3	98.3
5½ dgl. 78	94.5	94.6G
7 dgl. 79	99.3	99.4

Industrieanleihen

	2. 5.	29. 4.
F 6 Badenwerk 64	100	100
6 dgl. 78	95.6	95.6
5 BASF 59	98G	98G
5 Bayernw. 59	98G	98G

	2. 5.	29. 4.
3¾ SankyoElec. 78	98.25	98G
3½ Sanyo Elec. 78	172T	164T
3¾ Seiyu Stores 78	95.5	95
6¼ Sekisui 76	158	158G
3½ Stanley 78	99	99G
6 Taiyo Yuden Co. 82	114G	113
5 Texaco Int. 66	96.75	96.4
3½ Tok. Elec. 78	290T	280G
4¾ Tok. Sanyo 77	272T	264T
4 Tokyu Land 79	104T	102
3½ Trio Kenw. 78	98.5T	98.5T
6½ Uny Ltd. 79	117.5G	117.5G

Optionsscheine

	2. 5.	29. 4.
F 11 BASF 82	42.5	43.8
7¼ Bayer Fin. 79	39	40.9
10½ Bayer Fin. 82	45.5	47.5
5¼ Ciba-Geigy 75	920	890
3¼ Commerzbk. 78	62	62.8
4¼ Dt. Bk. Comp. 77	152.2	151.5
10 Hoechst 79	190	191
5¾ dgl. 79	45	45.7
9 Hoechst 83	63	63.5
7¼ Jap. Synth. Rubber 82	788	768
Mitsui 82	395	390
7¾ Siemens 83	161.5	161.5
6½ Wells F. 73	299	288

Optionsanleihen

	2. 5.	29. 4.
F 8½ BASF 74 m O	141.5	142
8½ BASF 74 oO	102	101.7
M 3½ Stumpf 88 mO	135G	135G
M 3½ Stumpf oO	78	78G

Währungsanleihen

	2. 5.	29. 4.
F 8 Brasilien 72	99G	99G
6¾ Kopenhagen 72	95.5T	95.5T
7 875 Norwegen 78	99.5G	99.5G
9½ dgl. 79	100.25T	100.25

Optionsanleihen

	2. 5.	29. 4.
F 3½ CombBk. Inc. 78 mO DM	117.25bG	116T
F 3½ dgl. 78 oO DM	89	89.75
4½ C F DT Bk. 77 mO $	144	144G
4½ dgl. 77 oO $	84.75	85.25
7½ Jap. Synth. 82	129.5G	129.5
7½ dgl. 82 oO	100	100.1
F 6½ Wells F. 73 mO DM	125G	124
6½ dgl. 73 oO DM	96T	96

Optionsscheine

	2. 5.	29. 4.
F 8½ BASF 74	56	57.5
Stumpf 78	60	–

Wandelanleihen

	2. 5.	29. 4.
F 5 Bayer 69	101.7	101.7
5 Bay Wa 75	124.5	124.5
H 8 Beiersdorf 82	175	170bG
F 4½ Commerzbk. 78	99.4bG	99.4
D 9 Girmes 74	345	355

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	2. 5.	29. 4.
F 7¾ AKZO 83	100G	100G
6 dgl. 84	98G	98G
6¾ dgl. 86	99.25G	99.25G
7¾ Arbed 83	97.5G	97.5G

Anmerkungen:

- Zinsen steuerfrei
- Pf = Pfandbriefe
- KO = Kommunalobligationen
- KS = Kommunalschatzanweisungen
- IS = Inhaberschuldverschreibungen
- RS = Rentenschuldverschreibungen
- S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	2. 5.	29. 4.
F L'Air Liquide	150G	150G
D Alcoa	49	48.4
F Alcan	74.2	73.9
F Alesa	80exD	80
F Alg. Bk. Nedld.	330	335
F All Nippon Air	3.5T	3.55G
F Amax	69	69
F Am. Cyanamid	112T	113T
D American Expr.	164bG	167G
D Am. Motors	19	18.3
F Am. T & T	169	168
F Amro Bank	51.2	51.5
M Anglo Am. Gold	286.9	288.1
F Anglo Am. m.D.	53	54
F dgl. o.D.	55.4	55.3
F Arbed	57.1	57.1
F Asahi Chem.	3.35	3.35
M Atl. Richfield	115.2	112.4
H Atlas Copco	40G	42T
M Avco	79B	76.1
F Bell Canada	24	28.5
F Banco Central	27.4	27
F Banco de Bilbao	21.9	21.9
F Banco de Santander	18.5	18.5
F Banco de Vizcaya	32.9	32.9
F Banco Hisp. Americ.	20.5	20.5
D Beatrice Foods	69G	69G
D Bell Canada	56G	54.5B
F Black & Decker	58	57
F Boeing	93.6	94.3
F Bowater	6.9	6.9
D BP	15.35	15.2
M Broken Hill	18B	17.6
F Bull	14.2	14.05
F Can. Pacific	94	93.2
F Canon	15	14.3
F Casio Comp.	13	12.4
F Caterpillar	114	112
D Ch. Manhattan	144.5	142.5
F Chrysler	64	62.8
M Citicorp.	111	111.5
F City Investing	75G	75.5
F Coca-Cola	137	137.3
D Colgate	60	62
F Cons. Gold F.	20.6	20.7
D Cont. Group	107G	108G
F Control Data	125	119
M CRA	10.75	10.55
M CSR	7.4B	7.15
F Dart & Kraft	181	184.5
M De Beers Cons.	20.9	20.8
F Deere Comp.	93G	93
F Dome Stores	59.5	57
M Digital Equipm.	290B	283.9
M Disney Prod.	193	191.5
M Dome Petroleum	8.8	8.75
D Dow Chemical	81.9	79.5
D Dresser	46	49.9
F Dunlop	–	–
M East Drief. Gold	84.5	83.3
D East Air Lines	19	19
F Eastman Kodak	212	206
F Elf Aquitaine	53	52.3
F Emhart	132G	129G
D Ericsson	143G	140bB
D Esmark	156G	156G
D Exxon	88	87.5
D Fiat St.	4.9	5GB
D dgl. Vz	3.5T	3.6T
F Fieldcrest	–	–
D Fisons	24T	24T
M Fluor	54.9	54.4
D Ford	127	120.5
F Foseco Minsep	5.7T	5.8T
F Fujitsu	10.3	9.85
F General Electric	278.5	274
F General Mining	65	66
D General Motors	170	165
D Gen. Shopping	580G	579G
M Getty Oil	185.9	182.8
D Gevaert	107T	107T
F Goodyear	82.9	82.9
H Grace	109G	113.5
D GKN	6.3T	6.4bB
F Gulf	85	85
F Hagboeld m. St.	13.25	13B
F dgl. o. St.	12.6	12.8
F Hitachi	840	832
M Holiday Inns	112	111
F Homestake	74	72.9
D Hoogovens	19.1	19
F IBM	289.5	288
F ICI	18.1	18.05
M Impala Plat. Hold.	29.3	29.2
M Imperial Oil	79.7	70.3
F Inco	36.4	35.9
F Int. T & T	100.8	97
D Istituto Fin.	8G	8G
F Italcementi	–	72
F Izumiya	6.5G	6.5G
F Japan Line	2.2	2.2
D Jusco	6G	6.5G
F Kawasaki Kisen	1.66	1.75
F Kawasaki Steel	1.6T	1.6G
M Kloof Gold Min.	123.5B	122.4
F Komatsu	5.45	5.45
D KLM	126.5	129G
F Kubota	3.5	3.5
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	157.5	157
F Lone Star	79G	78
D LTV	38	38.3
M M.I.M. Hold.	19.3	19.2
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3.36	3.36

	2. 5.	29. 4.
F Marudai Food	6.2G	6.2T
D Matsushita El.	16	15
M McDonald's	–	165
M Merrill Lynch	244.3	247exD
F McDonnell D.	143	143
D Minnesota M.	209T	209T
D Minolta Camera	5G	5B
F Mitsubishi Chem.	2.65	2.66
F Mitsubishi El.	3.9	3.85
F Mitsui Bk.	4.7G	4.7G
F Mitsui & Co	4.2G	4.2G
F Mitsui Engin.	2.05	2.1
F Mitsui O. S. K.	2.16	2G
F Mitsumi El.	6.3	6
H Mobil Oil	79	78
F Monsanto	222	223G
F Montedison	0.22	0.22
F Murata	20.5G	20.5G
M Nat. Semicond.	78	78
D Nat. Westminster	23T	23.5T
F Nestlé	5000	4950
D Nikko Sec.	4.3T	4.47
F Nippon El.	10.9	10.4
F Nippon Kokan	1.7	1.55T
F Nippon Shinpan	8	8T
F Nippon Yusen	2.8G	2.7G
F Nissan Motor	7.9	7.7
F Nisshin Steel	1.6G	1.6B
F Nissho - Iwai	3.2G	3.4T
F Norsk Hydro	134.8	136
F Norton Simon	60.5	61
H Occ. Petroleum	52	52.3
D Océ v. d. Grint	160bG	157G
F Olivetti Vz.	4.8	4.75
F Olympus Optical	12	12
H v. Ommeren	21.5	–
F Onoda Tateno	13T	12.5
F Pakhoed	46.3	46.5
M PanAm	13.8	13.4
M Pepsi	95	95.2
F Pernod-Ricard	180G	180G
F Peugeot	68	64
F Philip Morris	160	155.5
H Philips	41.2bG	40.7
D Phoenix Ass.	12T	12T
F Pirelli	2.85	2.85
M Polaroid	78.7	80B
M Prime Computer	75.6	77.4
F Procter & G.	152	152.5
D Ramada Inns	–	–
F Rank Org.	8.7	8.6
F Ricoh	8	7.7
F Rio Tinto NA-St.	23.5	23.3
H Robeco	258	253.8
F Rockwell	147	140
H Rolinco	248G	248.8
F Rorento	165	166
F Rothmans Int.	4.2	4.5
H Royal Dutch	110.5	105.5
M Rustenberg Plat. Hold	19.6	19.55
F Sanko Steamship	2.75	2.95bB
F Sankyo Electric	5.5G	5.3G
M Santos	12.2B	11.95B
F Sanyo Elec.	5.2	5.05
F Sanwa Bk.	4.9G	4.9G
M SASOL	9.5	9.55
F Schlumberger	112	109.9
F Schw. Alum.	736	735
F Schw. Bankverein	335	328
M Sears, Roebuck	104.6	101.5
F Seiyu Stores	6.8G	6.7G
F Sekisui Prefab.	7.7G	7.7G
F Selected Risk	32G	32G
H Shell T & T	20	20
D Singer	69.8	68
F Snia Viscosa	–	1.65
D Solvay	135T	135G
D Sony Corp.	40	38
D Sperry Corp.	89.8	89.5
F Squibb	121G	124
F Stanley Elec.	5.8G	5.8G
F Steyr-Daimler-P.	25.7	25.5
F Sumitomo Heavy	1.7	1.65
D Sumitomo Metal	1.65G	1.65G
F Sumitomo Shoji	4.8	4.6G
D Sun	93G	–
M Sunshine Mining	39.5	38.9
F Swissair	980exD	975
F Taisei Kens.	2.6T	2.6G
M Tandy	152G	155
F Tenneco	93	92
D Texaco	89.5	89.5
D Thomson-CSF	65	63.5
D Thorn Emi	20T	20T
D Tokyo Pac	210G	210G
F Tokyo Sanyo El.	5.7G	5.5G
F Trio Kenwood	6.5G	6.6
F TRW Inc.	173G	171G
D Toray	3.8G	3.8G
D Toshiba	3.5G	3.4G
D UAL	83.5G	83G
H Unilever	190	190.1
F Union Carbide	182	196
D Uniroyal	34.5	34.5
F United Techn.	178.5	178
F US Steel	60.5	61
M Vaal Reefs Expl.	278	271.7
D Vmf-Stork	82	82
D Volvo A	–	154T
D dgl. Nam. B	–	154T
F Warner Commun.	67	68
F Warner Lambert	83	81.5
F Wells Fargo	88	89
M Western Deep L.	149.3	148
M Western Mining	10.5B	10.3
F West.-Utrecht H.	111	111.5
D Xerox Corp.	119.5	118

Warenpreise – Termine

Bruchteilig schwächer schlossen die Goldnotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Etwas fester ging Silber aus dem Markt. Geringe Abschläge verzeichnete Kupfer. Während Kaffee uneinheitlich schloß, konnte sich Kakao durchweg befestigen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	29. 4.	28. 4.
Mai	351,25	349,00
Juli	361,50	361,25
Sept.	370,50	371,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	28. 4.	27. 4.
St. Lawrence 1 CW	215,13	214,33
Amber Durum	239,06	240,36
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	121,00	121,70
Juli	125,00	125,70
Sept.	129,60	130,60
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	99,90	95,60
Juli	95,30	94,80
Sept.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	29. 4.	28. 4.
Mai	155,75	152,50
Juli	160,75	158,75
Sept.	166,00	165,50
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	317,50	314,75
Juli	318,25	316,75
Sept.	309,50	307,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	29. 4.	28. 4.
Mai	107,30	106,80
Juli	106,50	105,60
Sept.	107,00	107,00
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	29. 4.	28. 4.
Mai	10,13	10,11
Juli	10,40	10,39
Sept.	10,40	10,40
Nov.	10,47	10,47
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	18,60	18,75
Sept.	19,00	19,00

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	29. 4	28. 4.
Terminkontr. Mai	124,70	124,75
Juli	124,30	124,50
Sept.	123,10	123,35
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1910	1830
Juli	1835	1851
Sept.	1941	1869
Umsatz	–	3075
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,77	7,87
Juli	7,98	8,02
Sept.	8,38	8,40
Okt.	8,68	8,65
Jan.	9,04	9,00
Umsatz	–	12 601
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	29. 4. 7,41	28. 4. 7,42
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	2. 5.	29. 4.
Kontrakt Mai	geschl.	1880–1898
Juli	geschl.	1685–1686
Sept.	geschl.	1601–1602
Umsatz	–	3031
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	geschl.	1302–1303
Juli	geschl.	1327–1328
Sept.	geschl.	1329–1330
Umsatz	–	4351
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	geschl.	134,00–134,10
Aug.	geschl.	141,50–141,60
Okt.	geschl.	147,00–147,50
Dez.	geschl.	155,25–155,50
März	geschl.	159,00–160,00
Mai	geschl.	–
Umsatz	–	1734

Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	2. 5.	29. 4.
schw. Sarawak spez.	250,00	250,00
weißer Sarawak	345,00	345,00
weißer Muntok	350,00	350,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	29. 4.	28. 4.
Mai	113,70	114,25
Juli	111,60	113,10
Sept.	110,60	111,40
Nov.	107,10	107,40
Jan.	102,05	102,25
Umsatz	600	450

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	29. 4.	28. 4.
Südstaaten fob Werk	26,00	26,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	21,50	21,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	19,61	19,45
Juli	19,89	19,77
Aug.	20,00	19,93
Sept.	20,15	20,10
Okt.	20,33	20,22
Dez.	20,69	20,61
Jan.	20,86	20,80
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	22,75	22,50
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	17,50	17,50
Choice white hog 4% fr. F.	16,75	16,75
Talg		
New York (c/lb)		
top white	18,00	18,00
fancy	15,50	15,50
bleichfähig	15,25	15,25
yellow max. 10% fr. F.	13,50	13,50
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	49,30	49,17
Mai	49,62	49,30
Juli	47,15	47,35
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	67,80	66,80
Juli	66,60	66,25
Aug.	63,92	63,40

Häute		
Chicago (c/lb)	29. 4.	28. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	46,50	48,00
Kühe einh. schwere River Northern	44,00	44,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	640,00	634,50
Juli	657,50	652,00
Aug.	664,00	658,50
Sept.	670,50	664,50
Nov.	682,50	675,75
Jan.	695,00	688,50
März	708,00	701,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	189,30	189,50
Juli	192,20	191,00
Aug.	194,20	192,50
Sept.	196,00	194,70
Okt.	197,50	196,00
Dez.	202,10	200,50
Jan.	204,30	202,30
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	29. 4.	28. 4.
Mai	287,00	289,50
Juli	293,20	295,00
Okt.	304,00	304,40
Kokosöl		
New York (c/lb)	29. 4.	28. 4.
Westküste fob Werk	26,75	27,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	2. 5.	29. 4.
jegl. Herk. cif	525,00	525,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	405,00	400,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	437,50	427,50
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	123,00	121,00
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	622,50	610,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	243,50	245,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	29. 4.	28. 4.
Kontrakt Nr. 2:		
Mai	71,08	70,95
Juli	71,64	71,35
Okt.	72,15	71,90
Dez.	72,28	71,95
Jan.	73,30	73,10
Mai	73,80	73,60
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	57,25	57,50
Wolle		
Lond. (Neuseel. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	2. 5.	29. 4.
Mai	geschl.	421–432
Aug.	geschl.	442–446
Okt.	geschl.	443–446
Umsatz	–	145
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	2. 5.	29. 4.
Mai	43,50	43,50
Juli	–	–
Okt.	44,40	44,40
Dez.	45,00	45,00
Umsatz	–	11 250
		Tendenz: ruhig
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle		
Standardtype	2. 5.	29. 4.
Mai	565,0–567,0	564,0–565,0
Juli	589,0–590,0	587,0–588,0
Okt.	578,0–581,0	579,0–579,8
Umsatz	98	87
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	2. 5.	29. 4.
East African 3 long	geschl.	670,00
undergraded:	geschl.	640,00
Brazilian Type 2	geschl.	–
Brazilian Type 3	geschl.	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	2. 5.	29. 4.
Mai	13 987	14 011
Juni	14 080	14 108
Kautschuk		
London (p/kg)	2. 5.	29. 4.
Nr. 1 RSS loco	geschl.	73,50–75,50
Juni	geschl.	75,70–76,00
Juli	geschl.	75,30–76,30
Juli/Sept.	geschl.	75,70–75,90
Tendenz: –		

Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	2. 5.	29. 4.
Nr. 1 RSS loco	geschl.	247,50–248,50
Mai	geschl.	247,50–248,50
Juni	geschl.	248,00–249,00
Nr. 2 RSS Mai	geschl.	236,00–237,00
Nr. 3 RSS Mai	geschl.	232,50–233,50
Nr. 4 RSS Mai	geschl.	225,50–226,50
Tendenz: –		
Jute London (£/lgt)	2. 5.	29. 4.
BWC	geschl.	414,00
BWD	geschl.	350,00
BTC	geschl.	390,00
BTD	geschl.	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)		
Blei: Basis London	29. 4.	28. 4.
laufend. Monat	1114,14–111,33	112,98–113,17
drittfolg. Monat	115,09–115,28	117,22–117,32
Zink: Basis London		
laufend. Monat	175,32–175,51	177,38–177,57
drittfolg. Monat	181,10–181,29	182,77–182,97
Produz.-Preis	184,66	185,00
Reinzinn 99,9%	3672–3709	3662–3698

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	2. 5.	29. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	438,05–440,37	435,90–438,21
Blei in Kabeln	119,50–120,50	118,75–119,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	2. 5.	29. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	geschl.	356–366
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	geschl.	395–397
MS 63	geschl.	402–405

Zinn-Preis Penang

	2. 5.	29. 4.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	geschl.	31,53

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	2. 5.	29. 4.
Leg. 225	306–308	306–308
Leg. 226	309–310	309–310
Leg. 231	340–346	340–346
Leg. 233	351–356	351–356

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	2. 5.	29. 4.
Platin (DM je g)	35,80	35,05
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 300	34 300
Rücknahmepr.	33 500	33 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	geschl.	34 240
Rücknahmepr.	geschl.	33 210
verarbeitet	geschl.	35 940
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 040	33 955
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	geschl.	960,70
Rücknahmepr.	geschl.	927,10
Verarbeitet	geschl.	1003,30

Internationale Edelmetalle

	2. 5.	29. 4.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	428,50	427,00
15.00	429,25	428,50
Zürich mittags	427,75–428,50	428,50–429,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 700	102 100
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	766,25	755,60
3 Monate	784,55	773,45
6 Monate	803,25	791,75
12 Monate	841,25	829,00
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	geschl.	267,65
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	geschl.	78,55

New Yorker Preise	29. 4.	28. 4.
Gold H & H Ankauf	429,25	428,50
Silber H & H Ankauf	1185,00	1187,00
Platin fr. Händlerpr.	415,00–418,00	417,00–419,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	121,00–123,00	121,50–123,50
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	1203,00	1195,00
Juni	1214,50	1207,50
Juli	1222,00	1215,00
Sept.	1241,00	1232,00
Dez.	1272,00	1270,00
Jan.	1281,20	1274,30
März	1301,70	1293,30
Umsatz	21 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	29. 4.	28. 4.
Mai	77,25	77,35
Juni	78,00	78,20
Juli	78,70	78,85
Sept.	79,90	80,20
Dez.	81,70	81,90
Jan.	82,20	82,45
März	83,25	83,65
Umsatz	12 500	11 500

Londoner Metallbörse

	2. 5.	29. 4.
Aluminium (£/t) Kasse	geschl.	878,50–879,00
3 Monate	geschl.	904,50–905,00
Blei (£/t) Kasse	geschl.	288,75–289,25
3 Monate	geschl.	299,00–299,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	geschl.	1120,0–1120,5
3 Monate	geschl.	1139,0–1140,0
abends Kasse	geschl.	1120,0–1120,5
3 Monate	geschl.	1139,0–1140,0
(Kupfer-Standard) Kasse	geschl.	1087,5–1088,5
3 Monate	geschl.	1110,0–1111,0
Zink (£/t) Kasse	geschl.	461,00–462,00
3 Monate	geschl.	470,50–471,00
Zinn (£/t) Kasse	geschl.	8815–8820
3 Monate	geschl.	8770–8775
Quecksilber ($/Fl.)	geschl.	300–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	geschl.	88–91

Nach Gottes heiligem Willen entschlief heute morgen mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Hermann-Josef Müller

* 2. 12. 1903 † 28. 4. 1983

gestärkt mit den Tröstungen unserer heiligen Kirche.

Klara Müller geb. Werhahn
Marita Mair geb. Müller
Dr. Cornel-Reiner Müller und
Christa Müller geb. Ott
mit Cornelia und Christoph

Nixhütterweg 67, 4040 Neuss 1

Die feierlichen Exequien werden am Mittwoch, dem 4. Mai, um 10.15 Uhr in der Pfarrkirche St. Konrad zu Neuss-Gnadental gehalten. Die Beerdigung findet um 11.30 Uhr von der Kapelle des Norfer Friedhofes aus statt.

EISHOCKEY / Gerhard Kießlings Bilanz des deutschen Abschneidens nach 7:3 über die „DDR“

Gesang unter der Dusche „We are the champions“

W. NIERSBACH, München

Die schweißnassen Trikots flogen in die Ecke. Nackt stieß Manfred Wolf einen einzigen Jubelschrei aus, und Peter Schiller ließ auf seiner eigens installierten Stereo-Anlage die Popgruppe „Queen“ zu Wort kommen: „We are the champions.“ Weil's so schön war, spulte Schiller das Band noch einmal zurück. „We are the champions“, sangen nun alle unter der Dusche. Nur Ignaz Berndaner hockte total geschafft auf der Bank.

Doch es war ein Zeichen des neu entwickelten Gemeinschaftsgefühls, daß sich die Mannschaft nach dem 7:3 gegen die „DDR“ nicht in alle Himmelsrichtungen zerstreute, wie es früher üblich war. Gemeinsam mit Frauen und Freundinnen stieg das Abschlußessen in der Sportschule Grünwald. Und demnächst folgt sogar ein gemeinsamer Urlaub. Am 30. Mai fliegen Xaver Unsinn und seine Spieler zur Sonneninsel Fuerteventura, um sich dort von den Anstrengungen einer überlangen Saison mit 80 Spielen zu erholen. Unsinn: „In 15 Tagen zehn harte WM-Spiele zu bestreiten, das ist schon mörderisch. Gut, daß bei der nächsten WM in Prag die Abstiegsrunde wieder gestrichen wird.“

Das schwere Programm zehrte nicht nur an der Physis, sondern mehr noch an den Nerven. Sogar der fünfjährige Kevin Kühnhackl sagte zu seinem Papa: „Du hast das sechste Tor geschossen, aber warum warst du zweimal auf der Strafbank.“ Kühnhackl junior hatte sich verzählt. 18 Minuten mußte Erich Kühnhackl hinter der Plexiglas-Bande schmoren, acht Minuten nach Fouls, zehn Minuten bei einer Disziplinarstrafe wegen seiner ständigen Meckereien. Mit insgesamt 28 Minuten übernahm er den Titel des WM-Strafbankkönigs, wovon er hinterher gar nicht so gerne sprach: „Ich wollte nur mit dem Schiedsrichter reden. Dazu bin ich als Kapitän berechtigt.“ Der Landshuter Mittelstürmer war nicht nur in der Zahl der Strafminuten Spitze im deutschen Team. Er schoß die meisten Tore (5), gab die meisten Vorlagen zu Treffern (7) und gewann so auch die sogenannte Scorer-Wertung, bei der es für Tor und Vorlage je einen Punkt gibt.

Fraglos aber hatte Kühnhackl seine Nerven nicht mehr im Griff, was ihm zuletzt auch beim Iswestija-Turnier in Moskau passierte, als er einem Schiedsrichter eine Wasserflasche ins Kreuz warf. Prompt machte in München wieder das Wort von den bösen deutschen Buben die Runde, worauf Xaver Unsinn freilich allergisch reagierte: „Auf uns hacken alle immer herum. In puncto Disziplin bin ich mit der Mannschaft sehr zufrieden.“ 146 Strafminuten und das Tabellenende der Fairplay-Cup-Wertung sprechen dagegen.

Das beste WM-Ergebnis aller Zeiten – noch nie gab es elf Gewinnpunkte – hatte Unsinn fast abgehakt, als er in der Nacht zum Montag im Nobelhotel „Vier Jahreszeiten“ mit Präsident Otto Wanner auf das auch finanziell gelungene Turnier anstieß. 190 000 Zuschauer brachten über fünf Millionen Mark in die Verbandskasse. Unsinns Blick ging schon voraus: „Wir müssen noch mehr arbeiten, wollen wir unseren Standard halten.“ Für ihn und die Mannschaft ist der Erfolgsdruck jetzt weit höher, doch Torwart Erich Weishaupt meint: „Wenn einer damit fertig wird, dann ist es Xaver Unsinn.“

Platz fünf, aber jetzt erst beginnt die Arbeit

Von GERHARD KIESSLING

Nun hat die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft im eigenen Lande tatsächlich ihr Ziel erreicht und den fünften Rang belegt. Schon heute kann man sicher sein, daß sich dieser schöne Erfolg in der nächsten Bundesliga-Saison beim Zuschauer-Interesse bemerkbar machen wird.

Niemand sollte jetzt aber den

STAND ● PUNKT

Fehler machen, die Arme vor der Brust zu schließen und sich genüßlich in den Sessel zurückfallen zu lassen. Denn es bleibt festzuhalten, daß noch mehr drin war. Der vierte Platz der Schweden hätte nämlich durchaus auch von unserer Mannschaft belegt werden können. Wer weiß, wie die WM verlaufen wäre, wenn im ersten Spiel gegen die Schweden unser Team nicht zu zaghaft und zu risikolos gespielt hätte, wenn einige Spieler nicht so abgefallen wären und wenn Bundestrainer Xaver Unsinn mit der Unterstützung der Dortmunder Kulisse von 10 000 Zuschauern personelle Veränderungen vorgenommen hätte.

Deshalb bin ich auch nicht der Ansicht des Bundestrainers, daß die deutsche Mannschaft in der Abstiegsrunde am besten aufgehoben sei. Das 1:3 gegen die Kanadier und das 3:3 gegen die CSSR zeigte doch, wie wenig wir entfernt sind von der Weltspitze. Unsere Spieler waren in der Abstiegsrunde nicht mehr so motiviert.

Wir mußten schließlich die Hilfe anderer in Anspruch nehmen, um den fünften Platz zu halten. Das hätten wir uns ersparen können. Ein Grund, jetzt in einen Tiefschlaf zu verfallen, wie es im deutschen Eishockey nach dem Gewinn der Bronzemedaille in Innsbruck 1976 geschah, sollte der fünfte Rang nicht sein. Das deutsche Eishockey, und das zeigte die WM deutlich, ist noch stark verbesserungsbedürftig. Wenn wir uns schon an der Weltspitze orientieren, dann sollten wir auch deren Arbeitsweise übernehmen. In der Vorbereitung und auch bei der WM selbst sollte ein größeres Trainer-Kollegium herangezogen werden. Sechs Augen sehen nun mal mehr als zwei. Das würde auch die Qualität der Arbeit verbessern. Ich glaube, daß dadurch eine Leistungssteigerung unserer Mannschaft um 10 bis 15 Prozent erreicht werden kann.

Es gibt schon so viele junge Talente, die technisch sehr gut sind, die beobachtet und gefördert werden müssen. Einige deutsche Spieler, die in der Bundesliga zu den Top-Stars zählen, gehen international selbst gegen Gegner, die schwächer sind, vollkommen unter. Hier müßte eine Analyse erstellt werden, ob diese Spieler in der Nationalmannschaft überhaupt noch eine Perspektive haben.

Zum Kreis der Spieler, die die Erwartungen nicht erfüllten, zähle ich Kuhl, Steiger, Roedger, Höfner, Meitinger, Reindl, Medicus, Truntschka und Schiller. Das, was man von ihnen erwartete, zeigten die Torleute Friesen und Weishaupt, dazu Kühnhackl, Kreis, Berndaner, Kießling, Scharf, Hiemer und Wolf. Die Talente Betz, Hegen, Lutz und Gandorfer würde ich als die großen Gewinner der WM bezeichnen. Bundestrainer Xaver Unsinn wird sich bestimmt seine Gedanken jetzt machen müssen.

Die Studentenrevolte der 60er Jahre als Serie

Was geschah wirklich?

Das Urteil der Auguren, die „schon gesehen haben“, ist einhellig: Langweilig und schlecht sei die sechsteilige Fernsehserie über die Studentenrevolte von 1968, die heute abend im ZDF beginnt. Die Auguren sind freilich einst alle „selbst mit dabeigewesen“. So haben sie die Ereignisse von damals viel farbiger und mitreißender in Erinnerung. Es kann aber durchaus sein, daß sie sich dabei nachträgliche Illusionen machen.

Was geschah damals wirklich? Inspiriert durch machtvolle Studentendemonstrationen gegen den Vietnamkrieg in Amerika, vor al-

Die Zeiten ändern sich – ZDF, 21.20 Uhr

lem auf dem Campus der Universität von Berkeley in Kalifornien, gingen auch die Studenten in Deutschland auf die Straße, zuerst in Berlin und Frankfurt. Auslöser waren der Schah-Besuch und der Tod des Studenten Benno Ohnesorg. Während aber in Amerika der Protest im großen und ganzen adhoc-politisch blieb, wendete er sich bei uns alsbald nach innen gegen die eigenen Institutionen. Die Studenten-Aktivisten vom SDS trafen hier auf ein butterweiches „Establishment“, das vor jeder geschüttelten Faust sofort in die Knie ging. So gelang es ihnen schnell, gewachsene Strukturen einzureißen.

„Teach-in“ und „Sit-in“ wurden zu den beliebtesten „Kampfformen“. Man besetzte Universitätsgebäude, sprengte Vorlesungen und Fakultätssitzungen, setzte mißliebige Dozenten unter Psychoterror und schuf auf dem Campus „rechtsfreie Räume“. Die von cleveren Verlegern gleichzeitig inszenierte „Sex-Revolution“ und die von Modepädagogen schon lange propagierte „anti-autoritäre Erziehung“ vermischten sich mit der „Bewegung der 68er“ und ließen so ein neuartiges, „permissives“ Lebensmilieu entstehen, die „Szene“, die sich bald auch zur Hasch- und Drogenszene erweiterte.

Die Bewegung war klein- und bildungsbürgerlich; ihre Sympathisanten fanden sich reichlich in den regierenden politischen Parteien, im Beamtenapparat, in den Medien, während sich die Arbeiterschaft ablehnend bis feindselig verhielt. Vor den Fabriktoren endete die Macht der Propagandisten und SDS-Funktionäre, und daran scheiterte dann letztlich die ganze Bewegung, deren marxistische Köpfe ja ausgezogen waren, um „die Arbeiterklasse zu befreien“.

Der SDS zerfiel in tausend rivalisierende Gruppen und Grüppchen. Ein Teil von ihnen verschwand im kriminellen Untergrund und organisierte den RAF-Terror der siebziger Jahre. Ein anderer ging auf den „Aussteiger-Trip“ und belebte die Szene mit den ersten Vorläufern der „Grünen“. Inzwischen hatte die regierende sozial-liberale Koalition ihrerseits eine „Bildungsreform“ durchgesetzt. Sie schickte jeden vierten Schulabgänger auf die Universitäten, deren Niveau dramatisch gesenkt, deren Volumen aber ebenso dramatisch ausgeweitet wurde. Viele im Eilverfahren produzierte „Discount-Professoren“ wurden gebraucht, und die „68er“ nahmen ihre Chance wahr und begaben sich auf den von Dutschke propagierten „Marsch durch die Institutionen“.

Heute sitzt der Großteil von ihnen auf lebenslangen Beamtenposten in Schule und Hochschule und schottet die akademischen Bildungswege gegen die Hochbegabten der nachwachsenden Generationen ab. Ihre revolutionären Illusionen haben sie begraben, geblieben jedoch ist eine Arroganz gegenüber dem „gewöhnlichen Leben“, die sich umsetzt in Weinerlichkeit und ohnmächtigen Utopismus und auf dem literarischen Markt eine Flut von schlechten Romanen hervorgebracht hat, in denen „ehemalige 68er“ ihr Scheitern beklagen und die böse Außenwelt dafür verantwortlich machen.

Man darf darauf gespannt sein, ob die ZDF-Serie etwas von dieser schiefen Optik zurechtrücken wird. Die Aussichten dafür sind allerdings nicht gut. Die Autoren des Drehbuchs, Ulf Miehe und Klaus Richter, firmieren als „ehemalige 68er“ und „Apo-Aktivisten der ersten Stunde“.

ANDREAS WILD

STUDIO

Geschichten aus der Praxis des Dr. med. Waagreiner unter dem Titel „Der Nächste bitte“ produziert jetzt der Bayerische Rundfunk. In der sechsteiligen Serie, die ab August 1983 im Ersten Programm gesendet wird, **spielt Walter Sedlmayr einen Hausarzt** vom alten Schlag: vielseitig, immer für seine Patienten da, doch bar jeglicher asketischer oder heroischer Ambitionen. Das Drehbuch schrieb Wolfgang Mühlbauer; Peter Bradatsch arbeitete es dann ganz auf die Person Walter Sedlmayrs hin, der gerade für Erzählgeschichten besonders begabt ist.

*

Die gegenwärtige Situation des **öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland** nannte kürzlich Südwestfunk-Intendant Willibald Hilf „zwar noch keine existenzielle Krise“, es könne aber dazu kommen, „wenn es nicht gelingt, die Leistungsfähigkeit und Vorzüge des Gesamtsystems deutlich zu betonen“. Zwar werde das ungünstige Bild zum Teil kampagnenartig erzeugt, aber Systemschwächen und Fehler des öffentlich-rechtlichen Systems seien nicht zu übersehen.

Willibald Hilf kritisierte, daß für die inhaltliche Nutzung der neuen Technologien noch kein Konzept bestehe. Dies werde um so deutlicher, wenn man glaube, die Bereitstellung neuer Techniken sei aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten dringend geboten, wofür auch nach Meinung des Intendanten einiges spreche. Einstweilen jedoch gebe jeder sein Interesse für das Gemeinwohl aus. Bei der Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, so Willibald Hilf, ersetze der Wille zu Angebotserweiterungen und technischen Verbesserungen jedoch nicht die Finanzierungsgrundlagen. Der SWF-Intendant erwartet, daß die Kosten manches Vorhaben bremsen werden, daher gelte, es ins rechte Licht zu rücken: Das Verhältnis von Angebotsbreite und Preis in der bestehenden Rundfunkorganisation brauche keinen Vergleich zu scheuen.

NACHRICHTEN

Finale China – Japan

Tokio (dpa) – Bei den Tischtennis-Weltmeisterschaften in Tokio haben sich China (3:0 gegen die UdSSR) und Japan (3:1 gegen Nordkorea) für das Finale des Damen-Mannschaftswettbewerbs qualifiziert. Die deutsche Mannschaft spielt nach einem 3:1-Sieg über Schweden gegen Ungarn um Platz neun. Im Finale der Herren stehen China (5:0 gegen Ungarn) und Schweden (5:0 gegen England).

Beckenbauers Comeback

New York (sid) – Franz Beckenbauer feierte sein Comeback bei Cosmos New York vor 41 946 Zuschauern mit einem 6:0-Sieg über Montreal Manic im ersten Spiel der nordamerikanischen Profi-Fußballmeisterschaft dieses Jahres.

Golf: Sieg im Stechen

Florenz (GB) – Bernhard Langer (Anhausen) gewann erstmals die Offene Golf-Meisterschaft von Italien und kassierte 36 000 Mark. Der 25jährige gewann auf dem Ugolino-Platz bei Florenz (Standard 70/par 72) mit hervorragend gleichmäßigen Runden von 67+69+67+68=271 Schlägen erst nach einem Stechen auf dem zweiten Extra-Loch gegen die schlaggleichen Ken Brown (Schottland) und Severiano Ballesteros (Spanien).

Bilbao spanischer Meister

Madrid (sid) – Neuer spanischer Fußballmeister wurde Atletico Bilbao durch einen 5:1-Erfolg bei Las Palmas, da Real Madrid gleichzeitig 0:1 beim FC Valencia unterlag. Auf Platz vier abgefallen ist der FC Barcelona nach dem 0:1 in Pamplona.

Russe in Düsseldorf

Düsseldorf (dpa) – Eishockey-Bundesligaklub Düsseldorfer EG hat den Sowjetrussen Viktor Nechajew (28) verpflichtet. Nechajew spielte bei Spartak Moskau, lernte 1977 bei einem Turnier in Davos eine Amerikanerin kennen, heiratete sie und erhielt 1980 die Ausreiseerlaubnis in die USA.

Vertrag für Feldkamp

Bielefeld (dpa) – Karl-Heinz Feldkamp, von Borussia Dortmund beurlaubter Fußballtrainer, unterschrieb bei Arminia Bielefeld einen Zwei-Jahres-Vertrag, der ab 1. Juli 1983 läuft.

Borrmann erfolgreich

Legnano (dpa) – Elmar Borrmann gewann das Weltcup-Turnier der Degenfechter in Legnano (Italien). Im Finale besiegte er den Franzosen Michel Salesse mit 10:7.

Boykott gegen Israel

Tokio (sid) – Die Herren-Mannschaft von Pakistan weigerte sich bei der Tischtennis-Weltmeisterschaft, gegen Israel anzutreten. Das Spiel (um Platz 29) wurde für Israel gewertet. Noch vor Beginn der Titelkämpfe hatten alle Mannschaftsleiter unterschreiben müssen, gegen jeden Gegner anzutreten.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Weltmeisterschaft in München, Abstiegsrunde, letzter Spieltag: Italien – Finnland 4:4 (1:1, 3:2, 0:1) „DDR“ – BR Deutschland 3:7 (0:1, 2:2, 1:4).

1. BRD	10	5	1	4	31:34	11:9
2. „DDR“	10	3	0	7	29:40	6:14
3. Finnland	10	2	2	6	30:40	6:14
4. Italien	10	1	1	8	16:56	3:17

TISCHTENNIS

Blamiert – die Herren zweitklassig

sid, **Tokio**

Die deutschen Tischtennis-Herren haben sich wie noch nie zuvor blamiert. Bei den Weltmeisterschaften in Tokio verloren sie den Abstiegskampf gegen Dänemark nach einer 4:0-Führung noch mit 4:5 und müssen bei der nächsten WM in zwei Jahren erstmals in der 57jährigen Geschichte der Welttitelkämpfe in der zweiten Kategorie (ab Platz 15) spielen.

„Das ist das Schlimmste, was ich bisher erlebt habe. Nach der klaren Führung dachten unsere Spieler, nur noch den Schläger hinhalten zu müssen“, urteilte DTTB-Vizepräsident Dr. Peter von Pierer. Beim Stande von 4:4 war der Düsseldorfer Ralf Wosik vollkommen entnervt. Gegen den drittklassigen Kim Kartholm verlor er mit 19:21, 17:21 den entscheidenden fünften Punkt.

Das Drama von der Yoyogi-Halle begann, als nach der sicheren Führung nur noch ein Pünktchen fehlte. Doch statt dessen unterlag Georg Böhm (Saarbrücken) gegen Kartholm mit 21:13, 16:21, 19:21, Wosik gegen Lars Hauth mit 20:22, 17:21, Böhm gegen Claus Pedersen mit 19:21, 21:16, 14:21 und Peter Stellwag (Reutlingen) gegen Hauth mit 14:21, 21:14, 14:21.

TENNIS

Sieg für rüpelhaften John McEnroe

dpa, **Dallas**

Das Tennis-Drama endete mit einer Posse. Viereinhalb Stunden spielte John McEnroe gegen Ivan Lendl, um am Ende durch einen Fehler zum 6:2, 4:6, 6:3, 6:7, 7:6 zu kommen. Lendl: „Der Ball erreichte mein Feld in der Lücke zwischen Netzpfosten und Netz.“ Am Ausgang des 13. Finales der WCT-Weltmeisterschaft in Dallas änderte jedoch der Protest nichts. Es kam nicht zum Eklat, weil der Amerikaner im Tiebreak des letzten Satzes bereits mit 6:0 führte.

Im Spiel hatte der Amerikaner, der nach 1979 und 1981 zum drittenmal gewann und rund 350 000 Dollar Siegprämie erhielt, dagegen sein ganzes Repertoire an Rüpeleien präsentiert. Der britische Schiedsrichter Mark Cox hatte nichts dagegen, daß McEnroe lamentierte, protestierte und fast ohne Pause gestikulierte und daß er selbst und die Linienrichter beschimpft wurden. Selbst als der Amerikaner seinen Schläger wütend in die Hälfte von Lendl warf, gab es keine Bestrafung. Lendl: „McEnroe hatte bei Cox wohl Narrenfreiheit. Ich konnte nicht fassen, daß der Schlägerwurf ohne Folgen blieb.“

FUSSBALL

Keine Lizenz für Bochum und Karlsruhe

sid/dpa, **Frankfurt**

Zwei Vereine der Fußball-Bundesliga und zwei Klubs der Zweiten Liga haben sich nach Darmstadt 98 ebenfalls dazu bekannt, bei der Überprüfung durch den Liga-Ausschuß des DFB durchgefallen zu sein. In erster Instanz wurde dem VfL Bochum, dem Karlsruher SC, Rot-Weiß Essen und Augsburg aus wirtschaftlichen Gründen die Lizenz für die nächste Saison verweigert.

Verblüfft reagierte besonders Roland Schmider, der Präsident des Karlsruher SC. Sein Verein habe derzeit „keine einzige Mark“ an kurzfristigen Bankverbindungen mehr, nachdem es gelungen sei, rund 1,5 Millionen Mark kurzfristiger Verbindlichkeiten auf mittelfristige umzuschulden.

Der VfL Bochum soll etwa fünf Millionen Mark Schulden haben. Er überlegt, seine besten Spieler zu verkaufen. Der FC Augsburg wird gegen die Entscheidung der ersten Instanz wahrscheinlich keinen Einspruch einlegen. Er hat sich bereits mit dem sportlichen Abstieg aus der Zweiten Liga abgefunden. In der Vergangenheit waren bisher dem Bonner SC, dem FC St. Pauli und München 1860 die Lizenzen verweigert worden.

TENNIS / World-Team-Cup in Düsseldorf. Heute Deutschland – Spanien

Viel Geld, aber kein Fest der Stars

H. J. POHMANN, **Bonn**

Der Startschuß in die neue Freiluftsaison ist gestern nachmittag im vornehmen Düsseldorfer Rochusklub gefallen. Schon zum sechsten Mal findet dort mit dem World-Team-Cup die inoffizielle Mannschafts-Weltmeisterschaft der Berufsspieler-Vereinigung der Tennisprofis (ATP) statt. Ein Festival der Weltklasse sollte man meinen, das den Zuschauern unter diesem Titel geboten wird. Doch weit gefehlt. Durch die neueste Entwicklung im Profitennis hat der World-Team-Cup viel von seinem früheren Glanz verloren.

Nur ungern läßt sich Turnierdirektor Horst Klosterkämper (44) an den Nationen-Cup 1980 erinnern. Während damals Björn Borg auf dem restlos überfüllten Centre Court spielte, wurde er von den Mitinitiatoren des Nationen-Cup, den ZDF-Sportjournalisten Hanns-Joachim Friedrichs und Klaus Bockelberg, geflachst: „An sich müßten Sie nach dieser Veranstaltung aufhören, besser kann es nicht werden.“ Die Antwort war mit einem „Da mögen Sie recht haben“ kurz, aber treffend. Denn während 1980 Stars wie Borg, Vilas, Clerc, Salomon und ehemalige Wimbledon-Sieger wie Newcombe und Smith am Start waren, ist die Besetzung des seit dem vergangenen Jahr in World-Team-Cup umbenannten Turniers schwächer und vor allem unattraktiver geworden. Das hohe Preisgeld von 450 000 Dollar und das Bonus-Geld für die auf der Computer-Rangliste am besten plazierten Spieler (ein besseres Startgeld) sind beim diesjährigen Turnier kaum gerechtfertigt.

Natürlich ist mit Mats Wilander der derzeit vielleicht beste Sandplatzspieler am Start. Und auch Yannik Noah, Gene Mayer und José Higueras sind gute Spitzenspieler. Aber solange die Amerikaner nicht McEnroe, Connors oder Gerulaitis schicken, solange Lendl, Smid, Vilas, Clerc und McNamara nicht am Start sind, tummeln sich beim World-Team-Cup zu viele uninteressante Mitläufer.

Und wenn dann zu allem Übel auch noch McEnroe und Lendl beim WCT-Finale in Dallas ein gutes, hochklassiges Match bieten, das Sonntag nacht auch den deutschen Tennisfreunden original im Fernsehen gezeigt wurde, dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann das Interesse der Tennis-Fans in Düsseldorf bei der derzeitigen Konstellation abflaut.

Schuld an dieser Entwicklung hat mit Sicherheit nicht Horst Klosterkämper mit seiner Turniermannschaft. Im Gegenteil, hier arbeiten sogar die Frauen der Männer des Klubvorstandes mit. Da werden Einkaufstouren mit Spielerfrauen organisiert, Theaterbesuche angeboten, und selbst für das Ausschenken von Kaffee und Kuchen ist sich keiner zu schade. Der erste Vorwurf muß vielmehr der ATP gelten, die es nicht schafft, für das eigene und wichtigste Turnier im Jahr die besten Spieler zum Start zu bewegen. Beinahe hilflos starren die Verantwortlichen zum großen Kontrahenten der etablierten Tennisszene, zum Öl-Millionär und Besitzer von World-Championship of Tennis (WCT), Lamar Hunt. Der verantaltet ebenfalls in dieser Woche im New Yorker Vorort Forest Hills sein „Tournament of Champions“. Und damit die Besetzung auch stimmt, wird gezahlt.

Wie diese Zahlen aussehen, erfuhr Klosterkämper vom Manager des Argentiniers Guillermo Vilas, dem Rumänen Ion Tiriac. Als Vilas sich für ein Grundstück für eine neue Tennis-Schule im Düsseldorfer Raum interessierte, versprach Klosterkämper Hilfe, wenn Vilas in Düsseldorf starten würde. Vilas paßte trotzdem, er soll eine Million Dollar dafür erhalten, daß er drei Jahre lang auf WCT-Veranstaltungen startet. Doch damit nicht genug. Hunt hat allen Spielern, die im vergangenen Jahr seine Turniere gespielt haben und nun in Düsseldorf anstatt in New York starten wollen, mit einer Klage gedroht. Klosterkämper nennt diesen Schritt schlicht Einschüchterung, denn in keinem Vertrag eines Spielers steht irgendwo etwas von einer Startverpflichtung in New York.

Bei diesem Durcheinander soll aber nicht verschwiegen werden, daß auch diesmal eine deutsche Mannschaft am Start ist. Mit Damir Keretic, 71. der Weltrangliste, und Peter Elter (Nummer 83) hat die diesjährige Mannschaft ein neues Gesicht. Andreas Maurer und Wolfgang Popp werden im Doppel starten. Vielleicht hält die Euphorie nach dem Erfolg im Kingscup an. Die Gruppenauslosung mit Spanien, Frankreich und Neuseeland war günstig. Zu wünschen wäre den Veranstaltern und Zuschauern, daß wenigstens die deutsche Mannschaft einen Farbtupfer setzt und erst einmal die Vorrunde übersteht.

Der Zeitplan (täglich ab 13.00 Uhr): Heute: Blaue Gruppe: Deutschland – Spanien und Frankreich – Neuseeland; Morgen: Rote Gruppe: USA – Australien und Schweden – Chile; Donnerstag: Blaue Gruppe: Spanien – Frankreich und Neuseeland – Deutschland; Freitag: Rote Gruppe: USA – Schweden und Australien – Chile; Samstag: Blaue Gruppe: Deutschland – Frankreich und Neuseeland – Spanien; Sonntag, Halbfinale: Erster der Roten Gruppe gegen Zweiten der Blauen Gruppe, Erster der Blauen Gruppe gegen Zweiten der Roten Gruppe; Montag: Finale.

KRITIK

Für Gerechtigkeit sorgt der Zufall

Beim Tatort des Hessischen Rundfunks – Titel „**Blütenträume**“ – merkte man bald, daß man wieder einmal um das für uns so trostreiche Märchen geprellt wurde: nämlich den siegreichen Kampf des Guten, verkörpert im Kommissar, gegen das Böse, verkörpert in einem Verbrecher mit mindestens einem Mord auf dem Gewissen. Aus alter Gewohnheit trat zwar noch ein Kommissar auf, jedoch als farblose Nebenfigur, die man am Schluß des Filmes bereits wieder vergessen hatte.

Aber so schlimm wie befürchtet wurde es dann doch nicht. Zunächst sah es zwar so aus, als ob man einen Dokumentarfilm über Falschgeldkriminalität vorgeführt bekomme – so eine Art von „Aktenzeichen: XY“, aber ohne Ede. Allmählich jedoch merkte man, daß die Milieu-Malerei durch einen unsichtbaren Mitspieler wirksam dramatisiert wurde: durch den Zufall, welcher mit dem Matrosen, der seine „Blüten“ in Frankfurt absetzen sollte, und mit dessen sitzengelassener Geliebten Fangball spielte (sie aber auch vor besonders schlimmen Verbrechen bewahrte).

Die beiden, von Manfred Zapatka und Erika Skrotzki meisterhaft gespielt, wurden so unterderhand zu Verkörperungen des Menschen, der, halb gut und halb böse, am Ende auf jeden Fall mit leeren Händen dasteht. Der Film (Buch: Bruno Hampel, Regie: Claus Peter Witt) wurde so doch noch zu einem Märchen, wenn auch zu einem bösen.

ANTON MADLER

Per Floß und per Lastwagen

Sie fangen an, Amerika zu entdecken. Es hat lange gedauert, bis das ZDF-Team Kronzucker/Friedrichs die Landschaft dieses Kontinents in sein Unterhaltungsmagazin **Bilder aus Amerika** einbezogen hat. Dieter Kronzuckers Floßfahrt auf dem Colorado im Grand Canyon war schon ein Anfang, wenngleich es den Anschein hatte, als ob der politische Korrespondent das Schwelgen nicht versteht. Ein paar Gischtspritzer, ein paar Farbtupfer, ein paar Interviewfetzen – ein bißchen wenig für eine Viertagestour. Ein ruhiger Panoramaschwenk ganz ohne Kommentierung beispielsweise hätte Wunder wirken können. Es muß ja nicht alles auf Anhieb endgültig „eingeordnet“ werden.

Verglichen damit, war Hanns Joachim Friedrichs Fernfahrer-Reportage ganz hervorragend. Gerade weil er die bei uns umhergeisternden Klischees von der „letzten großen Freiheit“ der „Cowboys der Landstraße“ nicht strapaziert hat, gelang ihm ein Bericht mit viel Verständnis für amerikanische „Romantizismen“. Dabei war Friedrichs Methode ganz einfach. Er hat die Trucker in ihrer Umgebung, der grenzenlosen Weite des Westens gezeigt. Was anderes tat Sam Peckinpah in seinem eindrucksvollen Leinwandstück „Convoy“!

KNUT TESKE



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Mosch
12.10 Diamanten-Fieber
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Der Eiger
Bericht über die Besteigung der Nordwand
Von Friedrich Bach

17.00 Der große Märchenfilm
Wie man Dornröschen wachküßt (1)
Mit Marie Horakova u. a.
Regie: Vaclav Vorlicek

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke

21.00 Report
Themen:
Kalkar: Der schnelle Brüter – was kommt danach? / Wird in Deutschland zu schnell verhaftet? / Gegen Raubgrabungen und Kunstschmuggel – eine UNESCO-Initiative / 100 Jahre Lüderitz-Nostalgie in Südwest-Afrika
Moderator: Günther von Lojewski

21.45 Der Aufpasser
Wie die wilden Stiere
In Arthurs Stammlokal tauchen zwei Herren vom Land auf. Sie bieten Arthur 4000 Pfund, wenn er ihnen einen Bullen wiederbeschafft. Zunächst hält Arthur dies für einen Witz, 500 Mark in bar überzeugen ihn jedoch.

22.30 Tagesthemen

23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Werner Höfer
Werner Höfer gilt als Erfinder einer der erfolgreichsten Sendungen der Welt. Der „Internationale Frühschoppen“, eine Hörfunksendung, bei der auch heute noch das Fernsehen „angeschlossen“ ist, lief schon im Oktober 1980 zum 1500. Mal über die Sender. Danach gefragt, mit welchem Gefühl er in das Gespräch mit Joachim Fuchsberger gehe, meinte er: „Offen!“

23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Porträt eines Münchner Autors: Sigi Sommer.
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Strandpiraten
Warnung vor dem Dieb

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Ein Wort aus Musik
Spiel und Spaß mit Heinz Eckner
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny

19.00 heute

19.30 Miss Marple:
Mörder Ahoi
Engl. Spielfilm, 1964
Miss Marple wird ins Kuratorium der Stiftung „HMS Battledore“ berufen. Zur ersten Sitzung erscheint sie mit neuem Marinekostüm und viel Tatendrang. Mr. Folly-Hardwicke, eines der Kuratoriumsmitglieder, wird einen ausführlichen Bericht über eine Inspektion der „Battledore“ geben, aber ein Herzschlag ereilt ihn. Miss Marple glaubt hingegen, daß die Todesursache Gift ist.
Regie: George Pollock (Wh.)

21.00 heute-journal

21.20 Die Zeiten ändern sich
Neue sechsteilige Fernsehserie
1. Teil: Es muß was passieren!
Sommer 67
Mit Karl-Heinz v. Liebezeit und Lis Verhoeven u. a.
Regie: Horst Flick

22.05 Aller Anfang ist Spiel
Gesellschaftliche Hintergründe des Spielens
Alle Bereiche des Alltags, der Wissenschaft bis hin zur Politik durchlaufen in ihren Anfängen eine Art Spielphase, weil das Neue noch nicht gewußt wird, sondern erst erprobt, ausprobiert werden muß. Um solche Zusammenhänge zwischen Leben und Spiel geht es in diesem Film.

22.50 Das kleine Fernsehspiel
Wetzlar ist nicht Washington
Von Charly Weller.

00.05 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Länder – Menschen – Abenteuer
21.00 Formel Eins
21.45 Kultur im Gespräch
22.15 Thema des Monats

NORD
18.30 Die Wüste siegt(5)
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus
19.30 Das Jahr im Garten – Mai
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sprechstunde
21.00 Nahaufnahme
21.45 Sport III extra
22.30 Science-fiction
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.30 Doctor Snuggles
18.55 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
19.00 Formel Eins Hitparade
19.45 Herrchen gesucht
20.00 Tagesschau
20.15 Dr. med. Mathilde Wagner
Fernsehfilm von Rainer Horbelt
21.25 Drei aktuell
21.40 Auf Schleichwegen zum Gottesstaat
22.25 Zeitgeschichte im Fernsehen

SÜDWEST
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
21.00 Landesspiegel
21.15 Ein Mann für Millie
Amerik. Spielfilm 1948
22.40 Los Gammas! Los Gammas!

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Wege
19.30 Sagst was d'magst
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Aschaffenburger Gespräche '83
23.20 Dallas

Gefahr, die man liebt

G. F. – Es klingt wie ein in Macondo fabriziertes Märchen: eine Richterin in Bogota mußte eine Entscheidung darüber fällen, ob kolumbianische Behörden während des Belagerungszustandes ihre Autorität mißbrauchten, als sie angeblich ermitteln wollten, ob der kolumbianische Nobelpreisträger Gabriel García Márquez an aufrührerischen Akten beteiligt war.

Alles begann vor zwei Jahren, als Freunde dem Schriftsteller rieten, Kolumbien zu verlassen: man verdächtige ihn, bei der Finanzierung eines Guerillaangriffs des M 19 geholfen zu haben. Ohne zu zögern, folgte García Márquez dem Rat und „floh" ungehindert nach Mexiko, wo er mit Orden und Ehren empfangen wurde.

Es gab allerdings auch Leute, die bezweifelten, daß er jemals in irgendeiner Gefahr schwebte, und das mit gutem Grund. Dichter und Schriftsteller genießen in Lateinamerika meistens Narrenfreiheit, besonders, wenn sie zu internationalem Ruhm gelangten. Da stört dann auch nicht, wenn man wie Márquez aus seiner Sympathie für die extreme Linke und ihre Guerrilla keinen Hehl macht. Das hindert weder die konservative noch die liberale Presse, den Schriftsteller mindestens einmal in der Woche zu feiern.

García Márquez sagte einmal: „Ein Schriftsteller kann sagen, was ihm einfällt, solange er es glaubwürdig machen kann." Weil er nicht glaubwürdig machen konnte, daß ihm irgendjemand in Kolumbien ein Haar krümmen würde, begann er einen Prozeß, um es zu beweisen. Seine Anwälte führten Personen vor, die aussagten, man habe sie nach ihrer Verhaftung bei Verhören gefragt, ob sie García Márquez in Kuba oder Panama kennengelernt hätten und ob er Geld für die Guerilla gegeben und an ihrer Ausbildung teilgenommen habe. Solche Fragen, entschied die Richterin, „stellen zweifellos ein Delikt dar." Aber zugleich gab sie zu Protokoll: „Es ist nicht möglich gewesen, eine oder mehrere Personen mit dem angezeigten Delikt in Verbindung zu bringen." Also schlug sie das Verfahren nieder.

Márquez gab sich daraufhin sehr zufrieden.

„Ich schreibe, damit man mich gern hat", hat er einmal gesagt. Wenn man's genau betrachtet, muß man Márquez auch gern haben.

Zeuge der Bluthochzeit von Urakami: Japans großer Dichter Shusaku Endo

Das Gift in uns und das Meer

Kürzlich ist er sechzig geworden, Japans ewiger Kandidat für den Nobelpreis für Literatur, der Dichter und Romancier Shusaku Endo. Von seiner Mutter katholisch aufgezogen, verlor er seinen Glauben als junger Mann, fand aber später zu ihm in einer kritischen Art wieder zurück. Oft vergleicht man ihn deshalb mit Graham Greene, doch in seiner Glaubensentwicklung ähnelt er eher Julien Green, dem gebürtigen Amerikaner, der aber heute ein „Unsterblicher", ein Mitglied der *Académie Française* ist.

Ein katholischer Japaner? Erinnern wir uns daran, daß die Urreligion Japans der Shintoismus ist, das Christentum aber doch auch schon vor über 450 Jahren nach Japan kam. Ohne zu übertreiben, kann man heute im Katholizismus auch eine der japanischen Religionen sehen. Während er im Süden eher in den unteren Schichten zu Hause ist, hat er auf Honshu, der Hauptinsel, einen geradezu elitären Charakter. Im Hochadel, unter Intellektuellen, Politikern und Künstlern stößt man immer wieder auf Katholiken, die im Japanertum allerdings nur eine mikroskopische Minderheit darstellen. Doch als wirklich gebildeter Japaner muß man von der Lehre Christi eine halbwegs konkrete Vorstellung haben, und als geschichtsbewußter Japaner kann man heute die so oft dramatisierte Geschichte des christlichen Japans nicht mehr übersehen. Gerade dazu hat Shusaku Endo einen sehr wichtigen Beitrag geleistet.


Ewiger Kandidat für den Nobelpreis: Shusaku Endo FOTO: DIE WELT

Shusaku Endo hat jahrelang in Frankreich gelebt, was seinem Katholizismus einen leicht jansenistischen Zug gegeben hat. Dabei ist er keineswegs, wenn er nur will, ein humorloser Autor. Aber die menschliche Schwäche, die Isolierung der Persönlichkeit, die Sünde vermengen sich doch bei ihm ganz harmonisch mit der sprichwörtlichen japanischen Melancholie.

Die christliche Frühgeschichte Japans liefert den Stoff für die meisten Romane und Dramen Shusaku Endos. Sie ist menschlich ganz ungemein interessant, und man kann ohne Übertreibung sagen, daß die glorreichsten Seiten des Christentums nicht im antiken Rom, sondern in Japan geschrieben wurden. Der heilige Franz Xaver, ein Jesuit, landete 1546 auf der großen Insel Kyushu; rapid verbreitete sich der neue Glaube, hoch und niedrig ließen sich taufen. Natürlich kam es bald zu Reaktionen. Im Jahre 1598 sehen wir die gekreuzigten Märtyrer von Nagasaki, und die Verfolgung steigert sich brutal durch die Intrigen der Briten und Niederländer. Sie überzeugen den in Yedo (dem späteren Tokio) residierenden Shogun, daß die katholischen Christen vaterlandslose Gesellen seien, die nur dem Papst zur Treue verpflichtet wären. Da wird mit der Jagd auf die Christen blutiger Ernst.

Der Fall der Festung Shimabara signalisiert 1637 das Ende des christlichen Widerstands. 30 000 Männer, Frauen und Kinder werden hingemetzelt. Eine staatliche Organisation, der *Kirishitan Yashiki*, wacht darüber, daß der christliche Glaube nicht wiederersteht. Ganz wunderbar aber ist der Umstand, daß Zehntausende katholische Christen mehr als zwei Jahrhunderte lang im Untergrund „überwinterten", obwohl die Priesterschaft restlos vernichtet war. In Urakami, einer Vorstadt von Nagasaki, war das geheime Zentrum der Gläubigen Japans. Dort wurde auch vor dem letzten Krieg die größte Kathedrale Ostasiens gebaut. Durch den Abwurf der zweiten Atombombe auf Nagasaki-Urakami kam ein Zehntel aller japanischer Katholiken um. Das war aber auch die furchtbare Bluthochzeit, die den Katholizismus endgültig mit Japan vermählte.

Diese Geschichte muß man kennen, um auch Shusaku Endo und sein Werk zu verstehen. Um diese leidende Kirche in der Verfolgung kreisen immer wieder seine Gedanken. Ist jeder Mensch fähig, heroisch für seine Überzeugungen zu leiden? Ist er imstande, Wahrheiten so fest in sich aufzunehmen, daß er allen Foltern siegreich widersteht?

Sein großer Erfolgsroman *Chinmoku* („Das Schweigen"), auch deutsch erschienen, steht ganz unter dem Zeichen eines christlichen Pessimismus. In seinem neuen Roman *Samurai*, dessen Hintergrund japanisch, spanisch und römisch ist, wird eine geschichtlich belegte japanische Expedition zum Heiligen Stuhl thematisiert. Dabei taucht immer wieder die Frage auf, inwieweit (oder ob überhaupt) das Christentum mit der japanischen Mentalität vereinbar sei, denn das Christentum ist doch aristotelisch-cartesianisch, und es gilt die Forderung Christi nach einer reinlichen Scheidung zwischen dem Ja-Ja und dem Nein-Nein, während dem Fernen Osten das Sowohl-Als-auch und das Vielleicht viel näher liegt. Japan wird in diesem Roman ein geistig apathischer, relativistischer Sumpf genannt.

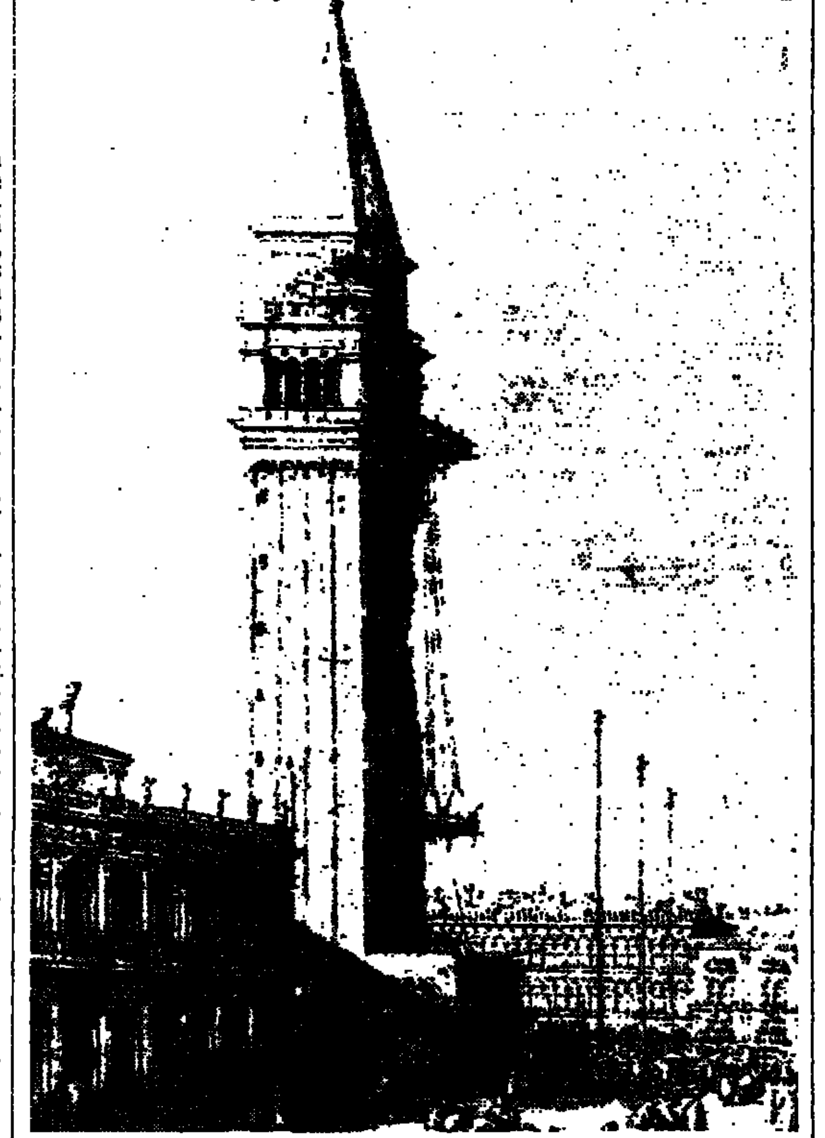
Kann der Japaner ein typischer Japaner bleiben und dennoch ein richtiger Christ werden? Höchstwahrscheinlich nicht. Doch auch die Römer und Griechen wurden durch die Christianisierung „andere Menschen", und die Germanen und Slawen erst recht. Tatsächlich kann man heute schon wahrnehmen, daß in den christlichen Kreisen Japans eine andere Wellenlänge herrscht als in den nichtchristlichen. Man denkt, redet und handelt anders. Vor allem wagt man es, extrovert zu sein.

Was Endo aber auch darstellt, ist die Frage des Ethos, und das ist eine Frage, die Japan nach dem Zusammenbruch des Konfuzianismus als einer im Gewissen bindende Kraft tief bewegt. Mit der Verflüchtigung der Tradition wurde Konfuzius, der ein Lebensphilosoph und kein Religionsgründer war, ein netter alter chinesischer Herr, dessen Ideen man befolgen oder ruhig auch ignorieren kann. *Ko* (gewissenhafter Dienst) und *Chu* (pietätvolle Loyalität) sind verblassende Ideale. Eltern, Pädagogen und Lehrer sind äußerst beunruhigt, und sie greifen zu den Büchern Endos.

Einer seiner Romane spielt in der unmittelbaren Nachkriegszeit Japans: „Das Meer und das Gift" *(Umi to dokuyaku)*. Hier wird von einem Arzt erzählt, der mit einem anderen auf obrigkeitlichen Befehl während des Krieges an amerikanischen Gefangenen tödliche medizinische Experimente durchführte. Gegen sein Gewissen. Das spricht doch einmal so und das andere mal anders – oder nicht? „Aber es ist sicher, daß wir einmal dafür verantwortlich gemacht werden", meint der andere. „Verantwortlich?" fragt der Arzt, „Wem gegenüber? Der Gesellschaft vielleicht? Wenn es nur die Gesellschaft ist, so regt mich das keineswegs auf!"

Woher also nimmt man Wertmaßstäbe? Der Buddhismus kennt den Begriff der Sünde nicht. So steht Japan einem Problem gegenüber, über das es sich inmitten seines neugewonnenen Reichtums immer mehr den Kopf zerbricht. Shusaku Endo und seine Bücher sind aktuell wie nie zuvor.

ERIK v. KUEHNELT-LEDDIHN


Blüte der Kunst: „Restaurierung des Campanile" von Canaletto (1745), aus der Brüsseler Ausstellung FOTO: KATALOG

Brüssel: Venezianische Zeichnungen im 18. Jhd.

Dorado der Lebensfreude

Venedig, die „Königin des Meeres", war im achtzehnten Jahrhundert zwar keine Seemacht mehr, doch dafür ein Dorado der Lebensfreude, in dem die Künste aller Gattungen blühten, und die Künstler keine Not litten. Aus aller Welt pilgerten damals Kunstsammler nach Venedig; und die renommierten venezianischen Maler zeichneten, der Nachfrage gehorchend, ihre Skizzen nicht mehr allein als Vorstudien für Gemälde, sondern um sie zu verkaufen. Diese ehrliche und keinesfalls unrühmliche Absicht stand hinter manchen Studien, die uns jetzt in der Ausstellung „Venezianische Zeichnungen des 18. Jahrhunderts" im Brüsseler Palais der Schönen Künste gezeigt werden.

Sie ist ausdrücklich dazu bestimmt, „einen besonders reichen und fruchtbaren Moment der venezianischen Kunst zu illustrieren." Deshalb beschränkt sie sich auf die sieben glanzvollsten Namen jenes Jahrhunderts. Darunter versteht sie Vater und Sohn Tiepolo, Canaletto, Francesco Guardi, Piazetta, Longhi und Piranesi. Von ihnen kam eine Auswahl von 150 erstrangigen Meisterzeichnungen aus den wichtigsten Museen, Kabinetten und Privatsammlungen in Europa nach Brüssel, die in diesem Umfang und gleicher Qualität wohl kaum wieder zu sehen sein wird.

Der überragende venezianische Maler jener Zeit, Giambattista Tiepolo, ist seiner Bedeutung entsprechend mit vierzig Zeichnungen vertreten. Zu seinen berühmtesten Werken zählen fraglos die Fresken der Würzburger Residenz. Vorstudien dazu, wie beispielsweise die Allegorien der Erdteile, finden wir in Brüssel ausgestellt; aber auch ganz ungewohnte, überraschende und überaus seltene Blätter mit Karikaturen und Grotesken. Von seinem ältesten Sohn Giandomenico sehen wir fünfzehn Zeichnungen mit religiösen und mythologischen Motiven, Figuren- und Tierstudien und Szenen aus der Theaterwelt.

Aus dem Theater- und Gesellschaftsmilieu stammen auch die fünfzehn Blätter von Pietro Longhi. Unter den fünfzehn Kohlezeichnungen von Giambattista Piazetta bilden seine meist jungendlichen Charakterköpfe, die ihn berühmt machten, den Schwerpunkt; doch fehlen auch nicht charakteristische Beispiele für seine rokokohaften Radierungen und Buchillustrationen. Canaletto (Antonio Canal), mit zwanzig zum Teil großformatigen Blättern vertreten, erweist *sich als der überragende Land*schafts- und Architekturzeichner seiner Zeit und überrascht gleichzeitig mit feinen Figuren- und Gruppenstudien, die ihm zur Staffage dienten.

Als Vedutenmaler, wie Canaletto, wurde auch Francesco Guardi berühmt; aber er hat dessen strenge, klare Linie beinahe impressionistisch gelockert, auch in seinen Interieurs, die er mit festlichem Leben und zierlichen Ornamenten füllt. Dergleichen ist allerdings von Giovanni Battista Piranesi nicht zu erwarten; er wird, wie Guardi, mit zwanzig Zeichnungen vorgestellt. Hier herrscht eine eher düstere, geheimnissvolle, fast unheimliche Atmosphäre – doch zugleich eine andere, als wir sie von seinen Stichen kennen. Seine weit weniger bekannten Zeichnungen mit zum Teil phantastischen Architekturen und turbulent belebten Innenräumen sind durchaus malerisch, mitunter monumental angelegt und komponiert. Ihretwegen allein schon lohnte sich ein Besuch dieser einmaligen Ausstellung. (Bis 5. 6. 83; Katalog, flämisch oder französisch, 500 bfr.)

EO PLUNIEN

JOURNAL

Exilliteratur an Jerusalem übergeben

dpa, Jerusalem

Das Hamburger Verlagsunternehmen „Libri" hat eine von ihm zusammengestellte Schau „Verboten und verbrannt – Deutsche Literatur im Exil 1933–1945" an die Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte „Yad Waschem" übergeben. Als „Brücke zwischen unseren beiden Völkern" bezeichnete Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek die vom Verleger Georg Lingenbrink übergebene Ausstellung in einer Dankesrede. Die Sammlung, die in dieser Woche auf der 11. Internationalen Buchmesse in Jerusalem auf einem Sonderstand zu sehen war, umfaßt 800 Bücher von 50 während des Dritten Reichs verfemten Autoren.

Vortragszyklus zu Raffaels 500. Geburtstag

DW. Würzburg

Da in der Bundesrepublik keine Ausstellungen und keine Feiern zum 500. Geburtstag Raffaels stattfinden, hat sich die Dante-Alighieri-Gesellschaft Würzburg entschlossen, eine Vortragsreihe zu veranstalten. Zusammen mit der Universität Würzburg und dem Italienischen Kulturinstitut finden vom 5. Mai bis Mitte Juli in der Würzburger Residenz Vorträge statt, die sich u. a. mit „Raffaels Stanzen" (Prof. G. Schweikhart), „Raffael als Architekt (Dr. M. Groblewski) oder „Raffael und die Musik" (Prof. W. Osthoff/R. Dangel) beschäftigen.

Sowjetische Künstler sagen Gastspiel ab

AFP, Paris

Ohne Angabe von Gründen haben sowjetische Musiker zwei Gastspieltermine in Frankreich kurzfristig abgesagt. Das Tambow-Quartett, das an dem 8. Internationalen Streichquartett-Wettbewerb in Evian teilnehmen sollte, zog seine Anmeldung per Telegramm zurück. Zum erstenmal hatten sich in diesem Jahr Musiker aus der Sowjetunion zu dem Wettbewerb in Evian angesagt. Unterdessen wurde in Paris bekannt, daß auch der sowjetische Violinist Oleg Kagan und seine Frau, die Cellistin Natalia Gutman, ein am 6. Mai geplantes Konzert mit dem neuen Philharmonischen Orchester von Radio France in Paris abgesagt haben. Auch diese Absage erfolgte ohne Begründung.

Reden zum Lobe von Wilhelm Busch

DW. Hannover

Das Wilhelm-Busch-Jahr ist vorbei. Zeit also, Nachlese zu halten, was über den Weisen von Wiedensahl zu seinem 150. Geburtstag geredet, was ihm an Ausstellungen gewidmet wurde. Dieser Aufgabe unterzieht sich das „Wilhelm-Busch-Jahrbuch 1982", das auf 126 Seiten mit zahlreichen Abbildungen bündelt, was zum feierlichen Anlaß die Wissenschaft beizutragen hatte. Golo Manns hannoverscher Festvortrag gehört u. a. dazu oder John Fitzells Gedanken über den „Wanderer und seine Schuld in den Gedichten Wilhelm Buschs", die er in El Paso (US-Bundesstaat Texas), auf einer Sondersitzung der Western Association for German Studies vortrug. Das Jahrbuch kostet 20 Mark und ist bei der W.-Busch-Gesellschaft in Hannover (Georgengarten 1) zu beziehen.

Ein Festival der Filmkomödien

AFP, Paris

Die lange Reihe von Filmfestivals wird in diesem Jahr durch eine weitere Neugründung ergänzt: Das Zweite Internationale Festival für humoristische Filme in Frankreich – nach der bereits im Alpenort Chamrousse etablierten Veranstaltung – öffnet vom 7. bis 15. Oktober seine Pforten. Die 16 für die Premiere ausgewählten Beiträge sind sämtlich noch nicht vorgeführt. Der Große Preis in Form einer „Goldenen Sonne" wird für den besten Film vergeben. Geplant sind ferner eine Carlo-Rim-Retrospektive, eine Hommage für Jack Lemmon und – als Verbeugung vor dem Veranstaltungsort – ein Querschnitt durch die Marseiller Komödien der 30er Jahre.

Das Klingspor-Museum zeigt Villon-Editionen

DW. Offenbach

Bis zum 23. Mai ist im Offenbacher Klingspor-Museum noch die Ausstellung „François Villon" zu sehen. Sie präsentiert die Sammlung Dr. Rudolf Sturm, die einen einzigartigen Überblick über die verschiedenen Villon-Ausgaben seit dem 15. Jahrhundert bietet. Darunter sind auch Editionen mit Illustrationen zeitgenössischer Künstler wie Emil Bernard, Albert Dubout, Frans Masereel oder Hansen-Bahia.

Gegendarstellung

In dem Artikel „Oberstleutnant der inneren Reserve" von J. Seyppel verbreitet „DIE WELT" in ihrer Ausgabe vom 31. 03./01. 04. 1983, Seite 31, die Behauptung, ich bekleidete das Amt eines Oberstleutnants des Ministeriums für Staatssicherheit und erfüllte die Voraussetzungen einer Anklage wegen Agentenschaft für den „Stasi".

Diese Behauptung ist falsch.

Ich bin nicht Oberstleutnant oder sonstiger Agent des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

1080 Berlin, den 27. April 1983

HERMANN KANT

Eine sehr merkwürdige „Arabella" in Hamburg

Premiere mit Gänsefuß

Die Hamburgische Staatsoper spielt die „Arabella" von Richard Strauss und Hugo von Hofmannsthal, um damit „im 50. Jahr nach der nationalsozialistischen Machtergreifung an das deutsche Schicksalsjahr 1933" zu erinnern. Das arme Stück kommt in diesen Zusammenhang wie der Pontius ins Credo. Es war längst fertig, als Hitler zur Macht kam. Aber es wurde, spielplangemäß, am 1. Juli 1933 in Dresden uraufgeführt. Einige Bonzen ließen sich das große Spektakel einer Strauss-Uraufführung nicht entgehen, obwohl die Partitur noch dem zwischenzeitlich davongejagten Dresdner Generalmusikdirektor Fritz Busch zugeeignet war. Das ist schon alles.

Nicht für die Hamburger. Sie füttern im Programmheft das Publikum mit einer hämischen Abrechnung über den Mitläufer und Opportunisten Strauss. Ernst Bloch wird fleißig zitiert: „Er ist weiterhin gesinnungslos und nimmt sein Material, wo er es findet." Oder: „Strauss triumphiert überwiegend nur mit Schmiß und Sinnlichkeit, den Erbschaften eines frühen, bäurisch-kräftigen, bunten Überbrettlstils, die er mit einem außerordentlichen Verstand in seiner Art fruchtbar gemacht hat." Jeder soll wissen, was für ein Gesinnungslump dieser Strauss gewesen ist und was für ein mittelmäßiger Musiker dazu, bevor er die „Arabella" hört. Eine Aufführung wie in Anführungszeichen und gepiekt von den Zeigefingern der Dramaturgen. Das ist von seltener Infamie.

Der Regisseur des Abends, Otto Schenk, und sein Ausstatter Rolf Langenfass aber haben dieses Hamburgische Dramaturgie-Seminar geschwänzt. Sie scheren sich nicht um den Unsinn, sie inszenieren das schöne Wiener Stück von Hofmannsthal und Strauss. Das Publikum dankt es ihnen überschwenglich. Schenk sieht sich am Schluß gefeiert wie lange kein Opernregisseur mehr nach der Premiere. Für die Ausstattung des zweiten Aktes war schon beim Vorhangziehen der Szenenapplaus aufgebrandet. Die kaiserliche Hauptstadt strahlt im Glanze, und der Fasching beflügelt die Stimmung. Herz reimt sich auf Schmerz nach Art einer feinsinnigen Operette. „Nachdenken ist der Tod! Im Nicht-mehr-Denken liegt das Glück!", singt Graf Elemer. Nicht zum Denken, sondern zum Genießen mit Aug' und Ohr bietet die Hamburger „Arabella" denn auch allen Anlaß.

Anna Tomowa-Sintow ist die Arabella, dieses reifere Mädchen, das sich schon zu viel Lebensphilosophie zugelegt hat, um noch blind vom Glück des Augenblicks eine Ehe einzugehen. Sie zeigt beherzte Courage in jeder Situation. Sie, doch eigentlich nur Spielball der Geschehnisse um sie herum, hält dennoch die Fäden fest in der Hand. Sie hat von ihrer Ahnin, der „Rosenkavalier"-Marschallin, die Contenance geerbt. Sie bewahrt sie auch stimmlich in jedem Moment. Die Tomowa-Sintow singt mit beispielhafter Kontrolle, ruhig und genau in den rezitativischen Passagen, mit schönem und atemreichem Legato die langgesponnenen Gesangslinien. Den typisch Strauss'schen Silberklang, die instrumentale Kühle, hat ihr Sopran nicht. Die Arabella bekommt mit ihrer Stimme viel mehr menschliche Regung. Das lernt man gern.

Marie McLaughlin ist ihre verliebte Schwester in Bubenkleidern. Ihr noch lyrischer, aber schon fester Sopran ist die Neuentdeckung des Abends. Die beiden Schwesternstimmen harmonieren farblich aufs beste. Ihr hohes Mezza voce klingt verführerisch. Man weiß gleich, warum Matteo ihr erliegt. Den singt Wolfgang Fassler mit noch etwas ungeschlachtem Tenor. Er bläht sich groß auf in der Höhe. Das braucht man bei den Strauss'schen Tenorpartien, und das ist selten zu finden heute. Aber schmiegsamer dürfte es schon klingen.

Bernd Weikl ist ein Mandryka ohne Konkurrenz heute. Die große, nicht mehr ganz so samtige, dafür kernigere Stimme spricht gleich gut an in allen Lagen. Und gerade den Mandryka scheucht Strauss ja ständig aus Baßtiefen in tenorale Höhen hinauf. Das meistern zu wollen, ist ein Unding. Weikl schafft es trotzdem.

Toni Blankenheim und Marjana Lipovsek *sind die gräflichen* Eltern, Sylvia Greenberg die koloraturzwitschernde Milli, Frieder Stricker der abgewiesene Elemer. Das hat man, als die Ensembles noch intakt waren, besser gehört an großen Häusern. Und für ein Haus wie die Hamburgische Staatsoper ist das Orchester beschämend dünn besetzt. Zum schwelgenden Strauss-Klang fehlt es an Streichern, aber vielleicht auch an einem anderen Musikertemperament, als es Silvio Varviso am Pult nun einmal ist. Dem Glanz auf der Bühne antwortet Sprödigkeit. Dem beherzten Spiel eher schleifendes Tempo. Da verfällt momentweise die Spannung. Aber wer will schon unermüdlich schwelgen drei Stunden lang.

REINHARD BEUTH

Walter Hills neuer Actionfilm „Nur 48 Stunden"

Lyrisch weht das Gras

Sie plaudern nicht gerade zimperlich miteinander, die Leute in den „Nur 48 Stunden", nennen einander „Arschficker", „Klowichser" und „Misthaufenschwuchtel"; sie hauen einander die Autotüren „in die Eier", und als Jack Cates den Gangster Luther erwischt und der am Boden liegt, tritt er ihn erst in den Bauch, dann rennt er ihm den Schädel gegen das Auto, daß das Publikum vor Vergnügen quietscht.

Man sieht: Es sind nicht die edleren Instinkte, an die Regisseur Walter Hill (der auch „The Warriors" gedreht hat) appelliert, und die Dialoge – von Jürgen Clausen in schnoddrig klebriges Fäkal- und Obszöndeutsch übertragen – zählen gewiß zum ordinärsten, was je von der Leinwand klang. Der Filmverleih (UIP) nennt das „ranzigen, zerknautschten Humor".

Es herrscht in dieser neurotischen, unappetitlichen Männerwelt exakter Rassenproporz: Jack Cates, der Polizist, ist weiß, sein Partner Reggie Hammond schwarz. Schwarz ist auch Reggies Freundin, *ist der Polizeichef, ist* die Busboys-Rockband und sind zirka 200 Statisten; Billy Bear, der Komplize des weißen Gangsters Ganz, ist ein Indianer, überdies spielen mehrere Szenen in Chinatown.

Die „48 Stunden" beginnen poetisch schön wie eine Freiheit-der-Prärie-Reklame. Auf weitem, hellockerpastellenem Hügelland mit lyrisch wehenden Gräsern vergnügen sich fröhliche Pferde, springen hierhin, hüpfen dorthin, blau und groß strahlt der Himmel. Dann sieht man ein Eisenbahngleis, dann eine Sträflingsgruppe, die hier arbeitet, dann die Befreiung des Killers Ganz durch Billy Bear mit einer Rauferei im Matsch und zwei erschossenen Wächtern.

Ganz und Billy suchen eine halbe Million, die beim Überfall auf einen Dealer erbeutet wurde. Ein Kreditkartendieb liegt, in die Stirn geschossen, auf einer Parkbank, zwei Polizisten sterben an einer Schießerei im Hotel. Da beschließt Jack Cates, der einzelgängerische Brutalpolizist mit Herz, das Verbrecherpaar zu fangen. Er leiht sich den einsitzenden Räuberkomplizen des Ganz für 48 Stunden aus dem Gefängnis aus, zieht mit ihm prügelnd durch San Francisco und jagt die beiden Killer. Das Hirn spielt dabei keine Rolle, die Verfolger hanteln sich von Tip zu Spur, Kneipe, Parkhaus, U-Bahnhof, Bordell durch den Film, entdecken die Gangster, verlieren sie wieder, finden sie von neuem.

Das vollzieht sich mit viel Schwung. Action folgt auf Action, Halbtotschlag auf eiskalten Mord, das ist glänzend fotografiert (Kamera: Ric Waite) und von den Hauptakteuren: dem bullig rauhen, ungewaschenen, schnapstrinkenden Polizisten Cêtes (Nick Nolte) und seinem eleganten schwarzen Partner Reggie (Eddie Murphy) im 500-Dollar-Anzug, launig und flott gespielt.

Nick Nolte, läßt der Filmverleih wissen, sei dafür bekannt, daß er seine Rollen sorgfältig recherchiere. Vor dem Beginn der 48 Stunden habe er die Beamten der Polizei in San Francisco besucht. „Ich interessiere mich", habe er gesagt, „mehr für die Moral der Polizisten als für ihre eigentliche Polizeiarbeit!" Lasset uns hoffen, daß man ihn bezüglich der Polizeimoral doch nicht ganz richtig aufgeklärt hat.

LUDWIG MERKLE


48 Stunden lang auf Verbrecherjagd: Eddie Murphy als eleganter Polizei-Gehilfe Reggie FOTO: DIE WELT

Die Milva auf neuer Deutschland-Tournee

Drei Groschen, ganz neu

Milva auf Deutschland-Tournee, das hat bisher stets Triumph und *volle Säle bedeutet. Rar* gemacht hat sie sich nach unserem Gefühl deshalb in letzter Zeit, obwohl sie gerade mit ihrer neuen Platte, den „Sieben Todsünden" vom Stückeschreiber BB, von sich reden machte; auch im Zusammenhang mit ihrer Strehler-Zusammenarbeit und, in Berlin, als überraschende Mimin auf seriösem Opernbühnen-Niveau.

Kurz: An der Italienerin ist nicht zu rütteln, sie hat nach langem Weg, wahrer Ochsentour, endlich die Anerkennung als Künstlerin erworben, die sie verdient, und nicht nur mit ihren Moustaki-Interpretationen.

Daß sie nun nur in Begleitung von Beppe Moraschi am Flügel durch die deutschen Säle zieht, ist sozusagen ihr vollendetes Meisterstück, die endgültige Nagelprobe: Nur Brecht singt sie und Eisler und ein überzeugendes Stück von Luciano Berio, in dem sie wirklich mühelos an Cathy Berberians Stimmbandtorturen heranreicht, und wer da meinen sollte, nun sei es doch wohl mit Milvas Brecht genug, muß flink umdenken: Wie sie das vertraute Dreigroschen-Material heute angeht, ist überraschend; sie deutet es völlig um, setzt die Akzente so, daß aus den abgegriffensten Takten gänzlich Neues entsteht, fast bis zur Unkenntlichkeit Umphrasiertes. Und da ist es egal, ob sie nun italienisch singt (Dreigroschenoper) oder deutsch (Die Sieben Todsünden). Suggestiv ist sie allemal.

Was der erste Teil an Gesetztheit, Schwierigkeit und Schwermut brachte, das wurde im zweiten Teil dann kompensiert durch Dramatik (Berio, Eisler), Abwechslung, Höhe und (zum Teil gewaltige) Tiefe. Da sang sie sich total aus, warf sich zum Teil unwiderstehlich erotisch auf den Bühnenboden, nutzte überhaupt die Bretter, als wollte sie die traditionsreiche Hamburger Musikhalle umfunktionieren zur Arena. Bis zur Grenze an die völlige Erschöpfung lieferte sich „La Pantera", die Rotmähnige, aus, war berückend in ihrer Leidenschaft, die sich manches Mal umsetzte in Kraftakte, die vom Volumen her schon beinah überzogen wirkten, am Schrillpunkt anlangten. Aber vielleicht muß das für diese Italienerin so sein; sie ist ja, auch wenn sie deutsch singt, so ganz und gar undeutsch.

Das war ein wahres Fest, diese schöne Frau zu betrachten und zu hören: Einheit von Klang, Ausdruck und Form. Wenn etwas dick aufgetragen, fast affektiert war (im ersten Teil), dann war das natürlich einstudiert, volle Absicht also, sollte das Schau-Spielerische am Vortrag unterstreichen. Im zweiten Part war das nicht nötig, da war Milva sozusagen ganz und gar Körper gewordener Gesang und von so stimmlicher Kraft, daß einem die Schauer reihenweise über den Buckel krochen.

Milva damit also als „ernste" Künstlerin, ganz weit weg vom Kult um Goldene Schallplatten und Hitparaden-Verdächtigkeit. Wenn sie das für sich als Probe aufs Exempel gesehen haben sollte – dann hat sie bestanden. Summa cum laude.

ALEXANDER SCHMITZ

Weitere Tourneedaten: Heute: München; 5 und 6. 5. Düsseldorf; 7. 5. Frankfurt

Der lange Marsch der Gegner von Tierversuchen

Neuer Bundesverband will gesetzliches Verbot erreichen

KNUT TESKE, **Bonn**

Ihre Aufgabe gleicht einer Sisyphusarbeit. Doch die Tierversuchs-Gegner in der Bundesrepublik Deutschland, die sich vor einigen Tagen in Bonn zu einem Bundesverband zusammengeschlossen haben, wollen sie angehen. Die Organisation, die bereits 6000 Mitglieder zählt und auf eine Million Unterschriften verweisen kann, kämpft für das gesetzliche Verbot aller Tierversuche. Dies würde die Aufhebung einer Reihe von Gesetzen und unzähliger Rechtsverordnungen verlangen.

Der Bundesverband will nun beweisen, daß der Nutzen solcher Versuche, bei denen in Deutschland jährlich mindestens zehn Millionen, in Europa sogar 25 Millionen Kreaturen geopfert würden, in keinem Verhältnis zu den Erwartungen steht, da sich die durch Tierversuche gewonnenen Erkenntnisse kaum auf den Menschen übertragen ließen.

Die sofortige und ersatzlose Einstellung aller Versuche fordern die Gegner für Experimente mit militärischen und kriegsmedizinischen Zielen sowie solchen zur Erprobung kosmetischer Produkte, Tabakwaren, Alkoholika und anderer nicht-medizinischer Erzeugnisse. Ein Dorn im Auge sind den Tierfreunden ferner die puren Demonstrationsversuche an Schulen und Hochschulen, die mehr dem persönlichen Renommée und Fortkommen der Lehrer, Studenten und Wissenschaftler dienten, als daß sie brauchbare Erkenntnisse brächten.

Im rein medizinischen Bereich differenziert der neue Verband allerdings, der sich im übrigen als notwendige Ergänzung, nicht als *Konkurrenz zum deutschen* Tierschutzbund betrachtet. Nach und nach will man zwar auch bei diesen Tests sämtliche Versuche mit Tieren stoppen, doch räumt man ein, daß dies nicht von heute auf morgen geschehen könne. Professor Ficker, Pharmakologe aus Bonn und Mitglied des Verbandes, ist sogar der Ansicht, daß „nicht alle Tierversuche durch ‚Reagenzglas'-Methoden, zum Beispiel mit Zell- und Gewebekulturen, zu ersetzen" seien.

Der Verband bleibt zwar dabei, auch bei medizinischen Versuchen ein generelles Verbot zu fordern, konzediert aber einen stufenweisen Abbau. Um den zu beschleunigen, plädiert er für den Ausbau alternativer Forschungsmethoden und greift in diesem Zusammenhang Politiker, Behörden und staatliche Einrichtungen wie das Max-Planck-Institut an. Sie würden zuwenig zur Entwicklung neuer Forschungsmethoden tun.

Während dafür in den USA dreistellige Millionenbeträge ausgegeben würden, stünden in der Bundesrepublik lediglich 5,1 Millionen Mark zur Verfügung. Für den Geschäftsführer der Organisation, Rainer Gaertner, ein groteskes Mißverhältnis, wenn man im Vergleich dazu an die 600 Millionen Mark denke, die die Forschung im Zusammenhang mit Tierversuchen in einem Jahr ausgebe.

Dieses Zahlenspiel wies man im Bundesforschungsministerium als „Verzerrung" zurück. Nach Ansicht des Sprechers gibt es eine Vielzahl alternativer Experimente, ohne daß diese bisher zusammengefaßt und Ergebnisse veröffentlicht worden seien. Dies wird bei Bayer Leverkusen bestätigt, wobei ein Sprecher des Unternehmens betont, daß es nicht erwiesen sei, ob die neuen Methoden, an denen man zur Zeit arbeite, die herkömmlichen Tierversuche wirklich schon *vollständig ersetzen könnten.*

Mehr Klarheit auf diesem Gebiet soll ein Hearing bringen, das der Bundesverband der Tierversuchsgegner für den Herbst plant.



Die Boeing 727: Nach mehr als 20 Jahren wird die Produktion des erfolgreichsten Nachkriegsflugzeugs eingestellt. FOTO: DIE WELT

Mit der 1832. Maschine endet ein Kapitel

Boeing läßt die Produktion der 727 auslaufen

A. JOHANSEN, **Seattle**

„Die Produktion der 727 wird Mitte 1984 mit dem Roll-out der 1832. Maschine zu Ende gehen. Damit wird das Kapitel des erfolgreichsten Flugzeugprogramms in der Geschichte der kommerziellen Luftfahrt abgeschlossen." Mit diesen Worten kündigte dieser Tage der Vorstandsvorsitzende des größten Flugzeugherstellers der westlichen Welt, der Boeing Company, T. A. Wilson, das Ende einer Maschine an, die seit ihrem Erstflug am 9. Februar 1963 Luftfahrtgeschichte gemacht hat. Doch der Boeing-Chef geruhte gelinde zu übertreiben.

Zwar ist der kommerzielle Erfolg des dreistrahligen Kurz- und Mittelstreckenjets für rund 150 Passagiere unbestritten. So hat allein die Lufthansa zwei Dutzend dieser Maschinen als „Europa Jets" im Dienst. Von ihr kam vor Jahren auch der Vorschlag, die Maschine von drei auf nur zwei Motoren umzurüsten. Damit wollte man Sprit sparen und entsprechend billiger fliegen. Die Idee scheiterte seinerzeit an den Kosten, aber auch an anderen Gründen.

Die zivilen Propeller-Stars

Allerdings kommt die so hochgepriesene *727 mit ihren Stückzahlen* an die legendären Verkehrsflugzeuge der Propeller-Ära bei weitem nicht heran. Von der „guten alten Tante Ju", der Ju-52 von Junkers, *wurden* mehr als 5000 Maschinen gebaut, die allerdings nicht nur für zivile Zwecke eingesetzt wurden, sondern auch im Zweiten Weltkrieg – unter anderem für die Versorgung der bei Stalingrad eingeschlossenen 6. deutschen Armee. (Dabei startete die in ihrer militärischen Version für nur *20 Soldaten ausgelegte* Maschine mit bis zu 52 Mann, zumeist Schwerverwundeten, aus dem Kessel.)

Auf noch größere Stückzahlen brachte es die DC-3, die legendäre „Dakota", die drei Jahre nach der Ju-52, 1933, ihren Erstflug absolvierte und in mehr als 12 000 Exemplaren gebaut wurde. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg war sie das meistbenutzte Verkehrsflugzeug der Welt und wurde selbst in der Sowjetunion unter der Bezeichnung Li-2 in großer Stückzahl in Lizenz nachgebaut. *Noch bei der* Luftbrücke, mit der die Alliierten 1948 die sowjetische Blockade West-Berlins unwirksam machten, war sie das „Arbeitspferd" und der *meistbenutzte* Flugzeugtyp.

Rekord bei Militärflugzeugen

Sieht man schließlich auf militärische Programme, fällt die Boeing-727 mit ihren 1832 Einheiten noch weiter zurück, unter anderem auch hinter andere Maschinen aus dem eigenen „Stall". So wurden von der „Fliegenden Festung", der B-17, *bis* Kriegsende mehr *als* 12 500 Exemplare gebaut, und der Standardjäger der deutschen Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg, die Me-109 von Messerschmitt, brachte es in ihren verschiedenen Versionen mit rund 35 000 Exemplaren sogar zum meistgebauten Flugzeug der Luftfahrtgeschichte.

Was die Produktionszahlen angeht, so gilt der von Wilson reklamierte Rekord der Boeing-727 also nicht. Sieht man jedoch auf das Geld, so mag der Boeing-Chef doch recht behalten: Die alte Ju-52 war noch für rund 250 000 Reichsmark zu haben. Für eine 727 verlangt Boeing dagegen heute rund 40 Millionen Mark.

Wiener Ärzte empört über Botschaft Irans

KURT POLLAK, **Wien**

Von der Iranischen Botschaft in Wien werden seit einigen Tagen Fragebogen an österreichische Ärzte verschickt, in denen diese „im Namen Gottes" ersucht werden, genaue medizinische Angaben über alle Patienten iranischer Herkunft zur Verfügung zu stellen. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Diese Unterlagen werden zur Ergänzung der in unserer Botschaft aufliegenden Akten benötigt." Gefordert werden eine Kopie des Arztbriefes sowie die Ambulanzkarte namentlich angeführter Patienten. Die meisten der in Wien lebenden iranischen Staatsbürger sehen die Aktion als skandalösen Versuch des *allgegenwärtigen staatlichen* iranischen Bespitzelungssystems, neue Druckmittel gegen sie in die Hand zu bekommen. Zahlreiche Wiener Ärzte forderten inzwischen von Standesvertretung und Regierung energische Schritte gegen die Schnüffelaktion zu unternehmen.

Rückruf für Motorräder

dpa, **Frankfurt**

Die japanische Motorradfirma Kawasaki ruft einige Maschinen in die Werkstätten zurück. Die Motorräder müssen überprüft werden, weil sich Schrauben am Gaszug lockern. Betroffen sind Maschinen vom Typ ZX 1100-AI Modell GPZ 1100, Baujahr 1983, Fahrgestellnummer ZXT 10 A 000 577 bis Fahrgestellnummer ZXT 10 A 008 569 mit dem Buchstaben G an der siebten Stelle der Motornummer.

Tochter erwürgt

dpa, **Lübeck**

Weil das Kind nie zum Unterricht erschienen war, ist eine mehr als drei Jahre zurückliegende Kindestötung im schleswig-holsteinischen Lauenburg aufgedeckt worden. Die 28 Jahre alte Mutter hat gestanden, ihr im April 1976 geborenes Mädchen bereits Ende 1979 erwürgt zu haben.

Kongreß der Meteorologen

dpa, **Genf**

Mehr als 400 Wetterexperten von allen Kontinenten kamen gestern zum 9. Welt-Meteorologenkongreß nach Genf. Das Treffen, das bis zum 27. Mai dauert und nur alle vier Jahre stattfindet, dient der Fortführung der wissenschaftlichen und technischen Programme der Meteorologischen Weltorganisation.

Italiener eingeschaltet

AP, **Erlangen**

Erste Hinweise aus der Bevölkerung sind bei der Polizei zu dem Doppelmord an einem Ehepaar eingegangen, dessen brennende Leichen am Sonntag an der Autobahn nahe Erlangen gefunden wurden. Die Toten seien zwar noch nicht identifiziert, da aber Indizien auf italienische Staatsangehörigkeit hindeuteten, sei auch die italienische Polizei eingeschaltet worden.

In den Tod gefahren

dpa, **Ansbach**

Vier junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren sind in der Nacht zum Montag im Landkreis Ansbach/Bayern in den Tod gerast. Laut Polizei hatte der Fahrer eines Personenwagens vermutlich wegen überhöhter Geschwindigkeit die Kontrolle über das Auto verloren und war frontal gegen einen Baum geprallt.

Gemüsegarten im All

AFP, **Moskau**

Sowjetische und bulgarische Wissenschaftler arbeiten an der Entwicklung eines „kosmischen Gemüsegartens". Dies meldete die Nachrichtenagentur Tass. Die Experimente sollen künftigen Kosmonauten bei längeren Raumaufenthalten an Bord der sowjetischen Orbitalstation „Saljut 7" Frischgemüse bescheren.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spielscheinkombination mittwochslotto 7 aus 38/RennQuintett 2 × 3 aus 15 der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.

ZU GUTER LETZT

„Hausfrau, Ww., 10 cm, 57 J., leider nur kl. Rente, aber fröhl. etwas Ersparnisse, blond, würde gerne Partner umsorgen . . ." Aus „Bonner General-Anzeiger"

LEUTE HEUTE

Aufgeholt

US-Präsident **Ronald Reagan** in der Kategorie „Politiker" und der Schauspieler **Dustin Hoffman** in der Sparte „Filmstars" sind vom Verband der amerikanischen Modeschaffenden zum jeweils „bestgekleideten Mann" des Jahres gekürt worden. Reagan habe seit dem vergangenen Jahr, als er **Helmut Schmidt** unterlegen war, bei der Abstimmung seiner Garderobe deutliche Fortschritte gemacht.

Voller Erfolg

Voller Erfolg für **Prinzessin Caroline von Monaco:** Das französische Magazin „Ici Paris" muß 8500 Mark, das italienische Blatt „Oggi" 1300 Mark und die „Bunte" 1700 Mark berappen, da sie nach Ansicht eines französischen Richters mit ihrer Berichterstattung über Carolines Beziehung zu dem argentinischen Tennisspieler **Guillermo Vilas** die Privatsphäre *der Prinzessin verletzt* haben.

Gut zu Fuß

Der italienische Abenteurer **Ambrogio Fogar** hat nach eigener Darstellung einen siebenwöchigen Fußmarsch zum Nordpol abgeschlossen. Ein Flugzeug habe ihn in der Nähe des Pols aufgenommen. Fogar wertete seinen Alleingang als Erfolg, obwohl er noch knapp 20 Kilometer von seinem ursprünglichen Ziel entfernt gewesen sei. Eine Flugzeuglandung näher am Pol sei jedoch nicht möglich gewesen.

WETTER: Einzelne Schauer

Wetterlage: *An der Südseite eines* sich allmählich abschwächenden Tiefs über der Nordsee fließt zunächst noch kühle Meeresluft nach Deutschland.



Vorhersage für Dienstag:

Gesamtes Bundesgebiet: Im äußersten Norden überwiegend stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen. Im übrigen Deutschland wechselnd bewölkt und einzelne Schauer, örtlich auch kurze Gewitter. In der zweiten Tageshälfte allmählich abklingende Schauerneigung. Tageshöchsttemperaturen im Norden um 12 Grad, sonst 12 bis 16 Grad. Tiefstwerte in der Nacht 9 bis 5 Grad.

Weitere Aussichten:

Leicht unbeständig.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	28°
Bonn	11°	Kopenh.	7°
Dresden	11°	Las Palmas	19°
Essen	10°	London	9°
Frankfurt	11°	Madrid	12°
Hamburg	12°	Mailand	17°
List/Sylt	9°	Mallorca	20°
München	11°	Moskau	9°
Stuttgart	11°	Nizza	20°
Algier	20°	Oslo	12°
Amsterdam	11°	Paris	10°
Athen	26°	Prag	12°
Barcelona	19°	Rom	17°
Brüssel	9°	Stockholm	8°
Budapest	13°	Tel Aviv	27°
Bukarest	16°	Tunis	18°
Helsinki	6°	Wien	13°
Istanbul	22°	Zürich	12°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 5.50 Uhr, Untergang: 20.49 Uhr; **Mondaufgang:** *2.59 Uhr*, Untergang: 11.05 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Die Sammlung der Finneys kommt unter den Hammer

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Zur Versteigerung steht ein Rolls-*Royce Cabriolet*, Baujahr 1949, Schätzwert 200 000 Mark. Angeboten werden auch eine Louis-XV.-Kommode aus Rosenholz mit vergoldeten Bronzebeschlägen (60 000 bis 70 000 Mark), wertvolle Teppiche, Gemälde und viele andere Kostbarkeiten.

Der Palazzo Giovanelli von Venedig ist am 20. Mai Schauplatz des Epilogs einer Liebesgeschichte, die sich ein Märchenerzähler hätte ausdenken können. Das Auktionshaus Franco Semenzato & Co. versteigert dort die Kollektion Josa Finney.

Begonnen hatte es im Jahre 1906. Der steinreiche Engländer Oswald John Finney, Besitzer von Baumwollplantagen in Ägypten, Kupferminen in Südafrika, Großaktionär von Eisenbahnen und Industriebetrieben, hielt sich im damals noch österreichischen Triest auf. Er begegnete dort einem jungen Mädchen, das alle Eigenschaften eines Aschenputtels aufwies: Arm, aber *hübsch, verdiente sie sich ihren* kargen Lohn als Hausgehilfin.

Der reife Pygmalion verliebte sich auf den ersten Blick und präsentierte sich der begehrten Josa eines Tages mit zwei Handschuhen, die er mit goldenen Sterling-Münzen gefüllt hatte.

„Die Münzen im rechten Handschuh", sagte er ihr, „können dir, wenn du willst, dazu dienen, mir nach Alexandrien nachzureisen. Wenn es dir dort nicht gefällt, hast du die Münzen aus dem linken Handschuh für die Rückreise."

Josa wollte, und bald wurde aus ihnen ein Paar. Nach dem Tod ihres Mannes während des Zweiten Weltkrieges beschloß Mrs. Finney, nach Rom zu übersiedeln, wo sie ein Appartement im Nobelviertel Parioli *bezog. Dort ist sie kürzlich* verstorben. Ihrem Testamentsvollstrecker trug sie auf, all ihren Besitz zu versteigern und aus dem Erlös eine Stiftung zur Unterstützung alter, in Not geratener Menschen zu gründen.

Den Wies'n-Wirten fehlt das rechte Maß

Oktoberfest zum ersten Mal ohne Einheits-Preis fürs Bier

PETER SCHMALZ, **München**

Selbst auf dem Oktoberfest wird die Welt immer komplizierter. Bisher war der Wies'n-Besuch für Durstige sehr einfach: Man setzte sich *dorthin, wo noch ein Platz zu finden* war, egal, ob Löwenbräu oder Paulaner, Hofbräu oder Augustiner ausgeschenkt wurde. Denn gezahlt werden mußte für die Maß ohnehin in jedem Zelt der gleiche Preis: 5,60 Mark waren es im vergangenen Jahr. Nun aber ist es mit der Preis-Eintracht vorbei. Erstmals werden die Wirte in diesem Jahr verschiedene Bierpreise ausschreiben. Von 5,70 Mark bis 5,90 Mark reicht die Palette.

Ausgelöst wurde die neue Preis-Vielfalt vom bayerischen Wirtschaftsministerium, das im bisherigen Verfahren mehr als einen Hauch von verbotener Preisabsprache vermutete. Denn bisher hatten sich Wies'n-Wirte und Vertreter des Stadtrats im Frühjahr zusammengesetzt und einmütig den Bierpreis ein wenig höher sprießen lassen. Damit das Bierpreis-Kartell nicht auch so genannt wurde, sagten Räte und Wirte augenzwinkernd, das sei nun gewiß keine Absprache, sondern nur die Festlegung einer „Obergrenze". Da aber alles und somit auch Oktoberfest-Wirte nach oben streben, fanden sie sich alle einträchtig bei diesem behördlich sanktionierten Höchstpreis. Dabei wurde der Preis immer als unterste Marke deklariert, mit der ein Wies'n-Wirt nur knapp über dem Existenz-Mi*nimum liege.*

Den Tarifpartnern sei's gedankt

Im Wirtschaftsministerium aber *sitzen nun offenbar Beamte, die* solchen Münchner Preis-Spielen keinen Witz mehr abgewinnen können und deshalb die wirtschaftlich wohl unanfechtbare, wenn auch völlig humorlose Feststellung machten, es müsse doch *auch Wirte geben, die einen niedrigeren* Bierpreis verlangen und dennoch auf ihre Kosten kommen könnten.

Derart vom Kartellgesetz be*drängt, müssen manche Wirte ihre* Kalkulationsstifte besonders fein gespitzt haben. Und siehe da: Einer fand heraus, daß er in diesem Jahr mit zehn Pfennig mehr auch über die Wies'n-Runden kommen wird. Wirte-Sprecher Richard Süßmeier will 25 Pfennig zulegen, und zwei andere haben sich bei 5,90 Mark getroffen. Wortflink hat Süßmeier auch schon den Grund gefunden, warum in diesem Jahr alles so anders sein kann: „Die geringen Lohnsteigerungen haben sich heuer schon günstig ausgewirkt."

Gastronomische Mengenlehre

Ob sich die neue Bierpreis-Vielfalt aber auch günstig für die Geldbeutel der Zeltbesucher auswirkt, das wird sich erst während der 16 Münchner Oktoberfesttage zeigen. Denn dann könnte sich herausstellen, daß so manches beim Bier gesparte Zehnerl sich auf der Speisekarte wiederfindet. Und die Preise der Schweinshaxe und der halben Hendl prüft keine Kommission . . .

Unbegründet ist dagegen der mögliche Verdacht, ein für die Kalkulation zu geringer Bierpreis könnte durch noch schlechteres Einschenken ausgeglichen werden. Nachdem es in jeder Meisterschaft unübertreffliche Grenzen gibt, dürfte der Wies'n-Besucher zumindest hier von einer weiteren Steigerung bewahrt bleiben. Denn wer wird schon so anmaßend sein und die durch Zahlzeugen belegte Superleistung überbieten wollen, die Süßmeiers Chefschankkellner Bibi Wallner vor vier Jahren gelang, als er einem 200-Liter-Faß exakt 289 Maß entlockte, worauf sein Wirt flugs einwarf: „Auf da Wies'n gilt halt a andere Mengenlehre."

Flucht-U-Boot hoher Nazis entdeckt?

C. GEISSMAR, **London**

Nur 25 Meter unter dem Wasserspiegel, aber durch ein Riff verdeckt, ist in der Karibik ein deutsches U-Boot aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt worden. Der Amerikaner Roger Miklos (41), der das U-Boot gefunden hat, ist über*zeugt: Die Besatzung und Passagie*re haben das U-Boot nicht verlassen können. Das U-Boot liegt „versiegelt" und fast unbeschädigt unter Wasser. Miklos glaubt, daß sich an Bord die Leichen von 18 Nazifunktionären befinden, die sich nach Südamerika absetzen wollten.

Roger Miklos hält sich zur Zeit in London auf, um eigene Recherchen am britischen „Imperial War Museum" fortzusetzen. Die Dokumentenabteilung des Kriegsmuseums verfügt über alle Angaben, die den deutschen U-Boot-Bau während des Zweiten Weltkriegs betreffen. Miklos, der vor der Küste des US-Staates Florida mit seiner Bergungsfirma „Nomad Salvage" arbeitet, war ursprünglich nur an der Quecksilberverladung des deutschen U-Bootes interessiert. Das Quecksilber wurde als Ballast mitgeführt.

Die Taucher von „Nomad Salvage" haben an dem U-Boot-Rumpf ein Schild mit der Aufschrift „Hamburg 1944" entdeckt. Im Gegensatz zu anderen U-Booten hat das entdeckte Wrack jedoch keine anderen Registriernummern. Roger Miklos, der auch schon in der Bundesreplik *recherchiert hat*, ist zu der Überzeugung gekommen, daß es sich um ein Boot der L-Klasse handelt. Der gefundene Rumpf entspricht in seinen Ausmaßen jedoch nicht vollständig dieser Klasse. Das führte zu der Vermutung, es könne sich um eine Sonderanfertigung für die Flucht hoher Nazi-Funktionäre nach Südamerika handeln.

Die Londoner „Times" meldete gestern, deutsche U-Boot-Kapitäne des Zweiten Weltkriegs hätten bestätigt, daß die von dem US-Bergungsunternehmer vorgelegten Pläne mit der Bauweise der letzten deutschen Weltkriegs-U-Boote übereinstimmten.